



Prävention ist nicht alles -



aber alles ist Prävention!

TITELTHEMA

Geschützt:
**„Präventoner“
im Einsatz**

SEITE 10

AKTUELL

Vorgestellt:
**Antikonfliktteams
berichten**

SEITE 28

POLIZEIPRAXIS

Im Trend:
**Polizei und
neue Medien**

SEITE 40



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Alles ist Prävention!“ Als vor einigen Wochen bei der Ideensuche zum Titel dieser Satz fiel, kam er mir anmaßend vor. Gibt es nicht so viel mehr ebenso Wichtiges, wenn es um die Arbeit der Polizei geht? Gemeint ist aber die Breite der Prävention – angefangen bei der Fahrradcodierung, über Anti-Gewalt-Projekte an Schulen bis hin zu Aktionstagen zu den verschiedensten Themen. Aber ist nicht auch das Verwarngeld Prävention, hat es doch den Zweck den Fahrer von der nächsten Geschwindigkeitsüberschreitung abzuhalten, weil allein der Gedanke an das „verschenkte“ Geld entschleunigend wirkt? Oder die schlichte Streifenfahrt ohne Auftrag – auch das ist Prävention. So also ist der Titel unserer aktuellen info110-Ausgabe zu verstehen. Prävention ist weit mehr, als die bekannten Schulungen oder Vorträge. Fast jeder Polizist leistet täglich auch Präventionsarbeit.

Welche Projekte gibt es in Brandenburg und wie ist die polizeiliche Prävention organisiert? Mehr darüber erfahren Sie in dieser Ausgabe. Für unsere Reportage begleiteten wir eine Kollegin der Prävention bei ihrer täglichen Arbeit. Das Wort als polizeiliches Einsatzmittel steht im Focus unserer Antikonfliktteams (AKT). Auch ihr Einsatz ist präventiv. Ihre Arbeit soll Eskalationen verhindern. Zum Konzept der AKTs und Erfahrungen gestandener Teammitglieder berichten wir in dieser Ausgabe.

Außerdem im Heft: Seit mehr als einem Jahr nutzt die Berliner Polizei Facebook und Twitter. Die 24-Stunden-Twitter-Aktion erregte großes Aufsehen. Bei der Aktion wurden nahezu alle polizeilichen Einsätze getwittert. Von den Erfahrungen unserer benachbarten Polizei mit sozialen Medien berichtet Kriminalrat Oliver Klau. Auch die Brandenburger Polizei beschreitet diesen Weg. Die Fachhochschule der Polizei nutzt schon seit Jahren Facebook, Twitter und Google+, vorrangig um Bewerber für den Polizeidienst anzusprechen. Zu diesem Thema passt auch die Brandenburger Internetwache. Als diese 2003 an den Start ging, war sie ein absolutes Novum und auch heute gibt es bundesweit kein anderes Polizeiportal, das dem Nutzer so viele Möglichkeiten bietet wie unsere Internetwache. Nun war es Zeit für einen Relaunch.

Ein Hinweis in ganz eigener Sache: Ich verabschiede mich in eine familiäre Auszeit. In dieser Zeit werden Sie die info110 weiterhin regelmäßig und in gewohnter Qualität erhalten. Ihre Hinweise und Ideen sind nach wie vor herzlich willkommen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Katrin Böhme

Katrin Böhme
info110-Chefredakteurin

Herausgeber Ministerium des Innern
und für Kommunales des Landes Brandenburg
Redaktion Ingo Decker (verantwortl.),
Katrin Böhme

Anschrift Henning-von-Tresckow-Straße 9–13
14467 Potsdam
Telefon: (0331) 866–2069
eMail: info110@mi.brandenburg.de
www.polizei.brandenburg.de/info110

Redaktionsbeirat: Alexander Poitz, Anja Resmer,
Thoralf Reinhardt, Ines Filohn, Ingo Heese,
Timm Schindler, Christoph Koppe
ISSN 1430-7669

Layout: Rosenfeld.MRDesign

Druck: Bonifatius GmbH

Fotos: Archiv, Polizei, iStock (Seite 4),
Fotolia (Seiten 8, 40/41, 50/51/71)

24. Jahrgang, Nr. 1/2015
Auflage 5.000
Redaktionsschluss 15.02.2015

Wir danken allen Verfasserinnen und Verfassern für die in dieser Ausgabe veröffentlichten Beiträge. Die mit Namen versehenen Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht der Kürzung vor.

Aus dem Inhalt



TITELTHEMA

Prävention ist nicht alles – aber alles ist Prävention!	10
Generation 65plus – sicher mobil im Alter	13
Beratung zum materiell technischen Grundschutz	15
Wie ein innerer Erdbeben ...	16
Sicherheit braucht Partner	22
Aus Nachbarschaftshilfe wird Sicherheitspartnerschaft	24

PERSONALRAT

Der Polizei-Hauptpersonalrat berichtet aus seiner Arbeit	27
--	----

ANTIKONFLIKTTEAM

Kommunikation – Baustein einer bürgerorientierten Polizeiarbeit	28
Aus- und Weiterbildung der Antikonfliktteams	30
Unterwegs als „Gelbhemd“	32
Ansprechpartner vor Ort	34
Taktische Kommunikation ist unverzichtbar	34
Lautsprecherwagen als Einsatzmittel	38

ADRESSEN

36

SOCIAL MEDIA & INTERNET

Social-media-Team der FHPol	40
Deine @Polizei – On Air	41
Langer Weg zum Relaunch	44
I Like #PolizeiBB	46
Social Media im Polizeieinsatz	47
IT-Sicherheit geht alle an	50

POLIZEISTRUKTURREFORM

Erheben vor Bewerten	52
Benennen – Befragen – Bewerten	53

AKTUELL

Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter im info110-Gespräch	25
Absolvent der Fachhochschule erhält Nachwuchswissenschaftlerpreis	39
Sozialkompetenz-Entwicklung (SKE)	56

REPORTAGE

Spende Blut	58
-------------	----

FACHLICHES

Wenige Worte – große Wirkung	62
------------------------------	----

DIES & DAS

Bücherecke	66
Töte möglichst wenig Patienten / Polizeiliche Führungslehre Begründung – Gestaltung – Perspektive / Waffenrechtliche Erlaubnisse, Verbringen, Mitnahme	
Polizeifilm	68
„Der Fall Jakob von Metzler“	
Rätsel	71

Aktuelles aus der Fachhochschule finden Sie auch bei



Kampf den schmutzigen Geschäften

Zum 01.11.2011 wurde in der Abteilung Zentrale Ermittlungen (ZE) des LKA das Kommissariat „Schwere Umweltkriminalität“ eingerichtet. Dies auch als Konsequenz der illegalen Abfallverschiebungen, die Ende der 90er Jahre als sogenannte Kiesgrubenaffären im Land Brandenburg öffentlichkeitswirksam wurden. Der Arbeitsgegenstand des Kommissariates ist vorrangig die Bekämpfung der Abfallwirtschaftskriminalität. Ein Beispiel dafür ist ein Sachverhalt auf dem Gelände einer Recyclingfirma im Landkreis Barnim. Dort wurden Kunststoffabfälle gegen Bezahlung angenommen und auf riesigen Halden illegal angehäuft (Bild 1). In Folge eines Großbrandes wurden die Überkapazitäten jedoch bekannt. Dem Landesumweltamt wurde über Jahre eine Scheinverwertung vorgegaukelt. Im Strafverfahren konnte dann die illegale Vermischung und Vergrabung von 300.000 Kubikmetern gefährlicher Abfälle nachgewiesen werden, rechnerisch ein Würfel mit den Kantenlängen von fast 70 m oder 7.500 LKW-Ladungen. Die vier Firmenverantwortlichen hatten die Halden so „verwertet“, dass sie die Abfälle schichtenweise in den Boden einbrachten und so „Berge“ entstehen ließen (Bild 2).

Die Durchsuchung solcher Flächen ist meist ein komplexer Einsatz, bei dem die Beamten des Kommissariates durch Sachverständige und Tatortdienst des Kriminaltechnischen Institutes (KTI), Mitarbeitern von Umweltbehörden und natürlich schwerer Technik unterstützt werden.

In einem anderen Fall, bei dem in mehreren ano-

nymen Hinweisen wöchentliche Transporte krebserregender Abfälle aus Polen angezeigt wurden, entwickelte sich eine intensive Zusammenarbeit mit den Verkehrsdiensten, der Bundespolizei, dem Zoll und dem GZ Swiecko. Diese Kooperation führte dazu, dass der Zoll den Lastkraftwagen im Bereich Cottbus fest- und sicherstellte. Der Tatortdienst untersuchte die Ladung auf einer eigens dafür vorgesehene Sicherstellungsfläche des (Bild 3).

Die Ermittlungen bestätigten den Tatverdacht. Die Abfälle sollten zu einer einschlägig bekannten italienischen Gießerei verbracht werden. Der polnische Geschäftsführer der betroffenen Firma muss sich seit Januar 2015 für die illegale grenzüberschreitende Abfallverbringung vor dem Amtsgericht Cottbus verantworten. Die polnische OK-Dienststelle in Posen eröffnet auf Grund unserer Erkenntnisse eigene Ermittlungsverfahren gegen den Beschuldigten.

Zu den Brandenburger Bemühungen passen auch jüngste Agenturmeldungen zu neuen Schwerpunkten der Interpol-Fahndung: Zum ersten Mal in der vom Deutschen Jürgen Stock geführten Behörde fahndet Interpol nicht mehr nur nach Drogenschmugglern und Terroristen, sondern auch nach den schlimmsten Umweltverbrechern. In der „Most Wanted Liste“ taucht u.a. der Italiener Adriano Giacobone auf, der innerhalb von mehr als zwei Jahrzehnten insgesamt zehn Millionen Tonnen Giftmüll rund um Neapel und Caserta illegal entsorgt haben soll.

■ HARRY JÄKEL, LEITER LKA 222
KK SCHWERE UMWELTKRIMINALITÄT



1



2



3

Demografischer Wandel weniger dramatisch



Statistisch bekommt die deutsche Frau derzeit 1,4 Kinder, Deutschland hat damit eine der niedrigsten Geburtenraten weltweit. Dennoch geben Bevölkerungsforscher beim demografischen Wandel „eher“ Entwarnung, berichtet „Die Welt“. Wichtiger sei nämlich die Zahl der Kinder, die Frauen eines Jahrganges bekommen. Bekam der Jahrgang 1965 geborener Frauen im Schnitt noch 1,55 Kinder, liegt dieser Wert bei Frauen der Jahrgänge 1970 bis 1975 bereits bei 1,6 Nachkommen. Demografen sehen hier eine Trendwende. Auch die Erwerbsbeteiligung der 60- bis 64-Jährigen hat stark zugenommen. So ist die Zahl der in diesem Alter noch erwerbstätigen Deutschen höher als die Zahl der Ruheständler.

Software gegen Diebe

Die Berliner Polizei beabsichtigt den Einsatz von Software, die Verbrechen vorhersagt, so berichtet die „Berliner Zeitung“. Das Programm „Precobs“ ermittelt auf der Grundlage verschiedener Daten, wann und wo ein Verbrechen am wahrscheinlichsten ist. Seit Oktober 2014 testet Bayern „Precobs“, in München und Nürnberg wird das Programm im Bereich von Wohnungseinbrüchen erprobt. In Zürich wird die Prognose-Software bereits seit Mitte vergangenen Jahres eingesetzt. Nach Angaben der dortigen Stadtpolizei reduzierte sich die Zahl der Wohnungseinbrüche in den besonders überwachten Gebieten um rund 30 Prozent. Datengrundlage sind in Deutschland und der Schweiz bislang ausschließlich anonymisierte Daten. Dennoch üben Datenschützer harsche Kritik am Vorstoß einiger Länderpolizeien. So hätte man

auch in den USA, wo ähnliche Software bereits seit einigen Jahren eingesetzt wird, anfangs mit Daten ohne Personenbezug gearbeitet. Inzwischen würden dort längst Personendaten zur Prognoseberechnung herangezogen.





Kampfmittel beräumt

In Brandenburg wurden 2013 fast 270 Tonnen verschiedener Kampfmittel vom Kampfmittelbeseitigungsdienst (KMBD) im Zentraldienst der Polizei beräumt. Darunter befanden sich auch 30 Bomben. Wegen mangelnder Transportsicherheit mussten 15 Tonnen der Kampfmittel bereits am Fundort vernichtet werden. Insgesamt rückte der KMBD im vergangenen Jahr knapp 1.400 Mal aus. Kampfmittel verlieren im Laufe der Zeit nicht an Gefährlichkeit, im Gegenteil. Alter und Korrosion können die Gefährlichkeit der Fundmunition sogar noch erhöhen.

DER SPIEGEL

Gericht stoppt Stuttgarter Wasser- werfer-Prozess

Das Landgericht Stuttgart hat den Prozess um den blutigen Wasserwerfer-Einsatz gegen Stuttgart-21-Demonstranten im Herbst 2010 vorläufig eingestellt, so berichtet die Deutsche Presseagentur. Die Strafkammer hatte diesen Schlussstrich vorgeschlagen, da in dem seit Juni laufenden Verfahren nur eine geringe Schuld der beiden angeklagten Polizeiführer zu erkennen gewesen sei. Es geht um die Räumung des Schlossgartens für die Bauarbeiten zu dem Milliarden-Bahnprojekt Stuttgart 21, bei der Wasserwerfer eingesetzt wurden und die Polizei gegen Demonstranten vorging. Bei dem Einsatz erlitten mehr als 160 Menschen Verletzungen.

Filmklischee Frauenquote

In der schon etwas in die Jahre gekommene „Spiegel“-Rubrik „Die Welt in Zahlen“ stellte das Magazin fest:

Die Zahl der Kommissarinnen, die bisher in deutschen Krimis tätig wurden: 121.

Die Zahl der leitenden Kommissarinnen deutscher Mordkommissionen im wirklichen Leben im Jahr 2005: 0.

Ob die vieldiskutierte Frauenquote inzwischen auch bei der Polizei Spuren hinterlassen hat, ist nicht bekannt.

Europaweite Werbeoffensive der bayrischen Polizei

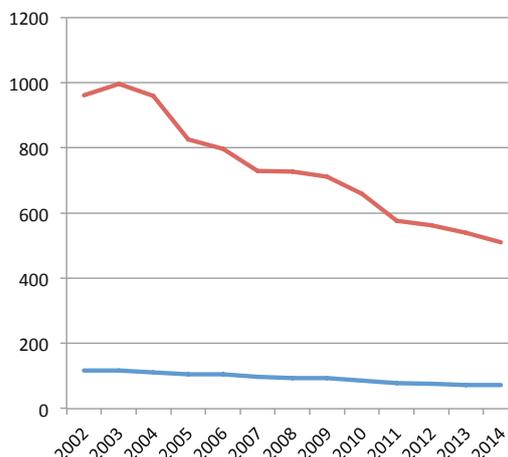
Mehr als 10.000 neue Polizistinnen und Polizisten sollen in den nächsten Jahren in Bayern eingestellt werden. Um im „Kampf um die besten Köpfe“ wettbewerbsfähig zu bleiben, startete das bayrische Innenministerium nun eine europaweite Ausschreibung. Werbeagenturen sind aufgerufen, sich mit ihrer Kampagnenidee zu bewerben. Insgesamt stellt das Land Bayern mehr als eine Million Euro für die auf mindestens vier Jahre angelegte Werbeoffensive zur Verfügung.



Weniger Sicher- heitspartner

Die Zahl der Sicherheitspartnerschaften (SiPa) in Brandenburg sinkt stetig. Aktuell bestehen im Land 74 SiPa mit 446 Sicherheitspartnern. 2002 war die Zahl der Mitglieder nahezu doppelt so hoch.

— Zahl der Mitglieder
— Zahl der Sicherheitspartnerschaften



Stand 31.12.2014

Studie belegt geringe Kriminalitätsfurcht



Durchschnittlich halten es drei bis fünf Prozent der Deutschen für wahrscheinlich, in naher Zukunft Opfer einer Körperverletzung, eines Einbruchs oder Raubes zu werden. Dies ist eines der wesentlichsten Ergebnisse der „Deutschen Viktimisierungssurvey 2012“ – eine gemeinsam vom Bundeskriminalamt (BKA) und dem Max-Planck-Institut (MPI) durchgeführte Studie. Grundlage dieses Projektes bildet die bislang größte in Deutschland durchgeführte Opferbefragung. Rund 35.000 Personen gaben Auskunft zu ihren Erfahrungen als Opfer von Kriminalität, zu ihrem Sicherheitsempfinden und ihren kriminalitätsbezogenen Einstellungen. Der „Deutsche Viktimisierungssurvey“ soll die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) – die nur die polizeilich registrierte Kriminalität (Hellfeld) abbildet – als Grundlage für eine Bewertung der Kriminalitätslage in Deutschland ergänzen. Hierfür befasst sich die Studie auch mit Themen, die in der PKS nicht enthalten sind – etwa der Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Polizei.

Einige weitere Ergebnisse der vom BKA veröffentlichten Studie:

Frauen und ältere Menschen fürchten sich stärker vor Kriminalität als andere Personengruppen. Zudem haben Opfererfahrungen einen starken Einfluss auf die Risikobewertung. Einbruchopfer etwa bewerten das Risiko eines nochmaligen Einbruchs in ihrer Wohnung sieben Mal höher als Personen, die bisher nicht von einem Einbruch betroffen waren. Zugleich erhöht das Einbruchserlebnis wie kein anderes Delikt die Furcht, auch Opfer anderer Straftaten wie Körperverletzung, Raub und sexueller Belästigung zu werden.

Bewohner von Städten mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern sind am stärksten von allgemeiner Kriminalitätsfurcht betroffen. Die Furcht vor Raubüberfällen und Wohnungseinbrüchen steigt mit zunehmender Größe des Wohnortes an.

Bei den Opfererlebnissen stehen insbesondere Betrugsdelikte wie der Waren- und Dienstleistungsbetrug im Vordergrund, aber auch Körperverletzungsdelikte.

Basteln in blau-weiß

Einen Streifenwagen im Taschenformat bietet seit kurzem die Fachhochschule der Polizei (FHPol) allen Bastelbegabten und sonstigen Interessierten. Auf der Facebook-Präsenz der FHPol gibt es den blau-weißen Flitzer als Bastelvorlage zum Download. Ausschneiden, falzen, kleben und wenn möglich ein schönes Bild vom Kunstwerk auf der Seite einstellen. Einige sehr gelungene Exemplare sind im Netz bereits zu bewundern.



Marc Secara und das LPO Brandenburg im Nikolaisaal

Die schönsten Liebeslieder aus Jazz und Pop

Love is in the Air – Marc Secara und das Landespolizeiorchester Brandenburg unter Leitung von Dirigent Christian Köhler

Sonntag, 19.04.2015, 18.00 Uhr
Nikolaisaal Potsdam



Polizeikalender auf Ebay

Ein besonderes Angebot entdeckten Kollegen kürzlich auf den Seiten des Aktionsportales „Ebay“. Unter der Maßgabe „Das neue Jahr kann kommen“ und „nicht im Handel erhältlich, jetzt zugreifen“ sollten das Interesse am aktuellen Fotowandkalender der Brandenburger Polizei geweckt werden. Mindestgebot 10 Euro, Sofortkauf 25 Euro, exklusive versichertem Versand. Der Anbieter wurde freundlich auf Urheberrechte und Verbot der kommerziellen Nutzung des Kalenders hingewiesen und das Angebot verschwand. (hier Screenshot ebay)



„Bikertag 2015“ an der Topenhalle

Zum Auftakt der Biker-Saison laden die Verkehrspolizei der Direktion Süd und weitere Initiatoren auch 2015 wieder Motorradfahrer und Interessierter auf den Flugplatz am Tropical Island ein. Am 10.05.2015 zwischen 10 und 16 Uhr findet unter anderem ein kosten-



freies Fahrersicherheitstraining durch die Polizei statt. Der Rettungssimulator steht zum Proben für den Ernstfall bereit, natürlich bietet die Aktion auch die Möglichkeit mit Gleichgesinnten ins Gespräch zu kommen.

WO: Flugplatz Tropical Island, 15915 Krausnick, Tropical-Island-Allee 1, direkt an der A13, Abfahrt Staakow

Revierpolizei, Wach-und-Wechseldienst, Kripo, Verwaltung – es gibt fast 60 verschiedene „Berufe“ bei der Polizei. So vielfältig die Tätigkeiten sind, so verschieden sind auch die Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag aufs Neue ihren Job machen. Hier stellen wir sie vor, die Gesichter unserer Polizei.

5 Fragen an ...

Petra Friedenberger

... ist seit mehr als 21 Jahren Polizistin. 1993 begann die heute 57-Jährige ihre Laufbahn im Wach und Wechseldienst bei der Polizei Oranienburg. Heute ist sie als Revierpolizistin in Oranienburg in der Polizeidirektion Nord tätig. Vor dem Wechsel zur Revierpolizei war die PHK´in beim Verkehrsdienst Oberhavel beschäftigt. Die Mutter von drei erwachsenen Kindern lebt mit ihrem Ehemann in Wandlitz.



Warum Revierpolizei, was hat sie an dieser Arbeit reizt?

Zunächst einmal ist es der direkte Kontakt zu den Bürgern, Firmen und Einrichtungen im Bereich. Ich kann mir den Luxus erlauben, mir Zeit für die Menschen und ihre Sorgen zu nehmen. Alles läuft viel ruhiger als im WWD ab. Ich kann meine Dienstzeit relativ frei planen und so an die verschiedenen Gegebenheiten meines Reviers anpassen. Da ist die Kita, die einen Lampionumzug machen möchte oder das Sommerfest eines Kleingartenvereines, die mich da gern sehen möchten. Auch die Ermittlungersuchen zu Haftbefehlen oder Fahrzeugführern, welche ich regelmäßig als Revierpolizist im Bereich habe, sind jeden Tag eine neue Herausforderung. Ich möchte auch die Präventionsarbeit an den Schulen nicht vergessen. Und das macht mir nach vielen Jahren immer noch Spaß.

Gab es einen dienstlichen Erfolg auf den Sie besonders stolz sind, sozusagen das schönste Erlebnis?

Da gibt es Vieles. Es sind die leuchtenden Augen der Kinder, wenn ich Veranstaltungen an Kindergärten und Schulen durchführe. Dazu zählen auch Ermittlungersuchen, bei deren Realisierung ich richtig gefordert werde, besonders wenn ich weiß, dass die gegebenen Auskünfte „nicht ganz“ der Wahrheit entsprechen. Es ist ein schönes Gefühl, wenn bei Großveranstaltungen alles in geregelten Bahnen läuft oder unsere Unterstützung des Oranienburger Ordnungsamtes im Zusammenhang mit den nicht seltenen Bombenneutralisierungen erfolgreich abgeschlossen werden kann. Alles in allem ruhen die Erfolge aber nicht auf den Schultern einer Person. Ein schöner Augenblick ist für mich, wie wohl für jeden meiner Kollegen, wenn sich Bürger bei mir bedanken.

Und was ging Ihnen nicht aus dem Sinn?

Es gibt Einsätze, die fordern mich besonders. Da fällt es mir manchmal schwer nach Dienstschluss abzuschalten. Mich betrifft es immer, wenn es um Kinder geht. Dabei ist egal ob es da um häusliche Gewalt oder Streitereien in Schulen geht. Mir bleiben Suchmaßnahmen nach vermissten Personen oft im Gedächtnis. Das gilt besonders, wenn sie über Jahre verschwunden bleiben und man davon ausgehen muss, dass sie einem Verbrechen zum Opfer gefallen sind. Aber auch ein Amtshilfeersuchen der Ausländerbehörde hat mir persönlich sehr zugesetzt. Hier waren neben der Mutter, welche in ihrem Heimatland eine Haftstrafe antreten musste, auch zwei kleine Kinder betroffen. Beide wurden in Deutschland geboren und sprachen nur deutsch. Mir war klar, dass diese Kinder im Heimatland der Mutter zunächst in ein Heim kommen. Dieser Vorfall hat mich in besonderer Weise berührt.

Was schätzen Sie an Ihren Kollegen, an Ihrem Team, am meisten?

An unserem Team schätze ich besonders, dass sich jeder auf jeden verlassen kann. Wenn ich Unterstützung benötige sind meine Kollegen da. Wir achten, helfen und ergänzen uns. Alle Kollegen sind mit großer Einsatzbereitschaft dabei und sehr kollegial.

Gibt es für Sie einen Ausgleich nach dem Dienst?

Tja, da ich meine Arbeit sehr gern mache, benötige ich nicht unbedingt einen Ausgleich nach dem Dienst. Ich habe vier Enkelkinder, die mich ständig fordern, ein Haus mit Garten und einen Hund. Mit diesem gehe ich jeden Tag eine große Runde über Feld und Wiesen, begegne dort keinem Menschen und kann dabei sehr gut abschalten. Ansonsten lese ich sehr gern Krimis und historische Romane.

Prävention ist nicht alles - aber alles ist Prävention!



Wie schützt man sich vor Kriminalität? Von Gewalt bis zum Trickdiebstahl – vorherrschend ist der Wunsch, möglichst erst gar nicht Opfer zu werden. Die Polizei bietet aus diesem Grund eine große Palette an Präventionsangeboten. Neutral, kostenlos und kompetent.





Um das vielseitige Präventionsangebot der Brandenburger Polizei zu organisieren wurden im Polizeipräsidium Bereiche mit besonderen Präventionsaufgaben eingerichtet. Neben der Zentralstelle Prävention im Behördenstab und den eingesetzten Ansprechpersonen in den Polizeidirektionen wurden in 15 Polizeiinspektionen extra Bereiche „Prävention“ geschaffen. Während die Mitarbeiter im Behörden- und in den Direktionsstäben eher strategisch und konzeptionell am Schreibtisch arbeiten, sind die Kolleginnen und Kollegen der Bereiche „Prävention“ aktiv vor Ort tätig.

In der Zentralstelle Prävention koordinieren die Bediensteten die Präventionsmaßnahmen innerhalb der Kriminal-, Verkehrsunfall- und technischen Prävention, agieren in landes- und bundesweiten Gremien oder zertifizieren Errichterunternehmen für mechanische Sicherungseinrichtungen. Firmen die auf der so genannten Errichterliste stehen oder darin aufgenommen werden wollen, müssen strenge Voraussetzungen erfüllen. Deren sich wiederholende Prüfung obliegt der Zentralstelle Prävention.

Darüber hinaus befindet sich hier auch die Zentralstelle für den polizeilichen Opferschutz.

Die Präventioner in den Polizeiinspektionen führen mit konzeptioneller Unterstützung durch die Bediensteten der Direktionsstäbe verschiedenste Präventionsmaßnahmen und -projekte an Schulen oder anderen Einrichtungen durch. Dabei arbeiten sie eng mit der Revierpolizei und externen Akteuren zusammen. So beteiligen sie sich u. a. auch in den Gremien der Kommunalen Kriminalitätsverhütung oder zur Verkehrsunfallprävention.

Zentralstelle Polizeiliche Prävention: Herr Strehmann, Frau Freyert, Frau Lugert, Frau Semerad, Herr Schacht (v.l.n.r.)



Auszug aus dem aktuellen Koalitionsvertrag für die 6. Wahlperiode des Brandenburger Landtages 2014 bis 2019: „...die Bekämpfung der Kriminalität bei ihren Ursachen beginnen muss. Prävention ist die beste Sicherheitsvorsorge. Zu einer freiheitlichen Gesellschaft gehört es, dass Menschen gegenseitig Rücksicht nehmen und bereit sind, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Eine Kultur des Hinschauens und der guten Nachbarschaft stärkt die Gemeinschaft und macht unser Land lebenswerter. Strafrechtliche Sanktionen allein sind nicht geeignet, gesellschaftlichen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. (...) Die Präventionsarbeit der Polizei wird von derzeit 50 geplanten Stellen auf 120 aufgestockt. Die Zusammenarbeit mit den Kommunen mit dem Ziel des Ausbaus der kommunalen Kriminalitätsverhütung wird verstärkt. Die Koalition legt besonderes Augenmerk auf die Kriminalitätsbekämpfung im Berliner Umland und im Grenzgebiet zu Polen.“

Prävention in der Praxis: Veranstaltung „Bester Radfahrer“ (oben), Busschule (unten)



Personalansatz der Prävention 2014 im Polizeipräsidium

Zentralstelle Prävention im Behördenstab PP: 5 Mitarbeiter
 Direktionsstab 1 in den Direktionen: jeweils 1 Mitarbeiter
 Polizeiinspektionen: Stellensoll insgesamt 106 Mitarbeiter



Bei der Fahrradprüfung stehen das Verhalten im Straßenverkehr und die Sicherheitsausrüstung im Mittelpunkt

Das Gesamtkonzept „Polizeiliche Prävention“

Vor zwei Jahren wurde die 2. Fortschreibung des Gesamtkonzeptes „Polizeiliche Prävention“ durch den Polizeipräsidenten in Kraft gesetzt. Dieses Gesamtkonzept gibt einen inhaltlichen Rahmen für die praktische Umsetzung der polizeilichen Aufgaben im Bereich Prävention vor. Es umfasst die Schwerpunktthemen und die Aufgabenbeschreibungen der für Prävention zuständigen Organisationseinheiten. Neben den Schwerpunktthemen Jugendkriminalität, Opferschutz, Verkehrsunfallprävention und Neue Medien sollen künftig auch die polizeilichen Aktivitäten hinsichtlich der Sicherheitstechnischen Prävention Eingang finden.



Hier sind für die einzelnen Präventionsmaßnahmen, alle Ziele und Inhalte, die in den Veranstaltungen vermittelt werden sollen, festgeschrieben. In Zusammenarbeit mit Schulen, Einrichtungen der Jugendarbeit, Gemeinden und vielen weiteren Partnern werden durch die Polizeibediensteten Präventionsveranstaltungen zu Gewalt, Politischem Extremismus, Drogen, Neue Medien, Verhalten gegenüber Fremden und Kriminalität zum Nachteil von Senioren sowie zu den Themen Opferschutz, Verkehrsunfallprävention und sicherheitstechnische Prävention durchgeführt.

■ ELLEN LUGERT,
 ZENTRALSTELLE PRÄVENTION

Präventionspool für die Polizei

2013 wurde durch den Polizeipräsidenten der „Präventionspool für die Polizei des Landes Brandenburg“ ins Leben gerufen, der den landesweit einheitlichen Standard für die Durchführung von Präventionsmaßnahmen festhält.



Gefahrlos : Test der Reaktionsschnelligkeit am Rechner der Verkehrswacht

Maßnahmen gesamt 2013
Bezeichnung der Maßnahme
Fahrradcodierung
Baumaschinencodierung
Bootsmotorencodierung
Codierung Sonstiger Gegenstände
Sicherheitsberatung - gewerblicher Bereich
Sicherheitsberatung - privater Bereich
Fußgängerausbildung (einschließlich sicherer Schulweg)
Busschule
Radfahrprüfung
Verkehrsunfallprävention „Junge Fahrer“
Verkehrsunfallprävention
Gefahren im Sommer (einschließlich Verhalten an Badestellen)
Gefahren im Winter (einschließlich Eispass)
Auftritt Puppenbühne
Drogenprävention
Verhalten gegenüber Fremden
Gewaltprävention
Sicher im Alter
Cybercrime/Neue Medien
Politischer Extremismus
Gesamt



*Gewaltprävention
in der Schule, auch
mit musikalischer
Unterstützung*



Themenfeld	Anzahl Veranstalt.	Anzahl Teiln.
Technische Prävention	265	5.817
Technische Prävention	20	894
Technische Prävention	33	138
Technische Prävention	19	1.008
Technische Prävention	426	4.066
Technische Prävention	1.322	12.031
Verkehrsunfallprävention	1034	23.076
Verkehrsunfallprävention	481	10.303
Verkehrsunfallprävention	1.110	23.312
Verkehrsunfallprävention	198	6.176
Verkehrsunfallprävention	1.377	35.671
Kriminal- und Verkehrsunfallprävention	49	739
Kriminal- und Verkehrsunfallprävention	410	9.854
Kriminal- und Verkehrsunfallprävention	456	10.814
Kriminalprävention	826	17.526
Kriminalprävention	555	11.287
Kriminalprävention	1.648	27.306
Kriminalprävention	212	5.998
Kriminalprävention	499	11.286
Kriminalprävention	80	1.347
	11.020	218.649

Senioren im Straßenverkehr Generation 65plus – sicher mobil im Alter

Der Bevölkerungsanteil der Senioren im Land Brandenburg stieg im Zeitraum von 2006 bis 2013 um 6,4 Prozent an. Dem gegenüber steht jedoch ein um 30 Prozent gesteigener Anteil bei den Verkehrsunfällen unter Beteiligung der Senioren. Besonders schwerwiegend ist dabei der Anstieg der Verkehrsunfälle, die durch Senioren verursacht wurden. Hier ist eine Erhöhung um 43 Prozent in den letzten sieben Jahren zu verzeichnen (von 7.078 auf 10.098). Somit ist trotz des eher konstanten Anteils der Senioren in der Bevölkerung ein deutlicher Anstieg von Verkehrsunfällen mit der Beteiligung von Senioren ersichtlich.

Aufgrund dieser erschreckenden Entwicklung erstellte die Zentralstelle Prävention eine Verkehrsunfallkonzeption für diese Zielgruppe, die Mitte 2014 durch den Leiter des Behördenstabes unterzeichnet wurde. Diese sieht unter anderem vor, dass die Polizei gemeinsam mit externen Partnern die Öffentlichkeit und speziell die Senioren auf diese Situation aufmerksam macht und das Bewusstsein für die Gefährlichkeit des Straßenverkehrs im Alter schärft.

Dafür wurde u. a. ein neuer Flyer „Tipps für die Generation 65plus im Straßenverkehr“ und eine Liste aktueller Seniorenprojekte anderer Akteure gefertigt. Schwerpunkt dieser Konzeption ist ein jährlicher Aktionstag „Senioren im Straßenverkehr“, an dem sich sowohl Bedienstete der Prävention als

auch des Bereiches Verkehrsangelegenheiten beteiligen. Der erste landesweite Aktionstag dieser Art fand unter großem Presseandrang im September 2014 statt. An Informationsständen vor Einkaufszentren oder Baumärkten wurden interessierten Senioren kostenlose Seh- und Hörtests, Gesundheitschecks oder Beratungen zu möglichen Beeinträchtigungen für die Verkehrsteilnahme und deren Kompensationsmöglichkeiten angeboten. Begleitend zu den Informationsständen sollen Anhaltekontrollen durchgeführt werden, bei denen aber die verkehrserzieherischen Maßnahmen und nicht die Ahndung von Verstößen im Vordergrund stehen.



Großes Interesse der Zielgruppe beim ersten Aktionstag „Senioren im Straßenverkehr“



Weiterbildung

In gemeinsamer Arbeit zwischen der Fachhochschule der Polizei und dem Polizeipräsidentium wurde das „Basismodul Prävention“ entwickelt. So wird seitens der Fachhochschule der Polizei ein bis zwei Mal jährlich ein Basismodul „Polizeiliche Prävention“ für die Mitarbeiter der Prävention und für die Revierpolizisten angeboten. Dieser Lehrgang dauert eine komplette Woche. Neben den theoretischen Grundlagen erhalten die Teilnehmer(innen) auch verschiedene Tipps und Kniffe für die Durchführung von Veranstaltungen. Ganz praktisch besteht die Möglichkeit, auch selbst einmal im Rettungssimulator „eine Runde zu drehen“. Das nächste Basismodul findet in der Woche vom 1. bis 5. Juni 2015 statt.

Künftig werden Aufbaumodule zu verschiedenen Präventionsmaßnahmen innerhalb der Themenfelder Kriminal-, Verkehrsunfall- und Sicherheitstechnische Prävention sowie zum Opferschutz durchgeführt. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die im Rahmen der Sicherheitskooperation der Freistaaten Sachsen, Thüringen und der Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt angebotenen Fortbildungen zu verschiedenen Themen (z. B. Technische Prävention an der FH-

Pol Sachsen-Anhalt oder Strategische Ausrichtung der Verkehrssicherheitsarbeit an der DHPol in Münster) anzunehmen. Alle Fortbildungsangebote finden Sie bereits im Bildungsportal auf den Seiten der Fachhochschule der Polizei im Intranet. Freigegebene Weiterbildungen anderer Bundesländer sind dort über den Link „externe Weiterbildung“ unter der Freitextsuche „Prävention“ zur Anmeldung abgelegt.

Bundes- und landesweite Vernetzung

Nur ein ressortübergreifender und gemeinsamer Präventionsansatz ermöglicht langfristig Erfolgsaussichten. Die Vernetzung und Kooperation bedeutender Verantwortungsträger stellt dabei eine entscheidende Voraussetzung dar. Insofern leistet das Polizeipräsidentium auch einen Beitrag im Rahmen gesamtgesellschaftlicher Prävention in Zusammenarbeit mit weiteren Verantwortlichen.

Bundesweites Gremium Kriminalprävention

„Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) verfolgt seit mehr als 40 Jahren das Ziel, die Bevölkerung, Multi-

plikatoren, Medien und andere Präventionsträger über Erscheinungsformen der Kriminalität und Möglichkeiten zu deren Verhinderung aufzuklären. Dies geschieht unter anderem durch kriminalpräventive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und durch die Entwicklung und Herausgabe von Medien, Maßnahmen und Konzepten, welche die örtlichen Polizeidienststellen in ihrer Präventionsarbeit unterstützen“ (Quelle: www.polizei-beratung.de).

Im nachgeordneten Bereich des Arbeitskreises II der Innenministerkonferenz befindet sich die Projektleitung Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (PL PK) auf Augenhöhe mit dem Unterausschusses Führung, Einsatz und Kriminalitätsbekämpfung (UA FEK) und der AG Kripo, die die strategische Ebene des Programms Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) darstellt. Dem nachgeordnet treffen sich sowohl die Mitglieder der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes als auch die Vertreter des ProPK jedes halbe Jahr abwechselnd in einem anderen Bundesland. In der Kommission sind alle 16 Bundesländer und das Bundeskriminalamt stimmberechtigt vertreten, die die konzeptionelle Sacharbeit übernehmen. Als beratende Mitglieder nehmen Vertreter der Deutschen Hochschule der Polizei und der Bundespolizei teil. Die Zentrale Geschäftsstelle mit Sitz in Stuttgart koordiniert u. a. die länderübergreifenden Aktivitäten der Polizeilichen Kriminalprävention im Gremienstrang und im Zusammenwirken mit außerpolizeilichen Präventionsträgern.

Einzelne Bundesländer haben sich auf bestimmte Präventionsthemen spezialisiert. Das Land Brandenburg hat das Themengebiet „Drogenprävention“ inne. Insofern tragen wir u. a. die Verantwortung für die Inhalte der Broschüren und weitere Materialien von ProPK zum Thema Drogenprävention, die bundesweit Anwendung finden.

Alle Materialien von ProPK finden Sie unter www.polizei-beratung.de oder über [extrapol](http://extrapol.de) / ProPK / Medienportal. Ebenso können die Medien zu verschiedensten Themen über das im [Extrapol](http://extrapol.de) eingestellte Formular in Absprache mit den Bereichen Prävention bestellt werden (Email an: polizeiliche.praevention@polizei.brandenburg.de).

■ ELLEN LUGERT
ZENTRALSTELLE PRÄVENTION

The screenshot shows the homepage of the website 'Polizeiliche Kriminalprävention'. At the top, there is a navigation bar with 'Startseite', 'Neuigkeiten', 'Tipps', 'Wissen', 'Hilfen', and 'Suche'. Below the navigation bar is a search bar with the text 'Suche nach Themen, Tipps, Hilfestellungen...' and a 'Suchen' button. The main content area is divided into several sections:

- Startseite und Aktionen:** A sidebar on the left with links to 'Aktuelles', 'Verkeilicht', 'Mitarbeiterentwicklung', 'K-ERBÄUCH', 'Aktuelle News', 'Blitzgeld', 'Aktion "Kinder stark im Netz"', 'KLEIN (Hand im Netz)', 'Weitere Aktionen', and 'E-Cards'.
- Themen und Tipps:** A section with the heading 'Sie sind hier: Startseite und Aktionen'. It features a large article titled 'Kfz-Diebstahl: Sichern Sie Ihr Fahrzeug richtig' with a sub-heading 'Achtung: AUTODIEB!'. Below this is a section for 'ARTUELLE INFORMATIONEN' with sub-sections for 'Kfz & News', 'Lehrer', 'Eltern', 'Senioren', and 'Menschen'.
- Opferinformationen:** A section with the heading 'Kfz & News' and sub-sections for 'International für Kinder', 'Kindersuche', 'Kinder sicher im Netz', and 'International für Kfz & News'.
- Medienangebot:** A section with the heading 'New in Programm!' and a sub-section for 'Medienpaket "Verkeilicht"'. It also features a 'Bürger-Newsletter' section with a sub-section for 'Abonnieren Sie unseren Bürger-Newsletter mit Polizeipass, da sich klicken lassen [Hier]'.
- Presse:** A section with the heading 'BKA warnt: Betrüger geben sich als BKA-Beamte aus' and a sub-section for 'Deckt geben sich Betrüger am Telefon als BKA-Beamte aus, um Geld für angebliche Ermittlungsverfahren zu fordern. Die Polizei ist: Niemals zahlen, stattdessen Name, Rufnummer und Dienststelle des angeblichen Polizeibeamten notieren und bei der örtlichen Polizeidienststelle Anzeige erstatten. [Kfz/Verkehr]'.



Beratung zum materiell-technischen Grundschutz

Die einfache Sicherheitsberatung der Polizei – kostenlos, produkt- und firmenneutral



zeichnung von Gegenständen mittels Codierung, z. B. mit künstlicher DNA, sowie Ratschläge zum richtigen Verhalten bei gegenwärtigen Einbrüchen bzw. bei Feststellung eines Einbruches.

Begleitend dazu werden Medien des Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) zum Thema Einbruchschutz und die „Errichterliste für Errichter von mechanischen Sicherungseinrichtungen der Polizei Land BB“ überreicht.

Seit Juni 2014 fördert die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Rahmen bestehender KfW-Produkte zur Barrierereduzierung oder zur energetischen Sanierung auch bauliche Maßnahmen zum Einbruchschutz. Dadurch sollen weitere Anreize für die Bevölkerung gegeben werden, eigenverantwortlich in Sicherheitstechnik zu investieren. Gefördert wird beispielsweise zusätzlich der Einbau einbruchhemmender Türen, der nachträgliche Einbau von Rollläden und Fenstergittern oder die Nachrüstung z. B. mit selbstverriegelnden Mehrfachverriegelungen und Zusatzschlössern an Türen und Fenstern. Alle Informationen zum Thema Förderung sind auf der Kampagnenwebseite von K-EINBRUCH unter www.k-einbruch.de/foerderung eingestellt.

■ BODO SCHACHT
ZENTRALSTELLE PRÄVENTION

Die sicherheitstechnische Beratung ist ein wichtiger Bestandteil der polizeilichen Präventionsarbeit. Einbrüche in Wohnungen oder Einfamilienhäuser beunruhigen die Bevölkerung in besonderem Maße und stellen eine erhebliche Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls der Menschen dar. Bürger, die über den Einbau von Sicherheitstechnik nachdenken, wissen oft nicht, welche Produkteigenschaften zur deutlichen Verbesserung des Einbruchschutzes führen und sind Firmen gegenüber eher skeptisch. Aus diesem Grund bietet die polizeiliche Prävention die einfache Sicherheitsberatung an, um das Sicherheitsgefühl der Bürger zu erhöhen und durch gezielte Maßnahmen diesen Deliktsbereich wirksamer zu bekämpfen.

Ziel dieser Beratungen ist es, dem Bürger entsprechende Sicherheitsempfehlungen zu geben, wie er sich vor Einbrüchen besser schützen kann. Eine Beratung vor Ort beinhaltet die Besichtigung und kurze Einschätzung der vorhandenen Sicherheitstechnik, eine produkt- und firmenneutrale Beratung bezüglich der aus polizeilicher Sicht erforderlichen Sicherungstechnik, ein Verweis auf die Möglichkeit der Kenn-



Eigentumssicherung durch künstliche DNA, hier mit Kollegen der polnischen Polizei (oben); Codierung von Fahrrädern als wirksamer Schutz vor Diebstahl (unten)

Wie ein innerer Erdbeben ...

Straftäter zu ermitteln ist täglich Brot vieler Polizisten, dafür zu sorgen, dass Straftaten erst gar nicht geschehen ist auch die Aufgabe der polizeilichen Prävention. Claudia Sponholz (51) ist eine von diesen „Aufklärungspolizisten“. Im Bereich der Polizeiinspektion (PI) Teltow-Fläming besucht die Oberkommissarin fast täglich Schulen und redet mit Kindern und Jugendlichen. Claudia Sponholz ist zugleich Opferschutzbeauftragte der PI. Für die info110 begleiten wir die Präventionerin und zeigen den Alltag ihrer fordernden und dennoch dankbaren Arbeit.





06:00 Uhr Dienstbeginn in Luckenwalde. Claudia Sponholz steht an der Glastür des futuristischen Inspektionsneubaus. Hinter der Glasfassade ist bereits reger Dienstbetrieb. In Zivil erwartet mich die Oberkommissarin, sie ist schon ein paar Minuten da. Gemeinsam gehen wir in den obersten Stock. Ihr Büro, das sie mit einer Kollegin teilt, ist eng. Vollgestopft mit Schränken, diversen Aufstellern, Drehscheiben, Unterlagen und zwei Schreibtischen. Jetzt erst einmal ein Milchkaffee.

Während die Maschine vor sich hin blubbert, erfahre ich mehr über das Programm des heutigen Tages. In ein- einhalb Stunden werden wir in einer Grundschule in Ludwigsfelde erwartet. Gewaltprävention ist das Thema. Bei den Kleinen, heute sind es erste und zweite Klassen, geht es um die Gewalt, die Fremde ihnen antun könnten.

Während ich überlege, wie ich ein und den gleichen Vortrag vier Mal hintereinander überstehe, klingelt das Telefon. Der Sohn der Präventionerin ist am Apparat. Es geht ihm nicht gut, er will daheim bleiben. „Schau erst mal wie es geht, Du schreibst doch heute auch die Physikarbeit, Du hast doch fleißig gelernt. Wenn es nicht geht, ruf Papa an. Sei ein Mann“, sagt sie liebevoll und legt auf. Ihr zweiter Sohn ist ein Nachzügler, elf Jahre alt. Er steht morgens allein auf, frühstückt und macht sich auf in die Schule. Das ist Alltag. Der selbständige Junge ist Teil einer scheinbar gut organisierten Polizisten-Familie. Claudias Mann arbeitet bei der Kriminalpolizei. „Mein jüngster Sohn ist auch so etwas wie eine Brücke in meine dienstliche Welt, ich hätte sonst wenig Ahnung, was in diesem Alter bei den Kindern angesagt ist“, gibt sie zu.

schon vor mehr als einem halben Jahr festgelegt. Diese Vorlaufzeiten sind normal, es bliebe dennoch Raum für kurzfristige Termine.

Nach einer halben Stunde sind wir da. Claudia zottelt noch einen Polizeikalender aus dem Kofferraum, hängt sich ihre drei Taschen um und verschließt das Auto. Auf dem kurzen Weg über den Schulhof klingelt das Telefon. Ein Seelensorger ist am Handy. Ein kurzes Gespräch, eine Verabredung zum Arbeitstreffen, dann geht es rasch zur Tür. Der Schuleingang ist verschlossen, eine Lehrerin lässt uns ein. Wir eilen ins Sekretariat, vor dem sich Eltern mit Vorschulkindern versammelt haben. Die Aufnahmegespräche für das nächste Schuljahr laufen. Von der Hektik und der Lautstärke unbeeindruckt fragt Oberkommissarin Sponholz nach dem Klassenraum, zu dem wir kurz darauf hasten. Eine erste Klasse wartete auf uns.



07:30 Uhr „Guuuuten Morgen, liebe Frau Sponholz“, klingt es aus 25 Kindermündern. Ein lieblicher Sing-

Sang. Weil es so schön ist, bekommt Claudia auch noch das Lied von der Maus. Die Klassenlehrerin versucht den Kindern kurz zu erläutern, worum es heute geht. Aufgeregtes Getuschel. Dann ist Ruhe und Claudia beginnt. „Ich bin Polizistin und arbeite in einem Bereich der heißt Prävention. Wisst ihr was das heißt?“. Schweigen. „Wenn es draußen heiß ist, was macht ihr dann, um euch abzukühlen?“, fragt sie. „Eis essen, baden“. „Wenn es draußen ganz kalt ist, geht ihr dann auch baden?“ Gemeinschaftliches Kopfschütteln. Auf die Frage, was man denn machen kann, damit man nicht friert, tauen gewissermaßen auch die Kinder auf. „Mütze anziehen, warme Sachen und so ...“, da sind sich die Knirpse nun einig. „Seht ihr, damit ihr nicht friert und vielleicht sogar krank werdet, beugt ihr vor. Vorbeugen, das heißt Prävention übersetzt. Das leuchtet ein.“

„Gehe nicht mit Fremden mit!“ so lautet der Merksatz. Vier Mal wird Claudia Sponholz ihren Vortrag halten, in vier Klassen, vor etwa einhundert Kindern. Das sei durchaus ein normaler Tag, meint die 51-Jährige, als sie Jeans und Bluse gegen die Uniform tauscht. „Die Uniform ist wichtig, um als Autoritätsperson zu erscheinen und auch den Abstand zu den Kindern zu wahren“, sagt sie. Bei den Kleinen sei dies manchmal eine Gratwanderung, die Uniform jage den Erstklässlern durchaus auch Angst ein. Tränen sind genauso häufig, wie stürmische Umarmungen.



06:30 Uhr Claudia holt den Dienstwagen. Diesen mag sie besonders. „Der hat Sitzheizung“, sagt sie und heizt mir auch gleich ein. Wir rollen vom Hof der Inspektion und fahren in das fast 35 Kilometer entfernte Ludwigsfelde. Diese Strecke ist eine der kürzeren. Wenn es in Richtung Baruth oder Dahme geht, sei sie schon deutlich länger unterwegs. Im Auto erzählt sie mir von der Schule, in die wir nun fahren. Mit der Direktorin, einer engagierten Frau, sei sie per Du. Auf Initiative der Schulleiterin hin, hätten sie die Termine dieser Woche

Nun aber zum eigentlichen Thema. „Woran erkennt ihr, dass ich Polizistin bin?“, fragt sie. Es kommen diverse Vorschläge, die Uniform ist nicht dabei. Schließlich, mit etwas Hilfe von Claudia, einigen sich die Erstklässler, dass es wohl in erster Linie die Dienstkleidung sei. Nun krempelt die Oberkommissarin Ihre Strickjacke auf links und fragt, „Und nun?“ Wieder Schweigen. Etwa fünf Minuten dauert es, bis die Kinder nach einem Ausweis fragen. Claudia Sponholz nickt und gibt bereitwillig ihr eigenes Exemplar durch die Bankreihen.

Nachdem sie erklärt hat, dass es auch Polizisten ohne Uniform gibt, die sich mit Ausweis und Kriminalmarke ausweisen, stellt sie die entscheidenden Fragen: „Es gibt Bekannte und es gibt Fremde, wer sind für Euch denn Bekannte?“ Nach einer Fülle von Antworten kommt ein zierliches Mädchen auf den Punkt. „Mama, Papa und mein Bruder sind nicht fremd.“ Ja, das wollte Claudia Sponholz hören. Sie macht den Kindern klar, dass nur Familienangehörige bekannt sind, alle anderen sind fremd. Aber was ist die Lehrerin? Sie ist fremd, aber sie ist etwas Besonderes, versucht die Polizistin die Stellung einiger Personen zu verdeutlichen. Und dann wird mir an diesem Morgen zum ersten Mal klar, wie wichtig diese Stunde ist, die Claudia gerade abhält.

Bis eben, habe ich mich gefragt, ob es denn für die Kinder nicht selbstverständlich sei, dass sie Distanz zu Frem-

den das jetzt nur, das ist nicht echt. Also ich spreche Dich an. Sagmal Lisa, was hat denn der Weihnachtsmann gebracht, vielleicht eine Barbie?“ „Mmh, ja eine“, antwortet die Kleine sichtbar verschüchtert, obwohl Claudia in die Hocke gegangen ist und sehr freundlich mit ihr redet. „Magst Du vielleicht noch eine haben? Meine Tochter hat daheim ganz viele, mit denen spielt sie nicht mehr. Du kannst ja mit mir mitkommen, dann zeige ich dir alle.“ Lisa ist völlig überfordert. Sie wird rot und traut sich kein Wort mehr zu sagen, auch die geflüsterten Anfeuerungsrufe ihrer Klassenkameraden wirken nicht. Kein Wort kommt über ihre Lippen. Auch als Claudia helfen will: „Sag NEIN, sag LASSEN SIE MICH IN RUHE!“, ist Lisa still und senkt den Kopf.

Sie ist den Tränen nahe, das merke ich. Jetzt fühle auch ich mich unbehaglich und das liegt nicht am 30 Zentime-

drei: NEIN! Kein Sing-Sang, eher ein Kampfschrei. Der Klassenraum bebte. Gleich nochmal. Eins, zwei, drei: LASSEN SIE MICH IN RUHE! Die Kinder sind sicher noch in der oberen Etage zu hören. Als Claudia vorschlägt, das NEIN, welches ja noch im Raum schwebt einzufangen und es gemeinsam mit den Kindern faltet, um es in die Tasche zu stecken – man könnte es ja irgendwann mal brauchen – beobachtete ich Lisa. Das Mädchen macht tatsächlich den Reißverschluss an ihrem Kleid auf und steckt das fiktive NEIN sorg-



den wahren. Ich bin selbst Mutter und fest überzeugt davon, dass meine Kinder eher die Flucht ergreifen würden, als auch nur darüber nachzudenken, in das Auto eines Fremden zu steigen. Als Polizistin weiß ich aber auch, dass der völlig unbekannte Täter so gut wie nie vorkommt. Gewalterleben spielt sich zum größten Teil in der Familie ab. Aber die Szene nun zeigt mir, wie verunsichert, wie scheu eine Kinderseele sein kann. Ein kleines Mädchen, im gepunkteten Kleid – eben noch taff und beim Melden immer die Erste – wird von Claudia angesprochen. „Wir spie-

ter hohen Stuhl, auf dem ich seit einer halben Stunde hocke. Claudia bricht ab. Vor diesem Rollenspiel hat sie den Kindern erklärt, wie wichtig es ist, laut und deutlich NEIN zu sagen. Dass ein SIE, einem Fremden gegenüber, von Anderen viel eher gehört wird, als ein DU. All das weiß Lisa also, aber selbst im geschützten Rollenspiel ist sie verschüchtert, fast apathisch. Die Polizistin bricht ab. Sie flüstert dem kleinen Mädchen etwas ins Ohr, die Kleine lächelt. Dann sollen alle aufstehen. Gemeinsam üben wir, was es heißt, deutlich NEIN zu sagen. Eins, zwei,



fältig hinein. Das Gebrüll hat auch bei ihr befreiend gewirkt, sie ist wieder mit Feuereifer bei der Sache. Claudia wird in dieser Stunde noch erklären, was ein Sicherheitsabstand ist. Dass diesen das Kind selbst festlegt, aus dem Bauch heraus, wie sie sagt. Sie erklärt auch, dass niemand das Recht hat, den Kindern weh zu tun. Das alles verdeutlicht sie mit Rollenspielen, immer wieder stehen verunsicherte Kinder vor ihr. Aber mit einiger Hilfe demonstrieren sie, wie man Abstand hält und selbst Entscheidungen fällt, auch wenn der Fremde etwas anderes verlangt. Dann liest sie die Geschichte von Lu vor. Lu soll vor der Schule auf ihre Mutter warten und wird von verschiedenen Personen angesprochen. Darunter die Nachbarin und der Kollege des Vaters. Am Ende geht sie mit einem blond gefärbten Punk in Lederjacke mit. Ein Raunen geht durch die Klasse. Aber der vermeintlich Fremde entpuppt sich auf der nächsten Seite als Lu's Bruder. Die Kinder sind erleichtert. Nun teilt Claudia eine simple



Kopie aus, unter einer Zeichnung steht „Wenn Du nicht willst, dass Dich jemand anfasst, sag NEIN!“. Als sie die Kinder auffordert, das Bild auszumalen, macht sich die ganze erste Klasse mit viel Elan ans Werk. Minuten später ist die Stunde vorüber. Claudia verabschiedet sich.



08:30 Uhr Fünf Minuten haben wir Zeit, um in eine Flex-Klasse zu hetzen.

Schüler der ersten und zweiten Klasse werden hier gemeinsam unterrichtet. Schon in dieser Klasse merke ich, dass eine Stunde zum gleichen Thema nicht zwangsläufig gleich ablaufen muss. Diese Klasse stellt wesentlich mehr Fragen, der angekündigte Vortrag interessiert sie nicht. Stattdessen wird Claudia ausgefragt, ob sie schon mal mit ihrer Waffe geschossen hat oder einen Dieb verhaftet oder je-

AG (und dann zählt er alle Sport-AG-Mitstreiter seiner Klasse mit Vor- und Zunamen auf) noch viel schneller sein, als der Rest. Eine echte Nervenprobe, auch weil in der ersten Reihe ein Schulanfänger immer wieder stört und nicht auf seinem Platz sitzen bleibt. Ich erlebe eine Stunde, in der es Claudia sichtlich schwer fällt, den roten Faden ihres Vortrages beizubehalten. Erst bei der Geschichte von Lu kehrt Ruhe ein, dann erlöst uns die Schulklingel.



der Klasse gäbe. Der Begriff Mobbing wird ihrer Meinung nach inflationär gebraucht. Auch deshalb klärt sie mit den Schülern der 5. und 6. Klassen zu allererst den Gewaltbegriff. Es gibt körperliche Gewalt, Gewalt gegen Sachen, aber auch seelische Gewalt. Manchmal müsse man den älteren Schülern erst klar machen, dass Beschimpfungen und Beleidigungen auch Schäden anrichten. Dazu lässt sie die Schüler von einer aufgemalten Figur Stücke abreißen. Diese Figur soll die Seele eines Menschen symbolisieren (diese Idee stammt von Claudias Präventionskollegen aus Cottbus). Auch nach dem Zusammensetzen sind die Risse deutlich zu sehen, Narben bleiben zurück. So verdeutlicht sie die Verletzungen, die auch die Seele eines Menschen davon tragen kann. Vor der Realität macht die Polizistin nicht halt. Fälle, in denen sich Pubertierende nach Attacken Gleichaltriger aus Scham oder Angst das Leben nahmen, kennt Claudia Sponholz nicht nur aus dem Internet. Wenn sie zu



manden verfolgt. Es kostet Kraft, die Kleinen in ihrer Neugier zu bremsen und auf den Punkt zu kommen. „Alle Hände runter“, sagt sie streng. Wieder die gleichen Fragen, wie in der Stunde zuvor. Wieder ähnlich Antworten, nur kommen sie hier schneller. Das mag am Alter der Kinder liegen. Später stellt sich heraus, dass auch eine Zweitklässlerin das Rollenspiel nicht deutlich mutiger meistert. Auch sie ist verschüchtert und traut sich kaum zu antworten, schon gar nicht traut sie sich, laut NEIN zu sagen. Lisa ist also nicht allein. Immer wieder stellt Claudia denkbar einfache Fragen, immer wieder kommen die abenteuerlichsten Antworten. Als es um den Sicherheitsabstand geht, fragt ein Junge, was man denn machen sollte, wenn der Fremde einem hinterher rennt. Um sich nicht in einer Diskussion zu verlieren sagt Claudia, dass dies eher nicht vorkomme und wenn doch sind die Kinder schneller. Daraufhin fängt der Kleine an darüber zu philosophieren, dass die Kinder der Sport-



09:15 Uhr Frühstückspause. Ich finde Claudia im Lehrerzimmer, in dem ihr das Lehrerkollegium bereits einen Kaffee angeboten hat. In der kurzen Ruhephase erzählt sie mir, dass so etwas durchaus nicht die Regel sei. Es gäbe nicht wenige Schulen, an denen sie im Lehrerzimmer nicht einmal begrüßt wird, von einem Kaffee ganz zu schweigen. „Das ist, als trage man eine Tarnkappe“, beschreibt sie es. Dann wird sie freundlich von einer Lehrerin begrüßt. Am nächsten Tag geht es in ihrer sechsten Klasse um Gewalt. Claudia rät zum Stuhlkreis mit zuvor festgelegter Sitzordnung. Natürlich wird es dort nicht um „Fremde“ gehen. Oft werde sie angefragt, weil es Mobbingfälle in

so einem Thema vor einer sechsten Klasse spricht, plant sie dafür mindestens vier Unterrichtsstunden ein. Manchmal brechen dabei alle Dämme und die Jugendlichen sprechen sich untereinander aus. Tränen gibt es bei solchen Aussprachen nicht selten. Manchmal aber sind Schüler durch tägliches Erleben in Familie und Schule derart abgestumpft, dass ihnen gar nicht klar ist, was sie mit ihrem Tun bei anderen anrichten. Beschimpfungen über „Whats app“, schnelles Versenden beleidigender Fotos oder Sprüche an eine beliebige Menge Adressaten gehören schlicht dazu. Nur wenigen ist klar, dass solche Delikte zu Lasten eines Opfers gehen. Neue Medien tragen einen großen Teil zur gelebten Anonymität bei. Claudia Sponholz macht sich den-

noch keine Illusionen. „Ich kann in vier Unterrichtsstunden nicht die Erziehung und das Erleben von Jahren umkrepeln, ich kann mit etwas Glück dafür sorgen, dass sich die Schüler hinterfragen und die soziale Kontrolle untereinander besser funktioniert“. Auch aus diesem Grund sollte die Gewalt-Prävention in der Grundschule stattfinden, also bis 14 Jahre.. „Später ist der Zug definitiv abgefahren“, meint die erfahrene Präventionerin.



09:35 Uhr Was ist Vorbeugen – die Dritte. Ich kann bereits mitsprechen. Was dieser Vortragsmarathon für Claudia Sponholz bedeuten mag, kann ich mir nun auch vorstellen. Immer wieder trinkt sie schnell einen Schluck Mineralwasser. Vor einer Klasse zu sprechen heißt laut zu sprechen, sich zu konzentrieren, zu stehen und den

nun auch die fünfte Version. Über das Fenster sei der Täter nach Schilderungen eines Jungen aus der Klasse zuvor eingebrochen. Auf Facebook soll er die Fotos eingestellt haben, berichtet ein anderer Zweitklässler aufgeregt. An der Schule gab es im Nachgang eine Elternversammlung zum Thema. Claudia Sponholz hielt vor den Eltern einen Vortrag, es ging darum, wie Kinder solchen Taten gegenüber sensibler werden und richtig reagieren. „Ich möchte den Kindern keine Angst machen, das ist nicht der richtige Weg. Aber das ist schwer, wenn auch Eltern zur Panikmache beitragen“, sagt sie. Das hätte sie bereits mehrfach erlebt. Die Schilderungen des aufgeregten Jungen wartet sie ab und erklärt dann ruhig, wie sich die Kinder verhalten sollen, wenn sie Fremde in der Schule bemerken. Anschließend wieder die Lu-Geschichte, dann Ausmalen. Ende der Stunde.



11:20 Uhr Claudia verlässt die Schule nicht, ohne noch einmal kurz bei der Schulleiterin vorbei zu schauen. Das Gespräch ist herzlich, die beiden besprechen kurz die anstehenden Termine der nächsten Wochen, ein paar private Worte, dann verabschieden wir uns. Wir bahnen uns den Weg über den Flur, hunderte Schüler wuseln um uns herum und sprechen uns an. Als wir es bis zum Auto geschafft haben, atmen wir erst einmal durch. Das tut gut.



Überblick zu wahren. Das ist unheimlich anstrengend, Lehrer können sicher ein Lied davon singen. In dieser Klasse ist die Klassenlehrerin erkrankt, dennoch sind alle diszipliniert. Die gleichen Fragen, Rollenspiele und Antworten. Zum inzwischen fünften Mal bringen Schüler an diesem Tag einen Vorfall von Anfang Januar ins Gespräch. Ein der Polizei unbekannter Mann schlich sich an einem Vormittag in die Mädchentoilette und machte dort Fotos von einem Kind. Dieses Ereignis wurde zur Anzeige gebracht, die polizeilichen Ermittlungen führten allerdings nicht zur Ergreifung des Täters. Weitere Kinder der Klasse wussten ähnliche Vorfälle zu berichten, wobei nicht immer eindeutig zu erkennen war, ob sie das in einem Film gesehen oder Gespräche von Erwachsenen belauscht oder aufgeschnappt hatten. Allerdings höre ich



10:30 Uhr Der letzte Durchgang für heute beginnt. Auch hier herrscht Ruhe, nur manchmal muss Claudia Sponholz die Schüler ermahnen. Davor hat sie keine Scheu, das merkt man. An Autorität mangelt es ihr nicht. Wenn nach langem hin und her die richtige Antwort kommt, bestätigt sie die Schüler mit einem sehr freundlichen: „ganz genau“. In dieser Klasse läuft alles glatt, Claudia schafft ihren Stoff. Als nach 45 Minuten die Schulklingel ertönt, wird sie dennoch sofort von ungefähr sechs Schülern umringt. Einer von ihnen erzählt ihr eine Geschichte, die er vor Unterrichtsbeginn bereits berichtet hat, ein anderer will ihrer Waffe sehen. Ein Mädchen fragt nach einem weiteren Blatt zum Ausmalen und die Vertretungslehrerin hat ebenfalls Gesprächsbedarf. Ein Knochenjob.



11:45 Uhr Rückfahrt ins Büro. Im Wagen diskutieren wir über Kindererziehung. „Es gibt heute zu wenige Regeln für Kinder“, sagt Claudia. Sie erlebe täglich, dass Kinder massiv in die Entscheidungen der Erwachsenen einbezogen werden und damit überfordert sind. „Wenn meine Eltern Probleme gewälzt haben, musste ich den Raum verlassen. Wenn mein Mann und ich über Dinge sprechen, die wir dienstlich erlebt haben, dann natürlich ohne unseren Sohn“, sagt sie und meint, dass was so selbstverständlich klingt, in vielen Familien längst nicht Alltag ist. Auch das führe dazu, dass Kinder Realität und Fiktion kaum auseinander halten können. Es werden Geschichten aus Filmen und Erzähltes als eigenes Erleben verkauft.



12:15 Uhr Schnelles Mittagessen im Büro. Claudia will mir noch von ihrem „Zweitjob“ erzählen. Montags und Freitags kümmere sie sich um Opferschutzbelange. Seit fast neun Jahren ist sie Opferschutzbeauftragte der PI. Ihre Aufgabe ist es, den Kontakt zu Opfern häuslicher Gewalt herzustellen und ihnen ihre straf- und zivilrechtlichen Ansprüche aufzuzeigen, Ansprechpartner zu benennen und manchmal eben einfach nur ein offenes Ohr zu haben.



Montags suche sie alle Einsätze zusammen, bei denen Sie Handlungsbedarf erkennt. Dann informiert sie sich beim zuständigen Sachbearbeiter zu den genaueren Umständen. „Oft können die Kollegen schon eine ganze Menge mehr zur Sache sagen, als Einsatzprotokoll oder Anzeige hergeben. Manchmal winken sie auch ab, dann scheint die Straftat vorgetäuscht zu sein oder das vermeintliche Opfer und der Kriminalist kennen sich nur allzu gut“, sagt Claudia Sponholz. In allen Fällen entscheide ihr Bauch, meint sie und betont, dass sie damit fast immer richtig liege. Seit 2006 verfährt sie so und sichtet die Vorgänge der Woche, um sie nach Opferschutzbelangen zu bewerten. Anfangs versuchte sie in allen Fällen persönlich den Kontakt zum Opfer aufzunehmen. „Ich habe Gespräche angeboten, etwas in der Hälfte der Fälle, haben die Opfer dieses Angebot angenommen“. Dann fuhr Claudia Sponholz zu den Betroffenen und überreichte Infomaterial, beriet und tröstete. Mit

den Jahren sank die Zahl der Rückmeldungen unaufhörlich, heute so schätzt die Oberkommissarin ein, würde sich nur noch ein ganz kleiner Teil, vielleicht ein Zehntel zurückmelden. Auch deswegen ist sie dazu übergegangen, den Betroffenen einen Brief zu schreiben, sobald sie von einem Vorfall erfährt. Das sind gefährliche Körperverletzung und solche mit Todesfolge, Raub und Zeugen von schweren Unfällen.

Mit in den Umschlag kommen u.a. auch Flyer des Weißen Rings, der Opferhilfe e.V., des Amtes für Versorgung und Soziales oder das Infoblatt „Häusliche Gewalt“. Natürlich bietet die 51-Jährige darin auch ein Gespräch an. Und manchmal komme sie dabei an ihre Grenzen. So muss sie sich mit schwersten Verbrechen auseinander setzen, viel Leid und Schmerz erleben. „Als mich vor ein paar Jahren eine Frau tatsächlich zurück rief, deren Mann nur Tage zuvor erst die beiden gemeinsamen Kinder und anschließend sich selbst erschossen hatte, zuckte ich zusammen. Als sich die Frau vorstellte, war das wie ein innerer Erdbeben“, versucht Claudia Sponholz ihre Gefühle zu beschreiben. Ihr, der erfahrenen Opferschutzbeauftragten, fehlten kurz die Worte, ihr Herz setzte kurz aus. Als sie erkannte, dass ihr Gegenüber am Telefon offenbar unter starken Medikamenten stand und immer wieder nach dem Ersatz der beschädigten Fenster fragte, erkannte Sie, dass sie nicht helfen konnte. „Die vollkommen nebensächlichen Fragen, die jene Frau stellte, signalisierten mir, dass ich erstens an meine Grenzen stoße und hier zu allererst professionelle Hilfe wie die eines Psychologen organisiert werden muss. Mir war klar, dass ich besser einen Seelsorger informiere, das tat ich auch. Diese Frau befand sich bereits in Behandlung“, rekapituliert Sponholz. Seelsorger, Mitarbeiterinnen von Frauenhäusern und Verantwortliche von Opferschutzverbänden sind das Netzwerk der Opferschutzbeauftragten. Ohne den ständigen Austausch und die gegenseitige Unterstützung ginge es nicht, auch wenn die Fälle, in denen sie gebraucht wird, weniger geworden sind. Opfer häuslicher Gewalt machen dennoch einen Großteil ihrer Beratungen aus. Dies sei ein schwieriges Feld, da die Bereitschaft, sich helfen zu lassen bei den geeigneten Frauen oft erst dann einsetze, wenn sie bereits lange Zeit unter der Gewalt des Partners leiden. „Die Hemmschwelle und die Angst sind einfach zu groß“, sagt die Polizistin und meint: „Auch deswegen packe ich die Infomaterialien mit in meine Briefe. Dort stehen die wichtigsten An-

sprechpartner bereits drin und die Opfer müssen nicht noch eine weitere Person kontaktieren, das kann helfen.“



13:30 Uhr An diesem Nachmittag erfahre ich viel über Fälle mit denen Claudia im Laufe der Jahre in Berührung kam. Vom Stalker bis zum Witwer, der am Ende seine Frau selbst unter die Erde gebracht hatte. Was sie mir so selbstverständlich erzählt, kostete sie damals viel Kraft. Mitunter sind es auch die eigenen Kollegen, die Kraft kosten. Sie müsse beharrlich sein und des Öfteren darauf hinweisen, dass es sie als Opferschutzbeauftragte gibt. „Ich möchte ihnen Arbeit abnehmen und sie in Sachen Opferschutz entlastet werden“ sagt Claudia Sponholz. Das sei manchmal anstrengend, aber dann lässt sie das Ganze ein paar Tage sacken und meldet sich anschließend erneut. Hartnäckig.



14:00 Uhr Auf dem Parkplatz vor der Inspektion verabschieden wir uns. „Ich liebe meinen Job. Ich habe gemerkt, hier kann ich alt werden. Ich bin dankbar, einen Job machen zu können, in dem ich wirklich meine Erfüllung gefunden habe. Das ist nicht selbstverständlich...“, sagt Claudia. Ein schönes Schlusswort, denke ich, als ich ins Auto steige und über den Tag nachdenke. Ein anstrengender Job, aber auch eine Arbeit, bei der die Polizistin oft ganz direkt Anerkennung erfährt. „Ganz genau“, würde Claudia wohl antworten. Übrigens: Beherzigte Claudias Sohn ihren Rat und ging in die Schule. Einen Anruf aus dem Sekretariat gab es nicht, für seine Physikararbeit bekam er eine Zwei.

■ KATRIN BÖHME
INFO110-CHEFREDAKTEURIN

Sicherheit braucht Partner

In Bärenklau (OHV) gehen 21 engagierte Bürger seit Jahren auf Präventionsstreife



Handschlag – nicht nur symbolisch. Polizei und Sicherheitspartner stehen in ständigem Kontakt

Vorbeugen und Schützen“ ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie erfordert die Zusammenarbeit mit allen dafür in Frage kommenden staatlichen, kommunalen und privaten Einrichtungen. So unterstützt und berät die Polizei auch externe Präventionsgremien, z. B. Präventionsräte oder kommunale und übergreifende Initiativen, um ihre Erkenntnisse und Erfahrungen einzubringen, Informationen in Sicherheitsfragen, insbesondere zu Fragen der Kriminalitäts- und Verkehrsunfall- Entwicklung, auszutauschen und so selbst Schwerpunkte zu setzen. Besonders hervorzuheben sind die Kooperationen der Polizei mit den Gremien der Kommunalen Kriminalitätsverhütung, kurz KKV. Diese Arbeit stützt sich auf einen Erlass aus dem Ministerium des Innern aus dem Jahr 1995. Im Mittelpunkt stehen die regional-lokale Zusammenarbeit zwischen Stadt-, Amts- und Gemeindeverwaltungen mit der Polizei in sog. KKV-Kommissionen oder die Ordnungspartnerschaften, in welchen sich Vertreter von Polizei, Betrieben, Institutio-

nen, Behörden sowie weiteren Verantwortungsträgern zum Thema Sicherheit verbinden.

Am bekanntesten ist wohl die Zusammenarbeit mit den Sicherheitspartnern oder Sicherheitspartnerschaften. Mit Stand vom Dezember 2014 arbeiteten 446 Sicherheitspartner in 74 Sicherheitspartnerschaften mit der Polizei des Landes Brandenburg zusammen. Sicherheitspartner werden



durch die Polizei bestellt, eingewiesen und in ihrer Arbeit begleitet. Ihr Aufgabenbereich richtet sich nach den jeweiligen Verabredungen in der örtlichen Einwohnerversammlung. Sie zeigen Präsenz im jeweiligen Bereich und geben der Polizei Hinweise zu auffälligen Feststellungen oder sich auffällig verhaltenden Personen.



„Offene Augen, mehr braucht es nicht“

Im Herbst 2011 wurde die Gemeinde Bärenklau innerhalb von wenigen Wochen mit einer Vielzahl von Wohnungseinbrüchen konfrontiert. Statistisch betrachtet lag die Häufigkeitszahl für Diebstahl aus Wohnungen in Brandenburg bei 1,79 je 1.000 Einwohner, in Bärenklau betrug diese Zahl 10,79 – also das 6-fache gegenüber dem Durchschnitt. Aus Sicht einiger engagierter Bürger war daher Handlungsbedarf zwingend erforderlich. Spontan gegründet wurde zunächst eine Nachbarschaftspartnerschaft. Verhaltensregeln und die Zusammenarbeit mit der Polizeiinspektion Oberhavel und der Gemeinde Oberkrämer wurden abgestimmt, Dennoch wurden die Aktivitäten der Nachbarschaftspartner zunächst kritisch betrachtet.

Nachdem alle Beteiligten – Polizei, Gemeinde und Einwohner – die Art und Weise der Präventionsstreife und unser Auftreten kennengelernt hatten und sich auch die Zahl der Einbrüche deutlich reduzierte, haben wir 2013 eine offizielle Sicherheitspartnerschaft beantragt und auch erhalten. Mit ein wenig Stolz können wir zusammen mit der Polizeiinspektion und den Revierpolizisten darauf verweisen, dass unser Ziel, die Wohnungseinbrüche zu reduzieren, zumindest bis heute erreicht wurde.

Aus Sicht der Sicherheitspartner Bärenklau sind bei der praktizierten Kooperation einige Dinge von besonderer Bedeutung:

- Es besteht ein befristeter „Kooperationsvertrag“ mit Rechten und Pflichten für alle Parteien.
- Inspektionen der Sicherheitspartner werden strukturiert und organisiert durchgeführt - keine eigenständigen Handlungen und Strafverfolgungen.
- Eine weitestgehende offene Kommunikation wird regelmäßig praktiziert - Informationen werden zeitnah weitergeleitet.
- Die Einwohner werden mit einbezogen und regelmäßig informiert.
- Regelmäßige Abstimmungen zwischen Gemeinde, Polizei und Sicherheitspartnern werden vertrauensvoll praktiziert.
- Aktive, unterstützende Berichterstattung der lokalen Presse.

Allein die Tatsache, dass es in den letzten fünf Jahren einen bundesweiten kontinuierlichen Anstieg der Wohnungseinbrüche von ca. 35% gegeben hat, verdeutlicht den akuten Handlungsbedarf. Die intensiven Anstrengungen der Polizei in der Vergangen-

heit scheinen daher nicht allein zu reichen, was sich auch mit der Wahrscheinlichkeitsrechnung begründen lässt. Erfolgreich und nachhaltig scheinen daher Kooperationsmodelle – wie mit den Sicherheitspartnern Bärenklau praktiziert – zu sein.

Die Vernetzung von mehreren Parteien (wie in unserem Fall: Gemeinde – Polizei – Einwohner - Sicherheitspartner) sind zwar nicht immer einfach zu handhaben, können aber sehr erfolgreich sein. Gegenseitiges Vertrauen ist dazu eine solide Grundlage. Vertrauen kann jedoch nicht verordnet werden, sondern muss durch Überzeugung gebildet werden.

Kritisch anzumerken bleibt der administrative Aufwand, der sich aus dem Erlass „Kommunale Kriminalitätsverhütung (KKV)“ aus dem Jahr 1995 ergibt. Die hier zu Grunde gelegten Verfahren und auch Formulare müssten dringend einer Überarbeitung unterzogen werden und auf die aktuellen Gegebenheiten abgestimmt werden. Dann kann der Aufwand für die Polizei und auch für die Sicherheitspartner deutlich effizienter gestaltet werden. Die Grundgedanken des KKV sind allerdings nach wie vor richtig und sollten weiterhin Gültigkeit haben.

■ KLAUS OEDER
KOORDINATOR SIPA BÄRENKLAU

Sicherheitspartner werden

- Einwohnerversammlung schlägt Bürger zur Bestellung als Sicherheitspartner vor
- Bewerber werden durch die Polizei entsprechend vor der Bestellung überprüft
- Sicherheitspartner sollen sozial engagierte Einwohner der Gemeinde sein
- geeignete Einwohner werden von der örtlich zuständigen PD als Sicherheitspartner bestellt
- Aufgabenbereich richtet sich nach den jeweiligen Verabredungen in der örtlichen Einwohnerversammlung

Sicherheitspartner sein

Zu den wichtigsten Aufgaben zählen z.B.:

- Einflussnahme auf die Ordnung und Sicherheit
- Schulwegsicherung
- Anwesenheit in örtlichen „Angsträumen“
- Schlichtungsgespräche bei ruhestörendem Lärm z.B. an Jugendtreffpunkten
- Kontrolle von Wohnungen, deren Bewohner längere Zeit abwesend sind
- Begleitung von Senioren zu Geldinstituten
- Ordnungsgänge in Kleingartenanlagen und Wohngebieten
- Nur „Jedermanns-Rechte“ (§ 127 Abs. 1, S.1 StPO)
- Keine Uniform
- Keine Waffen

Einweisung der Sicherheitspartner

Die Einweisung der Sicherheitspartner erfolgt vor Beginn ihrer Tätigkeit durch die Polizei. Der Inhalt der Grundeinweisung beinhaltet:

- Aufgaben der Polizei
- Abgrenzung dazu die Rechte und Aufgaben der Sicherheitspartner
- Informationen zu den „Jedermannsrechten“
- Verhalten der Sicherheitspartner in kritischen Situationen
- Belehrung zum unbewaffneten Tätigwerden

Aufwandsentschädigung/ Unfall- und Haftpflichtschutz

- Entschädigung je Sicherheitspartner in Höhe von 25 Euro pro Monat.
- Pro Sicherheitspartnerschaft maximal 250 Euro pro Monat
- gegen Unfall- und Haftpflichtrisiken Absicherung durch das Land



Aus Nachbarschaftshilfe wird Sicherheitspartnerschaft

„Achtung, wach-samer Nachbar“ – Mitglieder der SiPa Bärenklau vor einem Schild im Ort, welches auf deren Arbeit hinweist



In einem kleinen Ortsteil namens Bärenklau (Gemeinde Oberkrämer, LK Oberhavel), nördlich von Berlin mit 1.283 Einwohnern fiel einem Mann, Klaus Oeder, auf, dass sich die Einbrüche in Einfamilienhäuser in dem beschaulichen Örtchen häuften. Tatsächlich fand er 20 Einwohner, die sich ihm anschlossen und gemeinsam als „Nachbarschaftshilfe“ nach dem „Rechten“ sahen und ihre „Augen und Ohren offen hielten“. Anfangs finanzierten sie sich selbst und lebten von Spendengeldern aus der Gemeinde und aus eigenen Sammelaktionen.

Aber Herr Oeder kannte den KKV-Erlass, trat beim Bürgermeister und auch bei der Polizeiinspektion Oberhavel auf und bat um Unterstützung. So kam es zu einer Neubegründung dieser SiPa auf Antrag des Koordinators Klaus Oeder, nach Einberufung und Mitbestimmung in einer Einwohnerversammlung zum 01.05.2013 und wurde in 2014 für ein weiteres Jahr bis zum 30.04.2015 bestätigt und neuerlich verlängert.

Wie funktioniert nun diese Zusammenarbeit zwischen 21 Sicherheitspartnern, der Gemeinde und der Polizei vor Ort?

Die Zusammenarbeit mit der Sicherheitspartnerschaft ist sehr gut. So bestehen wöchentliche Kontakte zu den zuständigen Revierpolzisten PHM Neumann, PHM Hübner und PM'in Skubatz vor Ort. Monatliche gegenseitige

Kontaktaufnahmen werden zwischen dem Koordinator der SiPa und der Koordinatorin der Revierpolizei gepflegt.

Der Koordinator, Herr Oeder, legt monatlich vor:

- Antrag auf Aufwandsentschädigung
- Vorplanung des Monats (d.h. geplante Streifentätigkeiten)

- E-Mails und Fotos zu festgestellten Auffälligkeiten in der Gemeinde
- In regelmäßigen Abständen finden Treffen der Sicherheitspartner statt. So wurden diese Zusammenkünfte auch in der Vereinbarung mit der Sicherheitspartnerschaft Bärenklau festgehalten.

Bericht- erstattung	KKV- Kommissionen			Sicherheitspartnerschaften						Ordnungs- partnerschaften		
	PDM	FFO	Land	PDM		FFO		Land		PDM	FFO	Land
				Anz.	Pers.	Anz.	Pers.	Anz.	Pers.			
31.12.2002	64	30	94	70	448	47	397	117	845			
31.12.2003	65	31	96	69	505	48	375	117	880			
31.12.2004	65	32	97	67	492	45	355	112	847			
31.12.2005	61	25	86	65	448	40	272	105	720	15	12	27
31.12.2007	62	19	81	62	402	35	229	97	631	18	10	28
31.12.2008	59	16	75	61	399	33	234	94	633	19	12	31
31.12.2009	65	17	82	59	381	34	238	93	619	22	14	36
31.12.2010	65	16	81	58	366	29	206	87	572	23	16	39
31.12.2011	-	-	79	-	-	-	-	78	498	-	-	43
31.12.2012	-	-	72	-	-	-	-	76	487	-	-	49
31.12.2013	-	-	69	-	-	-	-	72	426	-	-	53
30.12.2014	-	-	71	-	-	-	-	74	446	-	-	54

- Die Koordinatorin Revierpolizei tritt zudem mindestens einmal jährlich zu folgenden Themen auf:
- Darstellung der Sicherheitslage bei den Sicherheitspartnern
- Darstellung der Sicherheitslage im Hauptausschuss und Ausschuss für Ordnung und Soziales der Gemeinde Oberkrämer
- Handlungsempfehlungen zum Thema „Jedermanns Rechte“
- offene Fragestunde bei den Sicherheitspartnern auf Einladung des Bürgermeisters.

So fanden am im September 2014 zwei Zusammenkünfte mit der Sicherheitspartnerschaft statt. Hier wurde den Einwohnern auf Initiative der SiPa ein Beratungsangebot zum Thema „Einbruchschutz“ angeboten. Bärenklau ist ein löbliches Beispiel und zeigt wie eine Kooperationsvereinbarung „Sicherheitspartnerschaft“ gelebt wird. Zudem sind die Einbruchszahlen tatsächlich zurückgegangen und nur noch selten wird Bärenklau „Tatort“.

■ JEANNETTE SCHULZE, PHK'IN
KOORDINATORIN REVIERDIENST
PI OBERHAVEL

PHM Ralf Neumann, Revierpolizei Oberkrämer:

Aus der Sicht der Revierpolizei Oberkrämer sind die Sicherheitspartner (SiPa) Bärenklau eine herausragend organisierte Gruppe vertrauenswürdiger Bürger. Dies zeigt sich schon in ihrer Aufgabenstellung und deren Durchführung. So wurden Streifen- oder Inspektionsbereiche festgelegt. Die Inspektionsstouren sind nur in Ausnahmefällen zu verlassen. Rechtswidrige Verfolgungsfahrten werden nicht zugelassen. Feststellungen zu Unregelmäßigkeiten werden sofort an den Koordinator, welcher diese bewertet und ggf. an die Polizei weiterleitet, gemeldet. Das alles geschieht unter ständiger Beachtung der Eigensicherung. Telefonisch oder persönlich tauschen wir mit den Mitgliedern der SiPa regelmäßig Informationen aus.



„Je größer das Auto, desto größer die Probleme“

Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter
im info110-Gespräch

info110: Herr Minister, seit Anfang November letzten Jahres sind Sie Innenminister. Zuvor waren Sie fast 25 Jahre lang Landrat. Eine große Umstellung?

Karl-Heinz Schröter: Es gibt schon Unterschiede. Als Landrat hat man mehr selbst in der Hand. Im Grunde alles, was man zur Erfüllung seiner Aufgaben braucht. In der Landesregierung ist das nicht so. Da gibt es mehr Mitspieler und kompliziertere Zuständigkeiten. Aber ich will mich nicht beschweren. Das wusste ich ja vorher. Kommunalpolitik hat generell mehr mit Handwerk als mit Mundwerk zu tun. Ein paar Kleinigkeiten haben sich auch geändert ...

Zum Beispiel?

Als Landrat bin ich A6 gefahren, als Innenminister nun A8. Ich weiß nicht genau, wonach das in Potsdam entschieden wird. Meine Vermutung ist: Je grö-

ßer das Auto, desto größer die Probleme. Da spricht jedenfalls manches dafür. Kreisgebietsreform, Asylproblematik – und dann ist da die Kriminalität im Land.

Welches Thema davon ist denn Ihrer Meinung nach am wichtigsten?

Aus Sicht der Bürger ist sicherlich die Bekämpfung der Kriminalität das wichtigste Thema. Ich teile diese Sicht. Brandenburg muss sicherer werden. Die derzeitige Lage kann niemanden zufrieden stellen. Mich auch nicht.

Derzeit wird die Polizeireform umfassend evaluiert. Welche Erwartungen haben Sie an die Ergebnisse dieser Evaluierung?

Ich erwarte eine umfassende, sachliche und kritische Bestandsaufnahme der Lage in unserer Polizei. Was hat sich bewährt? Und was nicht? Diese fachli-

che Expertise ist für die anschließend zu treffenden politischen Entscheidungen von großer Bedeutung. Mir kommt dieser laufende Prozess durchaus entgegen, denn ich halte es mit dem tapferen Schneiderlein: Erst messen, dann schneiden. Dass bestimmte Annahmen der Polizeireform sich nicht bestätigt haben, ist allerdings schon heute kein Geheimnis. Das kann jeder sehen.

An welche Annahmen denken Sie dabei?

Seinerzeit wurde davon ausgegangen, dass die Kriminalität in Brandenburg weiter rückläufig sein würde. So wie es bis 2009 tatsächlich der Fall war. Seitdem schwanken die Zahlen zwar etwas, bewegen sich aber im Grunde genommen auf einem in etwa gleichbleibenden Niveau. Also keine Fortsetzung des tendenziellen Rückgangs. Das muss aus meiner Sicht Konsequenzen haben für die Personalausstattung der Polizei.

Andere Punkte kommen hinzu: Der Krankenstand ist heute höher als seinerzeit unterstellt. Gerechnet wurde mit durchschnittlich 30 Krankentagen im Jahr, tatsächlich sind es heute über 35 Tage. Auf eine Personalstärke von derzeit rund 8.100 Beschäftigte umgerechnet macht das schon einen ziemlich erheblichen Unterschied aus. Auch das muss Berücksichtigung finden.

Nun ist der ursprünglich geplante Abbau auf 7.000 Stellen bei der Polizei ja bereits korrigiert worden. Im Koalitionsvertrag ist nun von „mindestens 7.800 Stellen“ die Rede.

Zum Glück! Das war auch dringend erforderlich. Die Zielzahl 7.000 ging schlicht an der Realität vorbei. Da hatte man aus finanzpolitischen Gründen den Bogen überspannt. Das muss in den nächsten Jahren in Ordnung gebracht werden.

Welche Möglichkeiten gibt es?

Wir werden uns einerseits bemühen, mehr junge Polizisten auszubilden. Da sind in den letzten Jahren schon Fortschritte erzielt worden. 2010 wurden

nur 100 Polizeianwärter eingestellt. Das ist danach kontinuierlich gesteigert worden. In diesem und im nächsten Jahr werden wir jeweils 300 Polizeianwärter einstellen. Das ist der aktuelle Stand der Verständigung im Kabinett. Das kann sich absolut sehen lassen. Mehr kann unsere Fachhochschule gar nicht ausbilden. Und mehr Anwärter gab es auch seit 1995 nicht.

Zweitens muss es mehr Möglichkeiten geben, freiwillig noch ein wenig länger zu arbeiten, wenn Beamte dies wünschen. Das werden wir tun. Wir werden also mehr jungen Nachwuchs ins System Polizei bringen und gleichzeitig mehr erfahrene Kollegen etwas länger im System halten. Das sind die beiden Stellschrauben, an denen man drehen kann.

Sie haben Ihre ersten Termine bei der Polizei bereits absolviert. Wie ist ihr Eindruck?

Nun, ich habe die ersten offiziellen Termine gehabt und ich nehme mir gar nicht selten auch die Freiheit, Dienststellen spontan und unangemeldet zu besuchen. Das ist einer der Vorteile, den man als Minister hat. Auch wenn

die Vorgesetzten bei der Polizei das manchmal etwas anders sehen.

Mein Eindruck von den Kolleginnen und Kollegen ist insgesamt ganz ausgezeichnet. Sie leisten eine hervorragende und engagierte Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Aber ich weiß auch: Es gibt Probleme – und man schaut erwartungsvoll nach Potsdam. Bestimmte Probleme kann die Polizei intern nämlich nicht lösen. Dann ist die Politik gefordert. Und das ist mein Job. Ich verstehe mich dabei durchaus als Interessenvertreter für die Polizei.

Ansonsten möchte ich erstmal viel zuhören, um einen möglichst breiten Eindruck von der tatsächlichen Lage zu bekommen. Manchmal sind gerade zufällige Begegnungen besonders aufschlussreich.

Gibt es auch etwas, dass Sie in Ihrem neuen Amt bedauern?

Ich bin eigentlich Marathonläufer. Ich bin regelmäßig gelaufen. Ich brauche das auch für mich. Aber seitdem ich Innenminister bin, finde ich kaum noch Zeit dazu. Das bedauere ich wirklich; und das muss auch dringend wieder anders werden.

Herr Minister, herzlichen Dank für das Gespräch.

Karl-Heinz Schröter

geboren am 26. Oktober 1954 in Frankfurt (Oder),
verheiratet, zwei Kinder

1972 1980	Abitur und anschließend Grundwehrdienst Abschluss an der Universität Rostock als Diplomingenieur für Landtechnik, verschiedene Tätigkeiten in der landtechnischen Instandhaltung
bis 1990 seit 1989	Bereichsleiter Technik im VEG Tierproduktion Berlin Mitglied der SDP/SPD
1990 1990–1994	Landrat des Kreises Oranienburg Mitglied des Deutschen Bundestages
1994 seit 1994	Landrat des Landkreises Oberhavel Vorsitzender des Landkreistages Brandenburg
seit 1994 seit 1994	Vizepräsident des Deutschen Landkreistages Wiederwahl als Landrat des Landkreises Oberhavel
2001 2009	Wiederwahl als Landrat des Landkreises Oberhavel Wiederwahl als Landrat des Landkreises Oberhavel
seit 05.11.14	Minister des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg

Der Polizei-Hauptpersonalrat berichtet aus seiner Arbeit

Evaluierung der Polizei- strukturreform 2020

Der Polizei-Hauptpersonalrat wirkt aktiv in den Arbeitsgruppen und dem Lenkungskreis zur der Evaluierung der Polizeistrukturreform mit. Von Anfang an ging es darum, mit Sachverstand eine starke Interessenvertretung und Mitarbeiterbeteiligung im gesamten Evaluierungsprozess zu gewährleisten.

Nach Monaten des gefühlten Stillstandes ging es dann Ende 2014 richtig los, um den gesetzten Zeitplan bis Ende März 2015 einzuhalten.

Es wurde durch die Arbeitsgruppen eine Evaluierungsskizze mit 47 Themen, 96 zentralen Fragestellungen und einer Vielzahl von detaillierten Fragen erarbeitet. Diese sollen durch Mitarbeiterbefragungen,

Interviews, Workshops, Verwaltungsanfragen und durch Erhebungen aus bereits vorliegenden Unterlagen unter enormen Zeitdruck beantwortet werden.

In einem Schreiben an Minister Schröter hat der Polizei-Hauptpersonalrat deutlich gemacht, dass die Erhebungen unter Zugrundelegung der beabsichtigten Zeitschiene zu einer erheblichen Mehrbelastung sowohl der zu Befragenden als auch der mit der Auswertung der Fragen beauftragten Kolleginnen und Kollegen verbunden ist.

Zudem wurde die Sorge zum Ausdruck gebracht, dass der avisierte Adressatenkreis der Befragung und bei den geplanten Workshops nur be-

dingt geeignet ist, ein umfassendes Bild auf die Auswirkungen der Polizeistrukturreform zu erlangen. Grund dafür ist, dass die vielfältigen Erfahrungen und Meinungen der Sachbearbeiterebene (z. B. zu Arbeitsraten, Arbeitsorganisation- und -abläufe) dabei nur punktuell oder gar nicht betrachtet werden. Umso bedauerlicher ist dies, als dass ein Ziel der Evaluierung Transparenz und Mitarbeiterorientierung sein sollte. Deshalb bat der Polizei-Hauptpersonalrat den Minister im Interesse einer breiten Mitarbeiterbeteiligung den Druck rauszunehmen und den Zeitraum der Evaluierung über den 31.03.2015 hinaus zu verlängern.

Ausblick 2015

Flexibilisierung der Pensionsgrenzen

Im letzten Jahr haben wir einen Initiativantrag zur „Freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf Antrag der Beschäftigten“ gestellt. Hintergrund ist, dass es möglich sein muss, Beamten bei gesundheitlicher Eignung und wenn zwingende dienstliche Interessen dem nicht entgegenstehen, eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu gewähren. Wir wollen mit dem Initiativantrag den Abschluss einer Rahmendienstvereinbarung erreichen, um ein transparentes Verfahren und Handlungssicherheit sicherzustellen.

Leider wurden im letzten Jahr fast alle Anträge aus stellentechnischen Gründen abgelehnt. Für dieses Jahr ist Bewegung drin, entscheidend werden die Haushaltsverhandlungen sein. Wir bleiben auf jedem Fall am Ball.

Gewährung von Ruhezeiten und die Versorgung der Polizei im Einsatz

Ebenfalls im letzten Jahr haben wir den Abschluss einer „Dienstvereinbarung über Maßnahmen im Zusammenhang von Großeinsätzen“ beantragt.

Hintergrund ist, dass es nach Einsätzen aus besonderem Anlass immer wieder dazu kommt, dass die Anrechnung von Dienstzeiten unterschiedlich gehandhabt wird.

Dies ist immer dann der Fall, wenn bei mehrtägigen Einsätzen Ruhezeiten gewährt werden müssen. Um hier zu einer Gleichbehandlung aller Beschäftigten der Behörde und Einrichtungen zu kommen, wollen wir eine Dienstvereinbarung abschließen. Ziel ist es, dadurch die einsatzbezogenen Belastungen der Beschäftigten bei Einsätzen aus besonderem Anlass zu minimieren sowie einheitliche Standards und Abrechnungsmodalitäten durchzusetzen.

Das Ministerium hat sich grundsätzlich zum Abschluss einer Dienstvereinbarung bereiterklärt. Momentan laufen intensive Verhandlungen auf Arbeitsebene. Wir hoffen, dass wir bis zu den Großeinsätzen im Frühjahr einen Abschluss erreichen.

Kommunikation – Baustein einer bürgerorientierten Polizeiarbeit

Bei den Bürgern genießen Polizisten ein hohes Ansehen. Eine wesentliche Ursache hierfür ist, dass die Polizei ihre besondere Monopolrolle mit hohem Engagement und Professionalität ausfüllt. Die Polizei ist der Garant für Demokratie und innere Sicherheit. Polizeiliche Arbeit wird als Dienst an den Bürgern verstanden.



Die Erwartungen, die die Bürger an die Polizei haben, sind wie die Gesellschaft selbst Veränderungsprozessen unterworfen. Diesen Veränderungsprozessen kann sich auch der Mensch unter der Uniform nicht entziehen. Den wachsenden Willen des Bürgers, sich stärker an der Mitgestaltung der Gesellschaft zu beteiligen, spüren wir als Polizei u. a. durch eine Zunahme von Versammlungsmeldungen.

Für eine zielorientierte polizeiliche Aufgabenerfüllung ist es daher wichtig, Hand in Hand mit den Bürgern zu arbeiten und diese stärker und vor allem besser bei Problemlösungen einzubeziehen. Die Kommunikation stellt gerade mit Blick auf Bürgerorientierung ein entscheidendes, ja tragendes Einsatzmittel dar. Kommunikation ist allgemeines polizeiliches Handwerkzeug und dennoch eine tägliche Herausforderung für jeden Polizeibeamten. Mit dieser Herausforderung steht die Brandenburger Polizei aber nicht allein. Der Aufgabe, echte bürgerorientierte Polizeiarbeit, u. a. über Kommunikation, zu implementieren, haben sich neben anderen Bundesländern auch weite Teile Europas angeschlossen. Die kommunizierende Polizei ist eine Selbstverständlichkeit.

Wenn Polizei sprachlos und kommunikationsverneinend agiert, wie das

z. B. bei den Ereignissen um „Stuttgart 21“ der Fall war, gibt es nur Verlierer. In einer durch Kommunikation geprägten Welt darf Polizei nicht sprachlos sein, denn die Bürger sind es auch nicht.

Vor diesem Hintergrund hatte sich die Polizei des Landes Brandenburg bereits im Jahr 2005 entschieden, kommunikative und besonders geschulte Beamte in Einsatzlagen zu entsenden. Die Anti-Konflikt-Teams (AKT) waren geboren. Das wesentliche Ziel der AKT besteht darin, die Konfliktvermeidung bzw. -reduzierung zu fördern. Die Polizei des Landes Brandenburg dokumentiert hiermit deutlich, dass Dialogbereitschaft und die Dialogfähigkeit wichtige Qualitätskriterien einer bürgernahen und verantwortungsvoll agierenden Polizei sind.

Anfänglich noch intensiv durch Berliner Kollegen unterstützt, gelang es, mehr und mehr interessierte Brandenburger Mitarbeiter zu gewinnen. Heute ist die Brandenburger Polizei grundsätzlich in der Lage, die eigenen AKT-Einsätze personell zu meistern und auch andere Bundesländer zu unterstützen.

Die Implementierung des Einsatzes von AKT in die polizeiliche Arbeit als neue taktische Komponente wurde durch Arbeitsgruppen der damaligen Polizeipräsidien (Frankfurt/Oder und

Potsdam) unterstützt und vorangetrieben. Durch die guten Arbeitsergebnisse beflügelt, traf im Jahr 2012 das Polizeipräsidium die Entscheidung, einen festen Arbeitskreis einzurichten. Aufgabe des Arbeitskreises war und ist es, sich mit der fachlichen Thematik der einsatzbezogenen Kommunikation (AKT) intensiv auseinanderzusetzen und das Polizeipräsidium in der Ausgestaltung zu beraten.

Heute können wir mit Stolz auf das Erreichte zurückblicken. Anti-Konflikt-Teams sind fester Bestandteil bei der Bewältigung von Einsatzlagen im Land Brandenburg. Dies ist Ergebnis einer intensiven Diskussion mit den Mitarbeitern der Anti-Konflikt-Teams, den Stabsstellen der Direktionen und dem Polizeipräsidium. Darüber hinaus konnte die Taktische Kommunikation im Jahr 2012 auf Bundesebene fest in der PDV 100 verankert werden.

Ich richte meinen Dank an alle, die mit konstruktiven Hinweisen einen Beitrag hierzu leisten konnten. Ebenso gilt der Dank den Berliner Kollegen, die sowohl im Arbeitskreis AKT als auch bei der Einsatzbewältigung die Brandenburger Polizei unterstützt haben. Wir verfügen heute über ein festes und weittragendes Netzwerk im Bereich der AKT, welches einen intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch ermöglicht.

Das Erreichte ist aber noch nicht genug. Einsatzbezogene Kommunikation bedarf der Weiterentwicklung. Das Vertrauen des Bürgers in seine Polizei gilt es zu erhalten und zu stärken. Dies bedingt, dass die Zusammenarbeit mit den Bürgern ohne Barriere erfolgt, der Polizist personalisiert ist und die einsatzbezogene Kommunikation lösungseffizient gestaltet wird. Hierbei müssen auch die Erwartungen der Bürger als auch die vielfältigen Kommunikationsformen Eingang in die Weiterentwicklung der taktischen Kommunikation finden. Neben dem persönlichen Kontakt findet Interaktion heute z. B. online und über soziale Netzwerke statt. Diese Kommu-



Mitglieder des Antikonfliktteams in einer Einsatzbesprechung

nikationsmöglichkeiten muss auch die Polizei kennen und nutzen.

Im Konkreten wird sich der Arbeitskreis AKT im Jahr 2015 u. a. mit nachfolgenden Themenfeldern auseinandersetzen:

- Nutzung einsatzunterstützender Hilfsmittel, z. B. Megafon, LauKw und soziale Medien
- Implementierung nationaler und internationaler Erkenntnisse und Einsatzerfahrungen
- Schulung von Führungskräften
- Fortschreibung/Einbindung von

Themenbereichen wie Fußball, Massenveranstaltungen etc.

Die Umbenennung der Anti-Konflikt-Teams in Kommunikationsteams (KMT) wurde durch das Polizeipräsidium bestätigt und die damit verbundene Ausstattung der Teams ist bereits eingeleitet.

Wir haben ein großes Ziel. Es gilt das Vertrauen der Menschen in die Polizei weiter zu stärken. Je mehr Menschen mit uns kommunizieren und kooperieren, umso erfolgreicher werden wir in allen polizeilichen Belangen sein. Ge-

stützt auf die gemeinsam gesammelten Erfahrungen und Einsatzerlebnisse, bin ich voller Zuversicht, dass wir gemeinsam dieses Ziel erreichen können. Die Anti-Konflikt-Teams sind einsatztaktisches Mittel. Das Thema Kommunikation nimmt einen immer größeren werdenden Raum ein und die Bürger sprechen mit der Polizei. Das Besondere ist somit zum Alltag geworden.

Für die bisherige gemeinsame Arbeit möchte ich mich recht herzlich bei allen Beteiligten bedanken. Auch in Zukunft bedarf es Ihrer Mitwirkung. Be-teiligen Sie sich bei der Ausgestaltung und Anwendung unseres wichtigsten Instrumentes – der Sprache. Wörter sind unsere Brücke zum Wollen und Handeln des Bürgers.

■ MARIO BERGEL
LEITER DES ARBEITSKREISES
ANTI-KONFLIKT-TEAM

Einsatzreiche Zeiten

Gegenwärtig können sich die meisten der über 100 Brandenburger Kommunikationsbeamten nicht über mangelnde Beschäftigung beklagen. So kamen die Nebenamtler im Januar 2015 bei bereits insgesamt fünf zumeist sehr kurzfristigen polizeilichen Lagen zum Einsatz und weitere polizeiliche Großer-

eignisse sind bereits in Vorbereitung. Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2013 waren es acht und 2014 zwölf Einsätze. -+++Organisatorische Neuerungen+++ Auch unter organisatorischen Gesichtspunkten steht in Sachen „Taktische Kommunikation“ in 2015 viel an. In der Folge intensiver Erörterungen werden die „Anti-Konflikt-Teams“ in „Kommunikationsteams“ umbenannt.

Bis es soweit ist, sind natürlich noch einige Vorbereitungen, insbesondere die Beschaffung der oft geforderten funktionalen Westen und die Fortschreibung der Konzeptionslage, zu treffen. Auch ist vorgesehen, eine Schulungsmaßnahme für Führungskräfte zur „Taktischen Kommunikation“ durchzuführen, um Einsatzvorbereitung und -durchführung weiter zu optimieren.



Aus- und Weiterbildung der Antikonfliktteams



2005 wurde erstmalig die Notwendigkeit von einsatzbegleitender Kommunikation in Brandenburg erkannt und in einem Einsatzabschnitt taktische Kommunikation, sogenannte „Antikonfliktbeamte“ eingesetzt. Die damals von einigen Polizeiführern initiierte Ausbildungsinitiative, die dann von Dirk Dommach (damals ET Trainer in Cottbus) durchgeführt wurde, konnte viele interessierte Kollegen erreichen und auf die Einsätze vorbereiten.

2012 wurde die Fachhochschule der Polizei dann beauftragt, eine Aus- und Weiterbildungsmaßnahme zu entwickeln, die den Veränderungen in der Gesellschaft Rechnung trägt und dabei auf wissenschaftliche Erkenntnisse fußt.

In Zusammenarbeit mit Herrn Martin Jakubeit, einem erfahrenen Polizeipsychologen aus Baden-Württemberg, sowie mit Kollegen der Berliner Polizei, wurde das Thema AKT an Brandenburgische Verhältnisse angepasst. So entstanden die geforderten Konzeptionen für einen 5 tägigen Grundlehrgang und eine 3 tägige Weiterbildungsmaßnahme.

Durchgeführt werden diese Maßnahmen von erfahrenen Trainern, die einerseits über fundiertes Wissen im Bereich der Sozialkompetenzentwicklung, als auch über weitreichende Erfahrungen auf dem Gebiet von AKT Einsätzen verfügen. Christiane Stephan, Marco Winzer, Raimo Ermler und auch weiterhin Dirk Dommach haben diese aktuellen Inhalte in drei Grundlehrgängen transportiert.

Den hohen Anforderungen der Grundlehrgänge konnten bisher 31 von 34 Bewerbern entsprechen.

Welche Anforderungen sind das?

Der AKT Beamte sollte mit besonderen kommunikativen Fähigkeiten ausgestattet sein, sollte kontaktfreudig, spontan und flexibel sein. Gefordert sind des Weiteren eine hohe Stresstabilität, Eigenständigkeit und Verantwortungsbereitschaft, die ebenso benötigt werden, wie auch eine gewisses Maß an körperlicher Fitness.

Darüber hinaus sollen die Inhalte des Grundlehrgangs in Rollenspielen umgesetzt und trainiert werden.

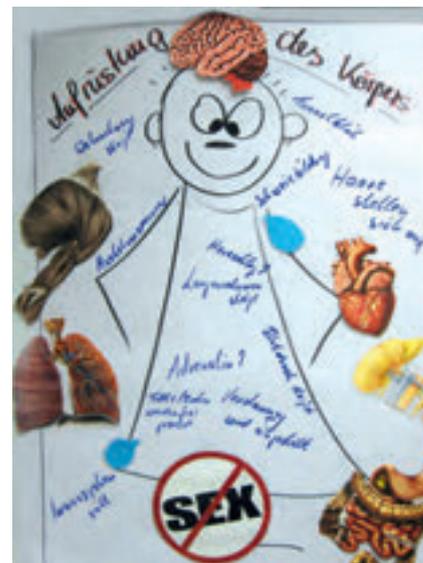
Diese Inhalte sind:

- Auseinandersetzen mit der Konzeption des Polizeipräsidiums vom 27.06.2013
- Wie sollte ein AKT Beamter sein? Welche Aufgaben hat AKT?
- Warum gibt es AKT? – Brokdorf Urteil
- Kommunikationstechniken
- Stress bei mir, beim Gegenüber
- Wahrnehmung
- Recht (VersammlG, PolG, GG, StrafR, StPO...)
- Praktische Übungen, gespickt mit Argumentationshilfen aus realen Einsätzen
- Eigensicherung, Unterschreitung des gewohnten polizeilichen Distanzverhaltens
- Abschlussübung mit Prüfungscharakter

Während dieser Maßnahme wird den Interessenten dann auch der Unterschied zu anderen polizeilichen Aufgaben deutlich. Die höhere Einschreitschwelle des AKT Beamten, die hohen

Anforderungen an die Kommunikation, gerade in Bezug auf notwendige Spontaneität, die psychische Belastung im Umgang mit dem oft hoch emotionalen Gegenüber, der Druck in kleinen Teams „alleine“ in größeren Menschenmengen zu agieren, bis hin zur körperlichen Belastung, ermöglichen ein guten Einblick in die Tätigkeit.

An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass die Inhalte des Grundlehrgangs in komprimierter Form an diejenigen Kollegen vermittelt werden sollen, die schon längere Zeit im Bereich AKT arbeiten.



Da die Gesellschaft gerade jetzt einigen Veränderungseinflüssen unterliegt, ist es wichtig den dadurch veränderten Anforderungen an die AKT Beamten Rechnung zu tragen.

Der Zustrom von Asylbewerbern und die damit verbundenen Vorbehalte bedürfen sensibler Kommunikation – und nur wenn wir uns diesen Anforderungen stellen, können wir weiterhin die Kollegen der anderen Einsatzabschnitte tatkräftig unterstützen.

Fortbildungsveranstaltungen 2015

- 26.05.2015 bis 28.05.2015
- 22.09.2015 bis 24.09.2015
- 24.11.2015 bis 26.11.2015

Darüber hinaus ist geplant, in diesem Jahr eine Fortbildungsveranstaltung für Einsatzabschnittsführer im Bereich der taktischen Kommunikation durchzuführen. Einen genauen Termin gibt es derzeit noch nicht. Sobald ein solcher feststeht, werden wir in geeigneter Weise darüber informieren.

Zuletzt möchte ich mich bei der Fachdirektion für besondere Dienste für ihre Unterstützung, insbesondere bei der Abschlussveranstaltung im Rahmen des Grundlehrgangs bedanken. Es war uns von Beginn an ein großes Anliegen einen respektvollen Umgang miteinander zu pflegen und zu verdeutlichen, dass wir ebenfalls als Polizeibeamte eingesetzt werden, aber in diesen besonderen Situationen mit anderen Mitteln arbeiten.

■ FRANK STEPHAN
LEHRTRAINER AKT



Üben, üben, üben: In Oranienburg werden Antikonfliktteams in Rollenspielen auf mögliche Situationen im Einsatz vorbereitet



Unterwegs als „Gelbhemd“

Ein Einsatzbericht

Frankfurt/Oder, Wittstock, Oranienburg, Potsdam, Neuruppin, Cottbus, Berlin, Dresden ... Diese Städte sind nur einige von denen, die ich mit meiner leuchtend gelben Weste besuchen durfte. Jeden einzelnen Ort und jede Versammlungslage verbinde ich mit einer ganz besonderen Situation.



In Potsdam zum Beispiel konnte ich drei sehr interessierten Schulkindern erklären, welche Aufgaben die vielen Polizisten mit ihren unterschiedlichen Uniformen haben. Ganz aufgeregt und mit roten Wangen lauschten sie meinen Erzählungen und fragten mich - gefühlt - Löcher in den Bauch. Vielleicht konnte ich der Berufsfindung der jungen Burschen zuträglich sein und einer von ihnen wird später mal mein Kollege werden.

Wenn ich mich an einen Einsatz in Berlin erinnere, kommt mir ein junger Mann in den Sinn, der seine noch volle ClubMate-Brauseflasche nicht mit zur Demo nehmen durfte. Wegwerfen? Sturztrinken?

Etwas hilflos und frustriert schaute er mich an. Eine Polizistin, die ihn freundlich ansah und ihm den Hinweis auf einen nahegelegenen Laden gab, der Pappbecher verteilte. Entspannt füllte er sein Getränk um und wir führten ein sehr angenehmes Gespräch. Mit einem Lächeln und dankenden Worten schlenderte er in Richtung seines eigentlichen Vorhabens, nämlich der Demonstration. Vielleicht beschimpft dieser junge Mann an diesem Tag keinen meiner Kollegen.

Durch das abendliche Wittstock liefen Menschen mit Fackeln und demonstrierten gegen die Asylpolitik. Eine ältere Dame, die selbst den Krieg mit seinen schlimmen Seiten erleben musste, beobachtete das Geschehen und ihre Gänsehaut war durch ihren dicken Mantel zu spüren. Ich bot ihr respektvoll mein Ohr und lauschte ihren Erzählungen. Die vielen Lebensjahre hatten sie gezeichnet und sie verpasste mir ei-

ne Gänsehaut. Mit einem freundlichen „Guten Abend noch!“ gingen wir auseinander. Vielleicht fühlte diese Dame sich an diesem Tag in dieser Situation nicht einsam.

Oftmals sind es die kleinen unscheinbaren Situationen, in denen wir AKT Beamte mit Geduld, Engagement und unseren kommunikativen Fähigkeiten für Transparenz und Verständnis sorgen können.

Doch manchmal bewirken wir auch Größeres, so geschehen in Dresden. Eine lange Menschenkette mit vielen Lichtern zog sich in Gedenken an den 69. Jahrestag der Bombardierung Dresdens durch die Stadt. Meine AKT Kollegen und ich konnten beobachten, wie sich eine Gruppe politisch linksgerichteter Klientel in einem Abstand von etwa zwei Metern direkt gegenüber der Menschenkette aufbauten. Mit schwarzen Mützen und Tüchern verhüllt, riefen sie lautstark Parolen, bewarfen die Gedenkenden mit Konfetti und störten die friedliche Versammlung. Die mögliche Eskalation der Lage erfasst, schoben wir uns zwischen die Menschen und traten direkt auf die Gruppe der Vermummten zu. Ich verwickelte einen Störer in ein Gespräch und auch die Anderen lenkten langsam ihre Aufmerksamkeit auf uns „Gelbhemden“. Ihre Vermummung legten sie nach und nach ab und wir sahen in junge Gesichter, die großen Redebedarf hatten. Sie wollten ihre politische Sicht auf die Dinge zum Ausdruck bringen und wir gaben ihnen im Rahmen unserer Neutralität die Möglichkeit dazu. Von ihrem eigentlichen Vorhaben waren sie ablenkt. Die Menschenkette hatte sich mittlerweile aufgelöst und die Versammlung konnte friedlich beendet werden. Ein älterer Herr aus der Menschenkette bedankte sich im Nachgang bei uns. Zufrieden mit dem Verlauf dieser Situation bewegten wir uns weiter im wunderschönen mit Lichtern angestrahlten Dresden. Meine Anspannung lies langsam nach und die Kälte eroberte meinen Körper. Mein Bauch meldete Hunger und ein Toilettengang wäre auch nicht schlecht. Leider muss das alles warten, mein Körper fährt die Konzentration wieder hoch, denn wir treffen auf die nächsten geschäftshungrigen Bürger, die nicht verstehen konnten, warum ihre Angehörigen von der Polizei festgehalten werden. Freundlich bemühten wir uns um Deeskalation und fütterten die aufgeregte und immer größer werdende Menschenmenge mit Informationen, die wir von der Bereitschaftspolizei eingeholt haben ...

■ CHRISTIANE STEPHAN

Mit leuchtender Weste unterwegs: Antikonfliktteam während eines Einsatzes Ende Dezember 2014 in Frankfurt (Oder)

Ansprechpartner vor Ort



Die Anti-Konflikt-Teams im Land Brandenburg sind keine Selbstläufer. Organisation, Kräfte- und Personalmanagement sind deshalb Aufgabe der Koordinatoren in den Polizeidirektionen. In der Direktion Süd nimmt Alexander Kroll diese Aufgabe wahr und stellt sein Arbeitsgebiet vor.

Hauptamtlich bin ich Mitarbeiter der Sonderüberwachungsgruppe (SüGru). Vor sechs Jahren habe ich mich für die Arbeit in einem Antikonfliktteam (AKT) entschieden. Meine Interessenbekundung führte zum Erfolg und seit Januar 2010 arbeite ich nun im AKT mit. Nach einer einwöchigen Ausbildung an der FHPol ließ auch der erste Einsatz nicht lange auf sich warten. Es ging zu einem „Heimspiel“, eine von der NPD angemeldete Demo zum Gedenken an die Bombardierung der Stadt Cottbus. Nach dem Einsatz war für mich klar, die Woche in Oranienburg hat sich gelohnt, AKT, das ist was für mich. Im März 2012 wurde ich gebeten, im neu gebildeten Arbeitskreis AKT mitzuwirken, seitdem hatte ich an sieben Einsätzen teilgenommen. Mit den Erfahrungen aus diesen Einsätzen bot sich nun die Chance an Veränderungen mitzuwirken, welche sich auf alle Mitglieder im AKT auswirken. Das hieß aber auch, meine eigentliche Tätigkeit in der Sügru muss an manchen Tagen zurückstehen. Vorbereitungen für den Arbeitskreis AKT standen an. Dazu waren vorab Gespräche mit Kollegen des AKT notwendig oder eigene Ideen zu entwickeln. Im Arbeitskreis war ich mit dem Themenfeld Aus- und Fortbildung betraut.

Anfangs stand dabei erst einmal ein Abgleich an. Wie ist unser jetziger Stand, was hat sich bewährt und was

sollte verändert werden und wo bzw. wie kann Aus- und Fortbildung stattfinden. Einmal im Quartal ging es dann auf Dienstreise, zur Fachgruppentagung. Das war eine Tagesaufgabe und so wurde wieder nichts mit der Kontrolle von Nutzfahrzeugen. Die Fachgruppentagungen und die Zuarbeiten aller Mitglieder des Arbeitskreises, das hatte sich alles gelohnt. Am Mitte 2013 unterzeichnete der damalige Polizeipräsident die Verfügung zur Taktischen Kommunikation. Seit diesem Zeitpunkt bin ich der Koordinator AKT für den Bereich der PD Süd. Neben der Zuarbeit von Verbesserungs- oder Veränderungsvorschlägen der AKT-Kollegen aus dem Bereich der PD Süd an den Arbeitskreis, bin ich Ansprechpartner für meine Kollegen. Dabei geht es nicht nur um Fortbildungswünsche oder Fragen zu anstehenden Einsätzen, sondern manchmal auch um Dinge wie: wo bekomme ich ein AKT-Basecap her oder mit welcher Fahrgemeinschaft könnte ich den anstehenden nächsten Einsatz erreichen. Bei der Planung und Erfassung von Personal für anstehende Einsätze kann ich mich bei uns im Süden bestens auf den Stab 3 verlassen. Ein Kollege dort leistet eine „1a“ Dispositionsarbeit und nimmt mir damit eine Menge Arbeit ab.

Für die nächsten Monate steht im Bereich der PD Süd die Personalgewinnung für dieses Nebenamt an. Mit einem Ist von derzeit 15 ausgebildeten und einsatzfähigen Kollegen stehen wir weit hinter den angestrebten 26 Mitstreitern im AKT an. Dazu plane ich derzeit eine Info-Veranstaltung für alle Kollegen, welche in den letzten Monaten zur PD Süd zu versetzt wurden. Eine Zusammenkunft aller Kollegen des AKT aus dem Bereich der PD Süd wird es zudem auch in diesem Jahr geben. Ob es nun die Zuarbeiten zum Arbeitskreis oder die Organisation der geplanten Veranstaltungen ist, ein verlässlicher Partner ist dabei das Weiterbildungszentrum Süd. Insbesondere möchte ich dabei den Kollegen Dirk Dommach nennen. Seine jahrelange Mitarbeit im AKT und sein Fachwissen auf dem Gebiet der taktischen Kommunikation haben mir bei so mancher Problemstellung weitergeholfen.

■ ALEXANDER KROLL
KOORDINATOR AKT, PD SÜD



Welchen Stand hat die Kommunikation als taktisches Mittel in der Polizei des Landes Brandenburg und welche Herausforderungen stehen? Der Leiter des Arbeitskreises Anti-Konflikt-Team, Mario Bergel, konnte den Leiter der Direktion Süd, Herrn Bogacz, für Rede und Antwort gewinnen.

Mario Bergel: Herr Bogacz, welches Erlebnis im Zusammenhang mit der Kommunikation war für Sie prägend?

Sven Bogacz: Das Jahr 1989 war auch in Sachen polizeilicher Kommunikation prägend. Mit den üblichen polizeilichen Mitteln und Handlungsdirektiven kam es unweigerlich zu einer Eskalation der Lage. Das Wort wurde oft zum Ersatz üblicher polizeilicher Handlungsbefugnisse und ermöglichte eine hohe Einflussnahme im Sinne der polizeilichen Ziele.

Aber auch der Hochwassereinsatz im Jahr 2002 bestätigte, dass das gewechselte Wort zu Transparenz polizeilicher Maßnahmen führte und für mehr Verständnis zu Maßnahmen sorgte.

Taktische Kommunikation ist unverzichtbar

Sven Bogacz, Leiter der Polizeidirektion Süd, im Interview



Bergel: Welchen Stellenwert räumen Sie der Kommunikation im Einsatz ein?

Bogacz: Grundsätzlich besteht das Erfordernis sowohl in der Allgemeinen als auch Besonderen Aufbauorganisation, die Verständigung mit dem Bürger durch Kommunikation zu suchen.

In Bezug auf die Vorbereitung von Einsätzen (BAO) verschafft die rechtzeitige Einbindung von Kommunikationselementen einen taktischen Vorteil. So konnten und können wiederkehrende Versammlungslagen in Cottbus im Vorfeld mit den Akteuren besprochen werden und polizeiliche Ziele leichter erreicht werden. Beispielsweise ruft jedes Jahr die NPD zur Versammlung am 15.02. auf. Gerade hier zeigt sich, dass die gemeinsamen Vorabsprachen mit den verschiedensten Initiativen am Einsatztag Früchte tragen und die Einsatzlage gut bewältigt werden kann.

Bergel: Anti-Konflikt-Teams sind Bestandteil der Taktischen Kommunikation, wie schätzen Sie die Umsetzung der Aufgaben der AKT ein?

Bogacz: Meine persönliche Wahrnehmung ist die, dass die Mitarbeiter der Anti-Konflikt-Teams sehr professionell vor Ort agieren und gut vorbereitet sind. Dabei spielen die hohe Motivation und die Freiwilligkeit, diese Aufgabe zu meistern, eine wichtige Rolle. Aber auch die spezialisierte Weiterbildung der Mitarbeiter zeigt Wirkung in der Auseinandersetzung mit den Bürgern. Aus meiner Sicht ist das Einsatzelement AKT bzw. die taktische Kommunikation unverzichtbar im polizeilichen Einsatzgeschehen. Neben der aktiven Einflussnahme durch die Anti-Konflikt-Teams erhalte ich als Polizeiführer direkte und einsatzlenkende Rückmeldung zu Emotionen und Meinungen der Bürger. Ich erlebe im Einsatzalltag eine zunehmende Akzeptanz des Bürgers durch eine gelebte Kommunikation und durch die damit verbundene Transparenz polizeilichen Handelns.

Bergel: Die Weiterentwicklung der taktischen Kommunikation ist Thema im Arbeitskreis Anti-Konflikt-Team. Was sollten aus Ihrer Sicht Beachtung finden?

Im Gespräch: Leiter der PD Süd Sven Bogacz (li.), Mario Bergel (2.v.li.), Alexander Kroll (2.v.r.) und Andreas Biesterfeld (re.)

Bogacz: Aufgrund Ihrer Ausbildung können die Mitarbeiter der Anti-Konflikt-Teams nicht nur im Bereich der Versammlungslagen eine große deeskalierende Wirkung entfalten. Durch transparentes und auf Einsicht bauendes Handeln lassen sich vielfältige polizeiliche Einsatzsituationen besser bewältigen. Der Bürger ist in den meisten Einsatzsituationen ein Partner, den wir nur mitnehmen müssen. Daher verbinde ich die Hoffnung, dass der Ansatz des Anti-Konflikt-Teams sich inhaltlich stärker im polizeilichen Alltag wiederfindet.

Herzlichen Dank für das Interview.

■ MARIO BERGEL
LEITER DES ARBEITSKREISES
ANTI-KONFLIKT-TEAM

Polizeipräsidium Land Brandenburg

Kaiser-Friedrich-Straße 143
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 283 - 0
Pressesprecher: (0331) 283 - 3020

Polizeidirektion Nord

Fehrbelliner Straße 4c
16816 Neuruppin
Telefon: (03391) 354-0
Telefax: (03391) 354-2009
Pressestelle: (03391) 354-2020

■ Polizeiinspektion Ostprignitz

Fehrbelliner Straße 4c
16816 Neuruppin
Telefon: (03391) 354-0
Telefax: (03391) 354-1229

■ Polizeirevier Rheinsberg

Berliner Straße 19
16831 Rheinsberg
Telefon: (033931) 53-0
Telefax: (033931) 53-1229

■ Polizeirevier Kyritz

Pritzwalker Straße 17
16866 Kyritz
Telefon: (033971) 63-0
Telefax: ((033971) 63-1229

■ Polizeirevier Wittstock/Dosse

Röbeler Straße 18
16909 Wittstock
Telefon: (03394) 423-0
Telefax: (03394) 423-1229

■ Polizeiinspektion Prignitz

Berliner Straße 51
19348 Perleberg
Telefon: (03876) 715-0
Telefax: (03876) 715-1229

■ Polizeirevier Wittenberge

Perleberger Straße 89
19322 Wittenberge
Telefon: (03877) 930-0
Telefax: (03877) 930-1229

■ Polizeirevier Pritzwalk

Bahnhofstraße 1
16928 Pritzwalk
Telefon: (03395) 753-0
Telefax: (03395) 753-1229

■ Polizeiinspektion Oberhavel

Berliner Straße 45a
16515 Oranienburg
Telefon: (03301) 851-0
Telefax: (03301) 851-1229

■ Polizeirevier Gransee

Oranienburger Straße 31a
16775 Gransee
Telefon: (03306) 750-01
Telefax: (03306) 750-229

■ Polizeirevier Hennigsdorf

Berliner Straße 54-55
16761 Hennigsdorf
Telefon: (03302) 803-0
Telefax: (03302) 803-1229

■ Autobahnpolizeirevier

Walsleben
Fehrbelliner Straße 4c
16816 Neuruppin
Telefon: (033920) 5049-0
Telefax: (033920) 5049-2519

■ Wasserschutzpolizei der Polizeidirektion Nord

Bernauer Straße 146
16515 Oranienburg
Telefon: (03301) 850-03
Telefax: (03301) 850-2659

Polizeidirektion Ost

Nunhenstraße 40
15234 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 561 - 0
Telefax: (0335) 561-2009
Pressestelle: (0335) 561-2020

■ Polizeiinspektion Oder-Spree/FF (Oder)

August-Bebel-Straße 63
15517 Fürstenwalde
Telefon: (03361) 568-0
Telefax: (03361) 568-1009

■ Polizeirevier Erkner

Hessenwinkler Straße 16
15537 Erkner
Telefon: (03362) 790-0
Telefax: (03362) 790-1229

■ Polizeirevier Eisenhüttenstadt

Diehloer Straße 60
15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (03364) 425-0
Telefax: (03364) 425-1229

■ Polizeirevier Frankfurt (Oder)

Halbe Stadt 9
15230 Frankfurt(Oder)
Telefon: (0335) 5543-0
Telefax: (0335) 5543-1229

■ Polizeiinspektion Märkisch-Oderland

Wriezener Straße 9
15344 Strausberg
Telefon: (03341) 330-0
Telefax: (03341) 330-1229

■ Polizeirevier Bad Freienwalde

Gesundbrunnenstraße 1
16259 Bad Freienwalde
Telefon: (03344) 411-0
Telefax: (03344) 411-1049

■ Polizeirevier Neuenhagen

Berliner Straße 75-77
15366 Neuenhagen
Telefon: (03342) 236-0
Telefax: (03342) 236-1049

■ Polizeirevier Seelow

Breite Straße 12
15306 Seelow
Telefon: (03346) 801-0
Telefax: (03346) 801-1049

■ Polizeiinspektion Barnim

Werner-von-Siemens-Straße 8
16321 Bernau bei Berlin
Telefon: (03338) 361-0
Telefax: (03338) 361-1229

■ Polizeirevier Eberswalde

Am Markt 1
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 214-1146
Telefax: (03334) 214-1147

■ Polizeiinspektion Uckermark

Wallgasse 4
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 35-0
Telefax: (03984) 35-1229

■ Polizeirevier Schwedt

Dr.-Theodor-Neubauer-Straße 12
16284 Schwedt
Telefon: (03332) 4321-0
Telefax: (03332) 4321-1229

■ Polizeirevier Angermünde

Am Markt 18
16278 Angermünde
Telefon: (03331) 2666-0
Telefax: (03331) 2666-1229

■ Polizeirevier Templin

Friedrich-Engels-Straße 16
17268 Templin
Telefon: (03987) 43-0
Telefax: (03987) 43-1229

■ Autobahnpolizeirevier Fürstenwalde

August-Bebel-Straße 63
15517 Fürstenwalde
Telefon: (0335) 561-2524
Telefax: (0335) 561-2509

■ Autobahnpolizeirevier Bernau

Hans-Witwer-Straße 10
16321 Bernau
Telefon: (0335) 561-2524
Telefax: (0335) 561-2509

■ Wasserschutzpolizei der Polizeidirektion Ost

Eichrähne 3 a
16259 Bad Freienwalde (Oder),
Ortsteil Hohensaaten
Telefon: (033368) 539-0
Telefax: (033368) 539-2659

Polizeidirektion Süd

Juri-Gagarin-Straße 15-16
03046 Cottbus
Telefon: (0355) 4937-0
Telefax: (0355) 4937-2002
Pressestelle: (0355) 4937-2020

■ Polizeiinspektion Cottbus /Spree-Neiße

Juri-Gagarin-Straße 15-16
03046 Cottbus
Telefon:
(0355) 4937-1224/1225
Telefax: (0355) 4937-1222

■ Polizeirevier Forst

Bahnhofstraße 54
03149 Forst
Telefon: (03562) 92-0
Telefax: (03562) 92-229

■ Polizeirevier Guben

Berliner Straße 40-41
03172 Guben
Telefon: (03561) 46-0
Telefax: (03561) 46-229

■ Polizeirevier Spremberg

Kantstraße 12
03130 Spremberg
Telefon: (03563) 56-0
Telefax: (03563) 56-229

■ Polizeiinspektion Elbe-Elster

Ackerstraße 5
03238 Finsterwalde
Telefon: (03531) 781-0
Telefax: (03531) 781-1222

■ Polizeirevier Elsterwerda

An der Unterführung 3
04910 Elsterwerda
Telefon: (03533) 605-0
Telefax: (03533) 605-1222

■ **Polizeirevier Herzberg/Elster**

Falkenberger Straße 19
04916 Herzberg
Telefon: (03535) 42-0
Telefax: (03535) 42-1222

■ **Polizeiinspektion Dahme-Spreewald**

Köpenicker Straße 26
15711 Königs-Wusterhausen
Telefon: (03375) 270-0
Telefax: (03375) 270-1229

■ **Polizeirevier Lübben**

Bahnhofstraße 31
15907 Lübben
Telefon: (03546) 77-0
Telefax: (03546) 77-1229

■ **Polizeiinspektion Oberspreewald-Lausitz**

Rudolf-Breitscheid-Straße 14
01968 Senftenberg
Telefon: (03573) 88-0
Telefax: (03573) 88-1222

■ **Polizeirevier Calau**

Karl-Marx-Straße 137
03205 Calau
Telefon: (03541) 86-0
Telefax: (03541) 86-1222

■ **Polizeirevier Lauchhammer**

Berliner Straße 64
01979 Lauchhammer
Telefon: (03574) 765-0
Telefax: (03574) 765-1229

■ **Polizeiinspektion Schönefeld Flughafen**

Bohnsdorfer Chaussee 30
12529 Schönefeld
Telefon: (030) 63480-0
Telefax: (030) 63480-229

■ **Autobahnpolizeirevier Berstetal**

Rasthof Berstetal A 13
15926 Luckau-Kaden
Telefon: (0331) 2835-3224
Telefax: (0331) 2835-3229

■ **Wasserschutzpolizei der Polizeidirektion Süd**

Hafenstraße 18
15711 Königs Wusterhausen
Telefon: (0355) 4937-2604
Telefax: (0355) 4937-2609

Polizeidirektion West

Magdeburger Landstraße 11
14770 Brandenburg
Telefon: (03381) 560-0
Telefax: (03381) 7960-2009
zu den Bürodienstzeiten
Pressestelle: (03381) 7960-2020

■ **Polizeiinspektion Brandenburg an der Havel**

Magdeburger Straße 52
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 560-0
Telefax: (03381) 560-1229

■ **Polizeirevier Beelitz**

Clara-Zetkin-Straße 197
14547 Beelitz
Telefon: (033204) 36-0
Telefax: (033204) 36-2629

■ **Polizeirevier Bad Belzig**

Schloßstraße 4
14806 Bad Belzig
Telefon: (033841) 55-0
Telefax: (033841) 55-2629

■ **Polizeiinspektion Potsdam**

Henning-von-Tresckow-Straße 9-13
14467 Potsdam
Telefon: (0331) 5508-0
Telefax: (0331) 5508-1229

■ **Servicepunkt Potsdam Babelsberg**

(nur zeitweise besetzt)
Tuchmacherstraße 38
14482 Potsdam
Telefon: (0331) 2017-8809
Telefax: (0331) 5508-1059

■ **Polizeirevier Werder**

Potsdamer Straße 170
14542 Werder (Havel)
Telefon: (03327) 483-0
Telefax: (03327) 483-1229

■ **Polizeirevier Teltow**

Potsdamer Straße 3
14513 Teltow
Telefon: (03328) 437-0
Telefax: (03328) 437-2629

■ **Polizeiinspektion Havelland**

Kochstraße 5-7
14612 Falkensee
Telefon: (03322) 269-0
Telefax: (03322) 400-1229

■ **Polizeirevier Nauen**

Schützenstraße 13
14641 Nauen
Telefon: (03321) 400-0
Telefax: (03321) 400-1229

■ **Polizeirevier Rathenow**

Rudolf-Breitscheid-Straße 42
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 550-0
Telefax: (03385) 550-1229

■ **Polizeiinspektion Teltow-Fläming**

Markt 25-27
14943 Luckenwalde
Telefon: (03371) 600-0
Telefax: (03371) 600-2629

■ **Polizeirevier Ludwigsfelde**

Straße der Jugend 4
14974 Ludwigsfelde
Telefon: (03378) 807-0
Telefax: (03378) 807-2629

■ **Polizeirevier Zossen**

An der Wache 2
15806 Zossen
Telefon: (03377) 310-0
Telefax: (03377) 310-2629

■ **Autobahnpolizeirevier Michendorf**

Berliner Ring A10
14552 Michendorf
Telefon: (0331) 28351-2624
Telefax: (0331) 28351-2629

■ **Wasserschutzpolizei der Polizeidirektion West**

An der Pirschheide 11
14471 Potsdam
Telefon: (0331) 9688-424
Telefax: (0331) 9688-410

Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg

Abteilung 4
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13
14467 Potsdam
Telefon: (0331) 866 -0

Fachdirektion Landeskriminalamt

Polizeipräsidium
Land Brandenburg
Tramper Chaussee 1
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 388-0
Telefax: (03334) 388-8709

Fachdirektion Besondere Dienste

Polizeipräsidium
Land Brandenburg
Kaiser-Friedrich-Straße 143
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 5686-0
Telefax: (0331) 5686-124

Landespolizeiorchester Brandenburg (LPO)

Polizeipräsidium
Land Brandenburg
Leitungsbereich-Pressestelle
Kaiser-Friedrich-Straße 143
14469 Potsdam

Sitz: Zum Lindentor 28
14542 Werder/
OT Petzow Petzow
Telefon: (03327) 42777
(Petzow)
Telefax: (0 33 27) 4 20 83

Fachhochschule der Polizei (FHPol)

Bernauer Straße 146
16515 Oranienburg
Telefon: (03301) 850-01
Telefax: (03301) 850-2149

Zentraldienst der Polizei (ZDPol)

Am Baruther Tor 20
15806 Zossen / OT Wünsdorf
Telefon: (033702) 91-0
Telefax: (033702) 91-229

Kampfmittelbeseitigungsdienst (KMBD)

Verwaltungszentrum B
Hauptallee 116/8
15806 Zossen / OT Wünsdorf
Telefon: (033702) 214-0
Telefax: (033702) 214-200

Lautsprecherwagen als Einsatzmittel



In der Technischen Einsatz Einheit wird für die Bereitschaftspolizeiabteilung und zur Unterstützung von Polizeibehörden und -einrichtungen zur Bewältigung besonderer Lagen oder auf Anforderung ein Lautsprecherwagen vorgehalten. Im Jahr 2006 wurde das Fahrzeug gemäß Bund-/Länderabkommen durch eine Neubeschaffung auf den neusten Stand der Technik gebracht.

Betreut wird das Fahrzeug durch die Informations- und Kommunikationsgruppe und wird mit speziell geschulten Bedienpersonal von drei Personen aus dem Personalbestand der Technischen Einsatz Einheit zum Einsatz gebracht. Die Besatzung kann um einen Dolmetscher, szenekundigen Beamten, ortskundigen Beamten, Psychologen oder einen Vertreter der Versammlungsbehörde auf bis zu fünf Personen erweitert werden.

Interne Aus- und Fortbildung sowie die zentrale Ausbildung als Techniker und Sprecher im Rahmen der Sicherheitskooperation der Länder Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen durch das Land Sachsen macht es dem technisch geschulten Bedienpersonal sowie dem rechtlich, taktisch und umgangssprachlich geschulten Sprechern möglich, lageangepasste Formulierungen von Durchsagen in Echtzeit sicherzustellen.

Über acht auf dem Fahrzeugdach im Kreis angebrachte Lautsprecher können Durchsagen im Stand und in Bewegung als Richtungs- und Flächenbeschallung mit einer Reichweite von bis zu 500 Metern in unterschiedlichsten Einsatzszenarien getätigt werden. Das können u.a. sein:

- Fußballspiele, Fanmeilen, Public Viewing
- Versammlungen, Demonstrationen, Aufzüge
- Großveranstaltungen, Volksfeste
- Großschadensereignisse, Unfälle (Brände, Flugzeugabsturz)
- Evakuierungen (Bombenentschärfung, Hochwasser)
- Suchen (Vermisste/ Straftäter)

Dabei werden alle Durchsagen digital und gerichtsfest aufgezeichnet. Neben Funk- und Kabelmikrofontechnik stehen im Fahrzeug diverse mögliche Einspeisequellen zur Weitergabe über Lautsprecher (z.B. CD-Player, PC, Radio, Handy, Funk) zur Verfügung. Das Fahrzeug ist Dank intern verbautem Aggregat und Zusatzbatterien fremdstromunabhängig für längere Einsatzzeiten einsetzbar.

Als taktische Komponente wird der Lautsprecherwagen schon lange nicht mehr nur als letztes Mittel zum Verlesen von Verfügungen an das polizeiliche Gegenüber verstanden. Er etabliert sich als Kommunikationsmittel bereits frühzeitig zur Schaffung von Transparenz und Akzeptanz polizeilichen Handelns, zur Vermeidung wiederholter Anfragen durch Erreichen großer Personengruppen, zur Beeinflussung und Reduzierung massendynamischer/ panischer Prozesse, zur Vermeidung einer Solidarisierung zum Gegenüber durch Unbeteiligte und zur Schaffung einer positiven Bindung zwischen Polizei und Bürger am Einsatzort. Umfangreiche Einsatzerfahrungen aus den letzten Jahren haben gezeigt, dass das Fahrzeug aus größeren Einsatzlagen nicht mehr wegzudenken ist.

■ TINO SCHUBERT
TECHNISCHE
EINSATZEINHEIT



Absolvent der Fachhochschule erhält Nachwuchswissenschaftlerpreis

Forschungsministerin ehrte wissenschaftliche Nachwuchskräfte

Wissenschaftsministerin Sabine Kunst hat Ende 2014 in Potsdam hervorragende junge Forscherinnen und Forscher an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen des Landes Brandenburg mit dem Nachwuchswissenschaftlerpreis ausgezeichnet.

Den mit 5.000 Euro dotierten Absolventenpreis 2014 erhielt Janik Skibinski für seine an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg entstandene Bachelorarbeit zum Thema „NS-Ideologie in der Polizeiausbildung 1933–1945“. Janik Skibinski betrachtet in seiner Arbeit die weltanschauliche Unterweisung der Polizei in der NS-Zeit sowohl aus geschichtlichem als auch ideologischem Blickwinkel und zeigt dabei die missbräuchliche Orientierung der Polizei im NS-Regime auf.

Der Absolvent der Fachhochschule habe mit seiner Arbeit einen fundierten Beitrag zur Geschichtswissenschaft geleistet und dies auf „außerordentlich hohem wissenschaftlichen Niveau“. Die Fachhochschule wurde mehrfach dafür hervorgehoben, dass sie ein hervorragendes Lernumfeld geschaffen hat und somit auch solche Leistungen ermöglicht. FHPol Präsident Rainer Grieger sagte stolz: „Wir nahmen zum 1. Mal an dem Wettbewerb teil und freuen uns mit unserem Absolventen über die Auszeichnung. Wir ermuntern und werden Gleichgesinnte unterstützen, diesem Beispiel für beachtliche Lern- und Forschungsleistungen zu folgen.“

Janik Skibinski, Jahrgang 1989, ist nach erfolgreichem Bachelorabschluss an der FHPol im Oktober 2013 zum Polizeikommissar ernannt worden. Er ist heute in der Fachdirektion Besondere Dienste in der 1. Einsatzhundertschaft tätig. Polizeikommissar Skibinski zählte zu den Studiengangbesten und erhielt für seine Bachelorthesis bereits den Preis des Fördervereins der Fachhochschule.

Einblick in die Bachelorarbeit kann in der Bibliothek der Fachhochschule der Polizei in Oranienburg genommen werden.

■ TIMM SCHINDLER
FHPOL

Hintergrund zum Nachwuchswissenschaftlerpreis

Der Brandenburgische Nachwuchswissenschaftlerpreis, der in diesem Jahr zum achten Mal vergeben wird, besteht aus zwei Bereichen: Dem Postdoc-Preis, mit dem in zwei fachlichen Kategorien Nachwuchskräfte Brandenburgischer Hochschulen oder außeruniversitärer Forschungseinrichtungen für ihre nach der Promotion entstandenen Forschungsarbeiten ausgezeichnet werden, und dem Absolventenpreis, mit dem der bzw. die jahrgangsbeste Absolvent/in an den Hochschulen im

Land Brandenburg geehrt wird. Der Postdoc-Preis ist in beiden Kategorien jeweils mit einem Preisgeld von 20.000 Euro ausgestattet, das den Preisträgern zur freien Verfügung steht. Der Absolventenpreis ist mit 5.000 Euro dotiert. Eben dieser ging dieses Jahr an Janik Skibinski, Absolvent der Fachhochschule der Polizei. Am Wettbewerb um den Absolventenpreis beteiligen sich neben den staatlichen Hochschulen auch die staatlich anerkannten privaten Hochschulen sowie die landesinternen Hochschulen des Landes Brandenburg. Die Auswahl hat auch in diesem Jahr eine hochkarätige Jury getroffen.



*FHPol-Präsident Rainer Grieger mit Preisträger Janik Skibinski (oben);
Forschungsministerin Sabine Kunst bei der Verleihung des
Nachwuchswissenschaftlerpreises (rechts)*



Kurzdarstellung der ausgezeichneten Bachelorarbeit

Am frühen Morgen des 10. Juni 1942 wurden bei einem grausamen Massaker in dem kleinen tschechischen Dorf Liditz 173 Menschen innerhalb von nur zwei Stunden erschossen. Die Täter stammten nicht, wie lange angenommen, aus der SS, sondern aus den Reihen der deutschen Polizei. Die enorme Rolle des NS-Polizeiapparates beim Holocaust wurde jahrelang unterschätzt. Heute wissen wir, dass ein sehr großer Teil der Holocaustopfer unmittelbar oder mittelbar durch Angehörige der Polizei umgebracht wurde.

Bei dem Wandlungsprozess von der demokratischen Strafverfolgungsbehörde der Weimarer Republik zu einem generalpräventiv arbeitenden Werkzeug des NS-Terrorregimes spielte die sogenannte weltanschauliche Schulung eine wichtige Rolle.

Die Aufarbeitung verschiedener Primärquellen zeigt deutlich, dass die „weltanschauliche Schulung“ weit mehr war, als das hohle Preschen leerer Phrasen und Zeit zur Zerstreuung der Truppe. Sie war viel mehr ein pädagogisch ganzheitlicher Ansatz, der die Beamten in allen Bereichen der Ausbildung und des täglichen Dienstes begleitete. Die Polizeiführung unter Heinrich Himmler priorisierte die weltanschauliche Schulung und beabsichtigte mit dieser die Beamten auf ihre aktive Rolle im Holocaust vorzubereiten. Gleichzeitig sollte sich die Institution Polizei durch eine einheitliche ideologische Grundeinstellung der SS annähern. Das hierzu eingesetzte Material reichte von extra angefertigtem Schulungsmaterial, über Material aus anderen Bereichen wie z.B. die Schulungsbriefe der SS, bis hin zu Propagandamaterial des Alltags wie Tageszeitungen, Unterhaltungsfilm und Rundfunkbeiträgen. Auch ein dichtes Netz an Schuleinrichtungen, in denen mehr Wert auf eine breite Palette ideologischer Themen, als auf fachliche Kompetenzen gelegt wurde, etablierte sich schnell. Den Beamten wurde in der „weltanschaulichen Schulung“ ein Gerüst vermittelt, welches diesen ermöglichte das eigene Handeln vor sich und dem sozialen Umfeld zu rechtfertigen und das täglich erlebte im Sinne der NS-Ideologie zu verarbeiten. Historische Quellen beweisen, dass die ideologische Indoktrination krude Feindbilder schuf und Hemmschwellen herabsetzte.

Eine tiefgehende Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit diesem dunklen Kapitel der Geschichte der Polizei im NS-Staat ist für uns als demokratische Institution heute eine wichtige Aufgabe.

Social-media-Team der FHPol

Die Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg (FHPol) ist bereits seit dem Jahr 2009 in den Sozialen Medien aktiv. Auf Initiative des Präsidenten der FHPol wurde auf Facebook zunächst beiläufig Öffentlichkeitsarbeit über diesen Kanal betrieben. Im Laufe der Jahre wurden die Aktivitäten, wie auch Personalstärke ausgeweitet. Mittlerweile gibt es weitere Accounts bei Twitter, YouTube und zuletzt Google+.

Die einzelnen Präsenzen haben dabei zum Teil unterschiedliche Zielgruppen. Auf Twitter will die Fachhochschule vorrangig Multiplikatoren aus Politik und Medien ansprechen, wohingegen Facebook darüber hinaus Bewerber, Studenten, Mitarbeiter an der Fachhochschule und sonstige Freunde unserer Einrichtung erreichen soll. Es werden aktuelle Informationen rund um die FHPol und manchmal auch aus der Brandenburger Polizei und dem Innenministerium angeboten. YouTube rundet das Angebot der Sozialen Medien mit der Möglichkeit von Imagefilmen und Kurzreportagen vom Campus ab.

Darüber hinaus publizieren wir als FHPol auf unserem Cybercrime-Blog fortlaufend Beiträge zum Thema Cybercrime u.a. von Forschern, Lehrenden sowie Studenten der Fachhochschule der Polizei. Einen Schwerpunkt legen wir auf (cyber-)kriminologische Aspekte sowie fachpraktische Hinweise für die alltägliche (kriminal-)polizeiliche Ermittlungs- und Präventionstätigkeit. In diesem weiteren Kommunikationsangebot der FHPol sind Ihre Hinweise und Kommentare willkommen und Sie können als Gastblogger eigene Beiträge einstellen.

Bei aller Informationsvielfalt legt die FHPol den Schwerpunkt jedoch auf die Nachwuchsgewinnung. 61% der sogenannten „Freunde“ bei Facebook sind im Alter zwischen 18 und 34 Jahren. Die Kommunikation mit unseren Freunden verläuft dabei auch zu Fragen rund um das Bewerbungsverfahren oder den

Einstellungsvoraussetzungen zunehmend über die neuen Medien. Inzwischen umfasst die Gesamtanzahl unserer Freunde 1.212 (Stand: 06.01.2015). Damit steigerten wir uns im Vergleich zum Januar 2014 um 393 Personen. Folglich konnte die FHPol im Durchschnitt jeden Tag im Jahr mindestens eine neue interessierte Person hinzugewinnen, um sie mit den entsprechenden Informationen zu versorgen.



Hierbei gilt es noch positiv hervorzuheben, dass Interaktionen dieser Freunde es ermöglichen mit einem Beitrag derzeit 10.940 Personen zu erreichen. Als Interaktionen verstehen sich „gefällt mir“ Markierungen und auch „Teilungen“ auf der eigenen Profilseite des Nutzers. Der Spitzenreiter ist dabei ein Beitrag zur Sportfördergruppe aus dem Jahr 2014.

Da sich auch die Inhalte und Anforderungen in der virtuellen Welt des Internets mit der Zeit verändern, plant auch die Fachhochschule eine spannende Weiterentwicklung und Optimierung ihrer Auftritte. Verfolgen Sie diese und lassen Sie sich von uns stets mit den aktuellsten Informationen der Fachhochschule versorgen. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

■ SOCIAL-MEDIA-TEAM DER FHPOL BB



Deine @Polizei – On Air

Solving Crime through Social Media (SOMEPE) – ein Projekt unter Beteiligung der FHPol

Einstiegsalter für soziale Medien sinkt

Nur wenige Monate ist es her, da werden bei vielen Erwachsenen und auch Kindern neue Smartphones, Tablets, Spielekonsolen und PCs auf dem Gabentisch zu finden gewesen sein. Immer mehr Menschen verbringen immer mehr Zeit online und das Einstiegsalter sinkt von Jahr zu Jahr. Nach einer Studie des Branchenverbandes Bitkom, nutzen bereits 56 Prozent der 6-7-jährigen regelmäßig Onlinemedien und die Durchschnittsnutzung hat sich auf ungefähr 166 Minuten am Tag erhöht. Das erscheint nicht verwunderlich, wenn einmal selbst hinterfragt wird, in welcher Weise eigentlich Weihnachts- und Neujahrsgrüße an Freunde und Familie versendet wurden – ein Großteil davon vermutlich über Soziale Medien wie WhatsApp, Facebook, Instagram und Co. Warum auch nicht. Nie zuvor war es möglich innerhalb kurzer Zeit an fast jedem Ort und zu fast jeder Zeit mit Freunden und Familienangehörigen zu kommunizieren und Informationen auszutauschen. Soziale Medien verändern dabei die Art und Weise unseres sozialen Miteinanders, insbesondere unsere Art der Kommunikation. Dabei wird kaum ein Bereich des gesellschaftlichen Lebens von diesen Veränderungen ausgelassen. Sei es die Frage, ob Lehrer Facebook-Freundschaften mit ihren Schülern pflegen sollten, Politiker über Twitter mit den Bürgern kommunizieren, Menschen sich bei Katastrophen über Facebook koordinieren und vernetzen oder auch welche Rolle Sicherheitsbehörden in diesem digitalen Straßenverkehr eigentlich einnehmen sollen.

Polizeiarbeit in sozialen Medien

Polizeien weltweit müssen sich daher der Frage stellen, ob sie Soziale Medien nutzen möchten und wenn ja, in welcher Form. Die Möglichkeiten zur polizeilichen Nutzung von Sozialen Medien sind dabei äußerst vielfältig. Sie rei-

chen von der „einfachen“ Information der Bürger durch das Posten von Pressemeldungen über Präventionsinformationen, Warnmeldungen, Personalwerbung, Unterstützungsersuchen an die Bevölkerung, Einsatzbegleitende Öffentlichkeitsarbeit, der Informationssammlung über Einsatzgeschehen, Einsatzorte und Tatverdächtige bis hin zur Öffentlichkeitsfahndung. Polizeibehörden, die sich für eine Präsenz in Sozialen Medien entscheiden, müssen in Ihrer Strategie neben den rechtlichen Rahmenbedingungen und Beschränkungen auch das entsprechend geschulte Personal vorhalten, um eine pro-aktive und professionelle Kommunikation mit der Bevölkerung zu gewährleisten. Schließlich geht es in Sozialen Medien nicht nur darum was man veröffentlicht, sondern vor allem wie und auf welchen Kommunikationskanälen.

Es sollte aber auch nicht verkannt werden, dass viele Polizisten weltweit bereits jetzt schon in Sozialen Medien erkennbar präsent sind. Wie im Fall der spanischen Policía Nacional, die auf Twitter mehr Follower hat als das FBI, führte dies zu einer Erfolgsgeschichte. Andererseits gibt es eine Vielzahl von Polizeibeamten, die inoffiziell bzw. außerdienstlich in den Sozialen Netzwerken unterwegs sind. Die meisten Menschen, mit denen jemand vernetzt ist, wissen um dessen Beruf. Kommentare, Likes oder auch hochgeladene Bilder und Videos werden häufig auch vor dem beruflichen Hintergrund des Urhebers gemessen. In einigen Ländern wurde daher die polizeiliche Präsenz institutionalisiert indem Polizeibehörden und auch einzelne Polizeibeamte (z.B. in den Niederlanden, Spanien oder Großbritannien) mit eigenen Accounts in Sozialen Medien vertreten sind. Die Polizeibehörden gehen bei der Präsenz in Sozialen Medien dabei teilweise differente Wege. Dabei böte sich gerade hier die Möglichkeit tatsächlich intensiv zusammenzuarbeiten, denn die Herausforderungen denen sich die Polizeien stellen müssen sind überall ähnlich – auch wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen unterschiedliche Herangehensweisen erfordern mag.

Was kann ein Projekt dazu beitragen?

Diese Gedankengänge und Entwicklungen haben zur Mitarbeit des Instituts für Polizeiwissenschaft (IfP) an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg (FHPol BB) an einem über das Leonardo da Vinci Programm finanzierten internationalen Projekt geführt. Das SOMEP-Projekt beschäftigt sich dabei mit dem Umfang und der Art und Weise der Kommunikation und Präsenz der Polizei in Sozialen Medien, aber auch der Möglichkeiten für eine polizeiliche sinnvolle Nutzung. Die empirischen Grundlagen für SOMEP bilden Erkenntnisse des COMPOSITE Forschungsprojektes zur internationalen Nutzung Sozialer Medien durch Polizeibehörden. An diesem Projekt hat das IfP mit einer eigenen Forschungsgruppe maßgeblich mitgewirkt. Diese Erkenntnisse fließen nun in das SOMEP-Projekt, an dem neben der FHPol BB, das österreichische Zentrum für Soziale Innovationen (ZSI), das türkische Polizeipräsidium in Kayseri sowie die türkische Erciyes Universität mitwirken. Ziel von SOMEP ist es einerseits einen aktuellen Stand der Nutzung Sozialer Medien durch die Polizeien der jeweiligen Mitgliedsländer zu erheben und in sog. „Country Reports“ zu publizieren. Andererseits wird auf diesen Erkenntnissen aufbauend ein eLearning-Modul entwickelt, das international nutzbar sein und daher in drei Sprachen veröffentlicht wird. Zu dessen Vorbereitung wurden Umfragen unter Polizeibeamten durchgeführt, um die aktuellen Erfahrungen im Umgang mit Sozialen Medien sowie zukünftige Erwartungen zu erheben und zu evaluieren.

Im Kern konnte dabei herausgearbeitet werden, dass auch in Deutschland immer mehr Polizeibehörden Auftritte in Sozialen Medien unterhalten. Zum Erhebungszeitpunkt existierten insgesamt 61 aktive Auftritte von Polizeibehörden. Diese durchaus positive Entwicklung, zeichnete sich auch im Rahmen der durchgeführten Erhebung ab. Immerhin 92 % der befragten Polizeiangehörigen stimmte der Aussage zu, dass Soziale Medien für die Polizeiarbeit nützlich sind und 78 Prozent waren der Meinung, dass die Nutzung einen positiven Einfluss auf die polizeiliche Reputation habe. Ähnliche hohe Zustimmungswerte erhielt zudem die Aussagen, dass die Polizei in Sozialen Medien präsent sein sollte (98 Prozent) und dass der Umgang mit diesen bereits in der Ausbildung von Polizeibeamten thematisiert werden sollte (92 Prozent).

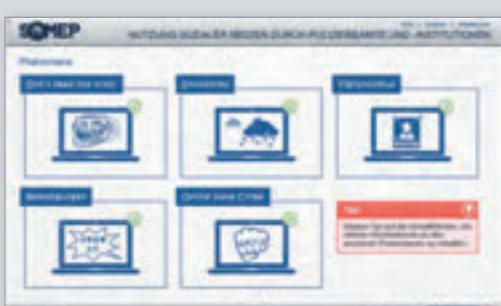
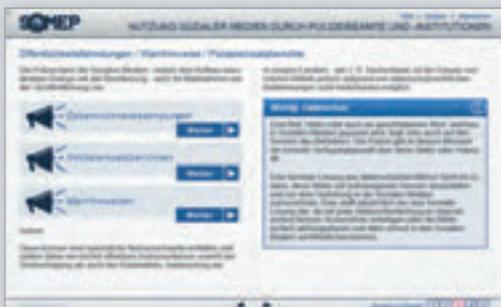
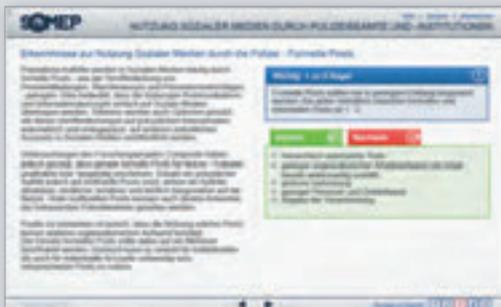
In Auswertung dieser Ergebnisse greift das eLearning-Modul in insgesamt fünf Kapiteln unterschiedliche Themen rund um die polizeiliche Präsenz und Kommunikation mit der Öffentlichkeit in Sozialen Medien auf. Zu Beginn steht hierbei die Entscheidung des Nutzers, ob er sich dafür interessiert als individueller Polizeibeamter einen Auftritt anzulegen (Kapitel 1) oder als Vertreter einer Polizeiinstitution agieren möchte (Kapitel 2). Kapitel 3 beschäftigt sich mit der Frage wie ein Auftritt in Sozialen Medien interessant gestaltet werden kann. Hier wird zudem der Unterschied zwischen eher formellen und informellen Postings erörtert. Dies ist umso wichtiger, da in Kapitel 4 die Art und Weise der Kommunikation dargestellt und z.B. auch auf netzaffine Sprache und Abkürzungen eingegangen wird. Letztlich werden im abschließenden Kapitel das Erkennen von risikobewährten Situationen wie Shitstorms und Vigilantismus sowie mögliche Reaktionen auf diese Phänomene behandelt.

Die Zielgruppen stellen dabei tatsächlich alle Beamten, unabhängig von ihren Vorkenntnissen oder ihrer Funktion, aber auch Polizeibehörden, die sich für einen Auftritt in Sozialen Medien interessieren, dar. Das Modul vermittelt dabei grundlegendes Wissen, das für jeden Beamten, ob er Soziale Medien nutzt oder nicht, von Interesse sein kann.

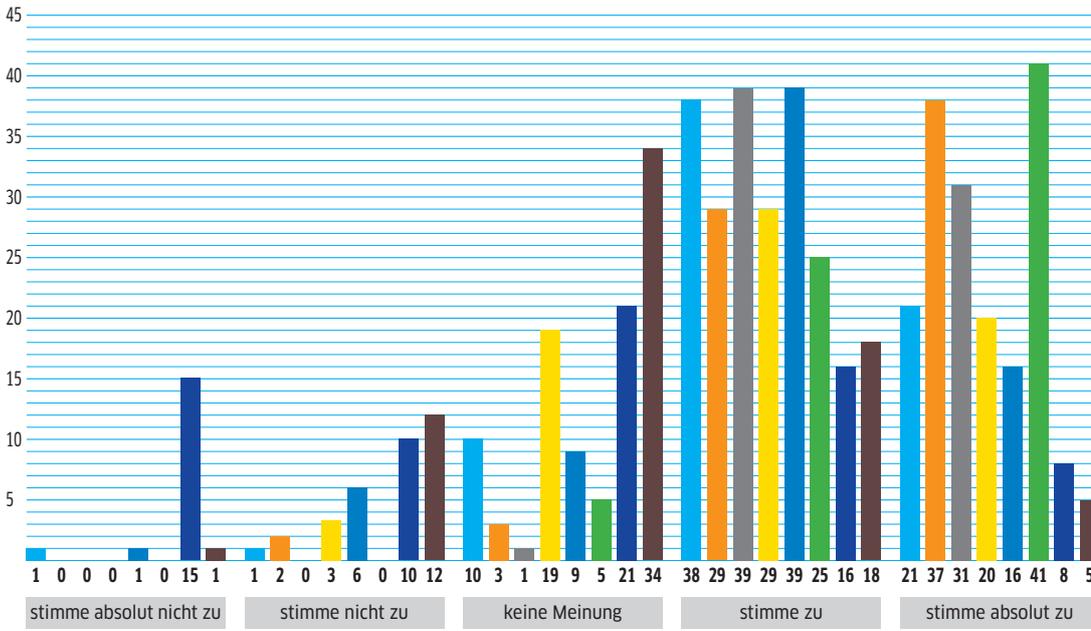
Entsprechend medial werden die in der Verantwortung des IFP liegenden Modul-Bestandteile durch das Medienzentrum an der FHPol BB und den daran beteiligten Mitarbeitern umgesetzt. Bereits für den März 2015 ist ein internationaler Workshop an der FHPol BB vorgesehen, auf dem der deutsche Teil des Moduls – eingerahmt durch Fachvorträge – selbst getestet und mit den Projektmitarbeitern erörtert werden kann. Nach einem ausführlichen Probelauf ist die Fertigstellung des Moduls für April/Mai 2015 angedacht. Dann können interessierte Polizeibeamte weltweit über die Homepage des Projektes das Modul selbst absolvieren.

Wie kann es weitergehen?

Die Teilnahme an diesem Projekt erfolgte aber nicht aus reinem Selbstzweck. Das IfP hat sich neben der Erforschung zum aktuellen Nutzungsstand in Deutschland das Ziel gesetzt, die noch in den Kinderschuhen stehende Integration Sozialer Medien in die Polizeiarbeit zu unterstützen. Dazu kann u.a. das eLearning-Modul beitragen, das zur Akzeptanzsteigerung unter den Polizeibeamten aber auch zur fachlichen Schu-

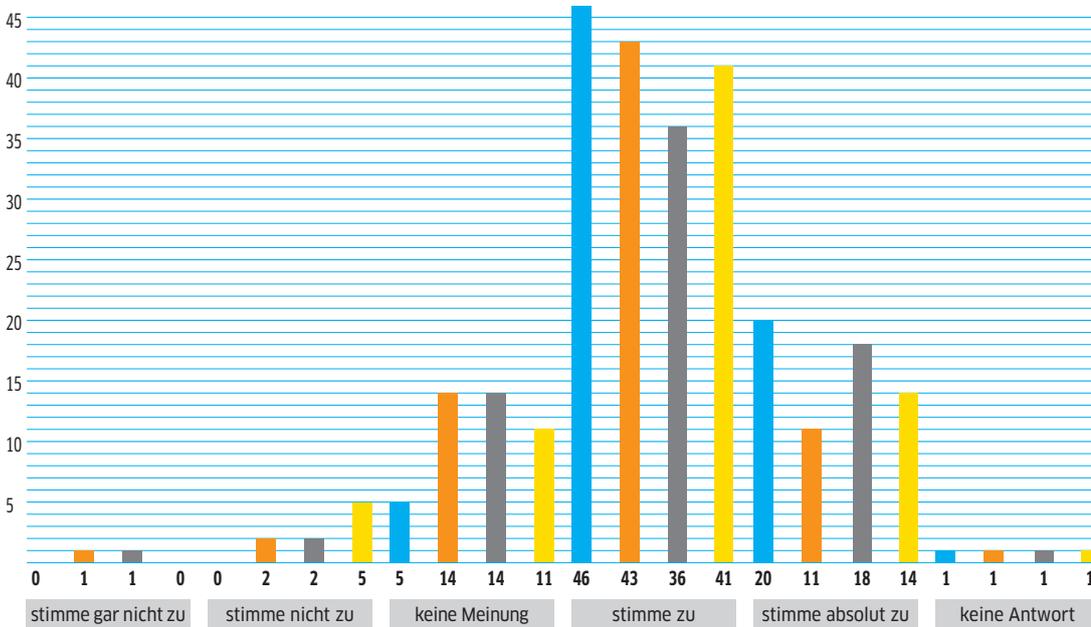


Ausschnitte des SOMEP eLearning-Moduls



Zustimmungswerte zu einzelnen Aussagen

- Jeder Polizist nutzt soziale Medien in der Zukunft
- Jeder neue Polizist sollte soziale Medien beherrschen
- Polizei sollte in sozialen Medien präsent sein
- Selbstjustiz ist in sozialen Medien ein Problem
- Soziale Medien verändern die Polizeiarbeit
- Risiken in sozialen Medien sind wichtig
- Meine Kinder kennen sich besser in sozialen Medien aus
- Mein Vorgesetzter ist offen für soziale Medien



Zustimmungswerte zur Nützlichkeit von sozialen Medien für die Polizeiarbeit

- Soziale Medien sind nützlich für die Polizei (1)
- Soziale Medien erhöhen die Effektivität der Polizei (2)
- Soziale Medien erhöhen das Ansehen der Polizei (3)
- Soziale Medien erhöhen die Effizienz der Polizei (4)

lung für zukünftige in diesem Bereich eingesetzte Mitarbeiter genutzt werden kann. Dieses Modul kann aber nicht für sich alleine stehen, sondern es bedarf einer individuellen, auf das jeweilige Land abgestimmten Gesamtstrategie zum Umgang mit Sozialen Medien durch die Polizei, die auch personelle, finanzielle und technische Belange berücksichtigt.

Um ständig auf der Höhe der „medialen“ Zeit zu sein, muss das eLearning-Modul stetig fortgeschrieben werden, damit die sich ändernden rechtlichen Rahmenbedingungen und neue Trends im Nutzungsverhalten einfließen können.

Allen Beteiligten ist aber eines klar: Die Integration Sozialer Medien in die polizeilichen Arbeitsfelder wird uns noch lange beschäftigen. Die Einführung neuer Führungs- und Einsatzmit-

teln hat die Polizei aber auch in der Vergangenheit gemeistert.

Die Bereitschaft und Akzeptanz wird sich nicht nur bei der Fachhochschule der Polizei Brandenburg in den nächsten Jahren weiter steigern. Hier möchte die Sozialen Medien niemand mehr missen, sind diese doch unabdingbar für die Aufgabenerfüllung geworden. Auch zur Zielerreichung für die alltägliche Polizeiarbeit werden die Sozialen Medien verstärkt eingesetzt (werden müssen) und so stetig an Bedeutung für die Polizei zunehmen. Eine stärkere Integration in den polizeilichen Arbeitsalltag in den nächsten Jahren ist zu erwarten, wozu nicht zuletzt auch das SOME-Projekt beitragen wird.

■ THOMAS-GABRIEL RÜDIGER, MARIO ROGUS, TIMM SCHINDLER



Teambesprechung der SOME-Projektmitglieder

Brandenburger Internetwache steht vor grundlegender Umgestaltung

Langer Weg zum Relaunch



*Norbert Remus,
Leiter der Landeswebredaktion
der Brandenburger Polizei*

Vor elf Jahren war die Polizei des Landes Brandenburg ein Exot in Sachen Onlinepräsenz. 2003 ging die Internetwache Brandenburg an den Start, das Land war damit bundesweit Vorreiter. Noch heute gibt es kein anderes Polizeiportal, das dem Nutzer so viele Möglichkeiten bietet wie diese virtuelle Dienststelle im Netz. Schon bald wird noch mehr möglich sein, denn die Brandenburger Internetwache bekommt ein neues Gesicht und weitere Funktionalitäten. Welche das sind und warum der Relaunch auf sich warten lässt - darüber sprach die info110-Redaktion mit Norbert Remus. Der 36-Jährige leitet im ZDPol seit 2009 die Landeswebredaktion und betreut seit 2012 die Neugestaltung der Internetwache.

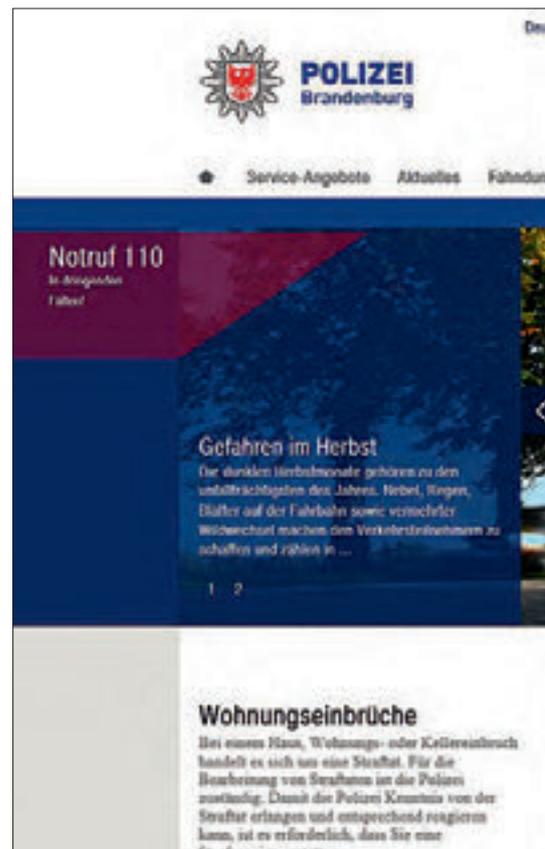
Herr Remus, seit über zehn Jahren gibt es die Internetwache (IW) nun im alten Gewand. Warum braucht es frischen Wind?

Norbert Remus: Es ging in erster Linie darum, aus der Internetwache wieder ein echtes Bürgerportal zu machen. In den letzten Jahren lag der Fokus zu stark auf dem Abbilden der Polizeistruktur mit der Konsequenz, dass die Bürger unsere Inhalte schlecht finden. Wir haben uns zudem gefragt: „Wie ist es möglich, online noch besser mit der Polizei zu interagieren und zeitgleich uns und dem Nutzer die Arbeit zu vereinfachen?“

2,5 Millionen Besuche zählte das Portal im Jahr 2013. Momentan sind die circa 28.000 Online-Anzeigen, Hinweise, usw. sowie der Anhörbogen der Zentralen Bußgeldstelle (ZBSt) die am meisten genutzten Tools. 100.000 Bürger nutzen diese Möglichkeit der ZBSt pro Jahr. Deutlich mehr Bürger schauen sich ihre Blitzerbilder im Netz an. Nahezu alle 4.000 Bewerbungen gehen über die IW bei uns ein. Das allein zeigt, wie rege unser Portal genutzt wird. In Zukunft wird es zum Beispiel eine Online-Bezahlungsfunktion geben. Das heißt, wer sich mit den von der ZBSt zugesandten Anmeldedaten einloggt, kann künftig direkt im Vorgang bezahlen und das Verfahren damit sofort beenden. Bei 1,5 Mio. Bußgeldverfahren jährlich, kann das eine enorme Erleichterung sein.

Wird sich zum Beispiel die Online-Anzeige mit der Umgestaltung verändern?

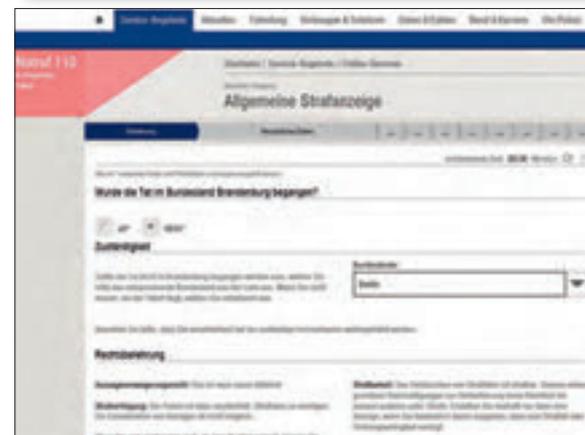
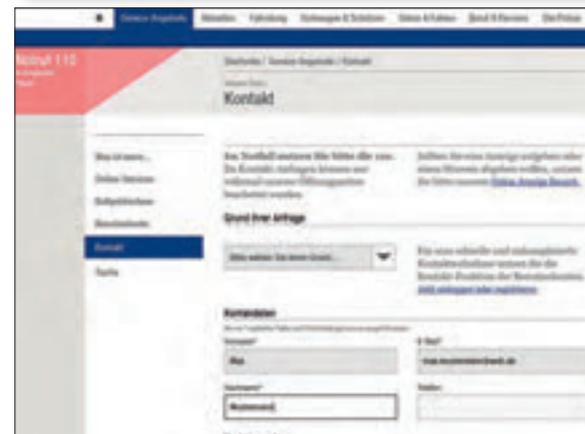
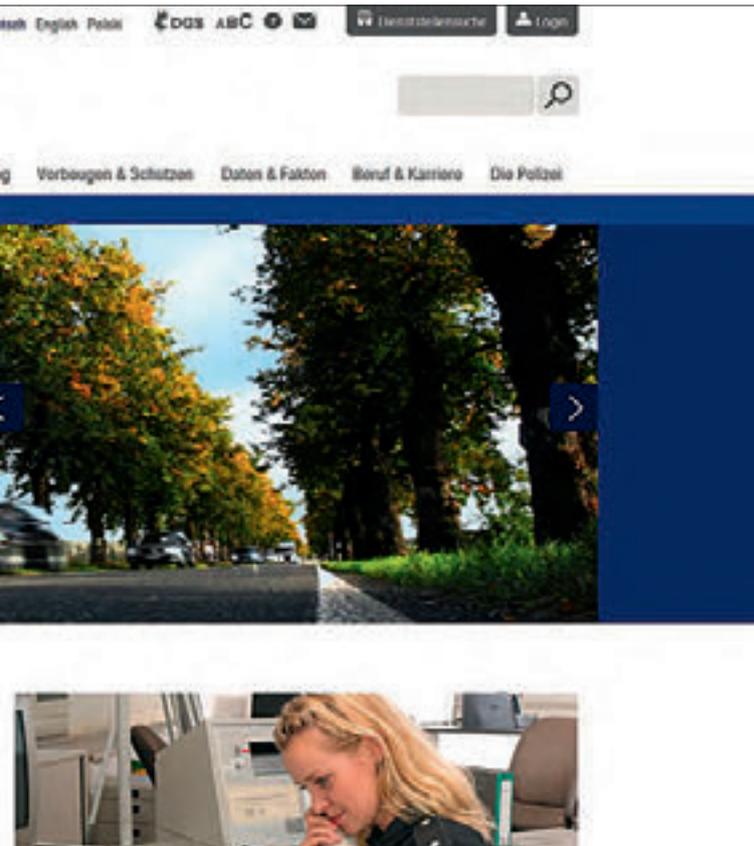
Norbert Remus: Ja, vor allem die Qualität. In den Textfeldern wird nun deutlich detaillierter abgefragt. Es gibt neue Pflichtfelder, wie zum Beispiel die genauen Erreichbarkeiten. Was banal klingt, kann den Nachermittlungsaufwand deutlich reduzieren. Zukünftig wird es auch eine Art Steuerfunktionalität geben – bei der Onlineanzeige wird zuerst abgefragt, ob sich der Sachverhalt in Brandenburg abgespielt hat oder örtliche und sachliche Bezüge eher in anderen Bundesländern liegen. So reduziert sich für das Lagezentrum die Arbeit der Weiterleitung von Anzeigen. Technisch wird es mit dem neuen Portal zudem viel einfacher sein, neue Vorgangsarten zu erstellen und somit die circa 13.000 Anzeigen ohne Spezialformular massiv zu reduzieren. Über die konkrete Ausgestaltung wollen wir uns mit dem Präsidium intensiv abstimmen.



Die Neugestaltung dauert nun schon drei Jahre, warum?

Norbert Remus: Dem eigentlichen Prozess gingen viele Analysen voraus. Wir haben Bürgerumfragen durchgeführt und waren in vielen Polizeidienststellen unterwegs, um Probleme und Wünsche zu identifizieren. In unserem Auftrag hat der Lehrstuhl für Oberflächengestaltung der Fachhochschule Potsdam (FHP) zu allererst bewertet, wie unser altes Portal ankommt, was die Nutzer stört, aber auch was es bietet. Es handelt sich um ein hervorragendes inhaltliches Portal, das war ein zentrales Ergebnis der FHP. Aber, die polizeiliche Sprache wird missverstanden. So verbindet der Nutzer mit „Prävention“ eher die Schwangerschaftsverhütung. Wir lächeln, aber das ist eine ganz zentrale Botschaft. Nun soll die Rubrik „Vorbeugen und Schützen“ heißen. Auch polizeiliche Strukturen, nach denen wir die IW inhaltlich gegliedert haben, versteht „draußen“ niemand. Beispiel Waffenschein: Wir wissen, dass die zuständige Stelle, die jeweilige Polizeidirektion ist. Der Bürger aber nicht, die lange Suche nach den richtigen Informationen im Portal ist vorprogrammiert.

Aber diese Feststellung hat nicht drei Jahre in Anspruch genommen?



Norbert Remus: Nein. Nach der Analyse hat die Fachhochschule Potsdam ein neues Layout erstellt. Orientiert an den Ergebnissen der Nutzertests. Mit diesem Layout wurde auch der Webauftritt der FHPol ausgestattet und zudem die Grundlage für die Polizei-Apps gelegt. Es folgte eine halbjährige Ausschreibung der Neustrukturierung. Die Firma Six erhielt den Zuschlag und programmiert nun nach den Vorgaben. Dabei ist die IW aber mehr als die bloße Präsenz der Brandenburger Polizei im Netz. Es hängen im Hintergrund sehr viele Fachanwendungen am Portal, z.B. ComVor, SCOWi, FIS (Kampfmittelfreiheitsbescheinigung).

Eben diese Anwendungen bringen nahezu 30 verschiedene Verfahrensbeeteiligte bei der Neugestaltung mit sich, innerhalb und außerhalb der Polizei. Jede noch so kleine Veränderung hat Auswirkungen auf viele der Beteiligten, ein ungeheurer Abstimmungsbedarf. Das sind Firmen wie die Firma Six Offene Systeme GmbH selbst, aber auch der Hersteller von SCOWi, die Serveradmins im ZIT, der IT-Sicherheitsbeauftragte beim ZDPol, das Polizeiorchester im Präsidium und viele andere mehr.

Gerade läuft der Test des neuen Portals. Wie sieht es aus?

Norbert Remus: Das ist ein weiterer

Grund für die Dauer der Umgestaltung. Wenn Sie ein Haus bauen lassen, dann überprüfen Sie bei der Bauabnahme, ob zum Beispiel die Lichtschalter an der rechten Stelle sind. Wenn man es übertragen will, gehen wir mit dem Lineal durchs Haus und messen jeden Winkel auf den Millimeter genau nach. Das ist bei IT-Projekten immer so, echte Puzzlearbeit. Hinzu kommt, dass zukünftig auch der Facebook-Auftritt des Polizeipräsidiums aus der Internetwache gespeist wird. Bei den beiden Apps unserer Polizei sowie der Kinderwache ist das schon jetzt der Fall. Allerdings mussten diese Anwendungen umständlich an die jetzige Internetwache „angebaut“ werden. Neue Programme mit alten zu verbinden ist sehr schwierig, in etwa so, als würden Sie versuchen den VHS-Player mit ihrem Tablet-PC zu verbinden. Solche Prozeduren sind mit der Neugestaltung auch Vergangenheit, wir können zukünftig viel schneller und unkomplizierter neuer Funktionalitäten zuschalten, z.B. neue Anzeigenformulare, damit wir standardisierte und bessere Anzeigen vom Bürger erhalten.

Wann können wir mit dem Start der neuen Brandenburger Internetwache rechnen?

Norbert Remus: Das Ende ist in Sicht. Ich bin optimistisch, dass wir noch in

diesem Frühjahr an den Start gehen können. Die Behebung vieler sehr kleiner Fehler ist der momentane Zeitfresser. Das fängt schon damit an, dass sich ein Haken auch an der dafür vorgesehenen Stelle setzen lässt und die Eingabefelder an der korrekten Stelle stehen. Und jedes einzelne noch so kleine Feld wird gerade getestet. Wir können und wollen nicht mit einer 80-Prozent-Lösung online gehen.

Herr Remus, vielen Dank für das Gespräch.

*Das Interview führte
info110-Chefredakteurin
Katrin Böhme.*

I Like #PolizeiBB



dia AG – unsere Arbeit auf. So erfolgte im Zuge der Vorbereitung nicht nur die sehr intensive Befassung mit der Gremienarbeit auf dem Gebiet sozialer Netzwerke, insbesondere mit den Bund-Länder-Projektgruppen des Unterausschusses Führung, Einsatz und Kriminalitätsbekämpfung sowie deren Ergebnissen und Beschlüssen, sondern auch die Bereisung anderer Bundesländer zum Zwecke des Erfahrungsaustausches. Unter besonderer Berücksichtigung demografischer Faktoren nutzten wir beispielsweise die Möglichkeit, einen Einblick in die Arbeit unserer Nachbarbundesländer Mecklenburg Vorpommern und Niedersachsen, aber auch Berlin, zu erhalten. Hier zeigte sich, wie vielfältig die Nutzungsmöglichkeiten sozialer Netzwerke für die Polizei sind. Das Bundesland Niedersachsen, als einer der (polizeilichen) Vorreiter, nutzt die eigene Facebook-Fanpage vorrangig zur Öffent-

lichkeitsfahndung und erzielte damit bereits beachtliche Fahndungserfolge. In Mecklenburg-Vorpommern wird neben dem eigenen Facebook-Auftritt erfolgreich ein Twitter-Kanal anlässlich der Fußballspiele des FC Hansa Rostock zur einsatzbegleitenden Kommunikation genutzt. Positive Erfahrungen sammelte auch die Polizei Berlin mit speziellen Twitter-Aktionen wie zum Beispiel #24hPolizei und #12hWache.

Warum soziale Netzwerke?

Das Facebook, Twitter & Co nicht mehr aus unserem Leben wegzudenken sind, ist nicht neu. Mehr denn je leben wir in einer virtuellen Welt. Wir tun gut daran, den „Anschluss nicht zu verpassen“. Denn aus den bereits genannten Erfahrungen anderer Polizeien zeigt sich, dass polizeiliche Themen gefragt sind und Meldungen mitunter tausendfach geteilt werden. Mit zielgruppengerechter Information über aktuelle polizeiliche Themen, Empfehlungen im Bereich der Kriminal- und Verkehrsunfallprävention sowie Hinweisen auf Veranstaltungen der Brandenburger Polizei wollen wir die klassischen Medien ergänzen und die Onlinepräsenz der Polizei Brandenburg um eine weitere Komponente erweitern.

In einem weiteren Schritt ist die Einrichtung eines Twitter Einsatz-Kanals geplant, der temporär zu ausgewählten Einsatzanlässen genutzt werden soll. Neben aktuellen (Service-) Informationen soll der Kanal auch der einsatzbegleitenden Kommunikation dienen.

Das Thema Datenschutz

In datenschutzrechtlicher Hinsicht gilt die Nutzung sozialer Netzwerke durch Behörden als umstritten. Werden Daten auf Seiten in sozialen Netzwerken bereitgestellt, erfolgt regelmäßig eine Übermittlung auf Server im Ausland. Die Verfügungsgewalt über die bereitgestellten Daten wird dem deutschen Hoheitsgebiet entzogen. Aus diesem Grund gilt es, den Vorgaben der Datenschutzbeauftragten auf Bundes- und Landesebene Rechnung zu tragen und die Rechte der Nutzer und die bereitgestellten Informationen besonders zu schützen. In enger Zusammenarbeit mit dem Zentraldienst der Polizei, insbesondere der Landeswebredaktion, wurde die Bereitstellung eines polizei-eigenen Servers zur Speicherung sensibler Daten realisiert.

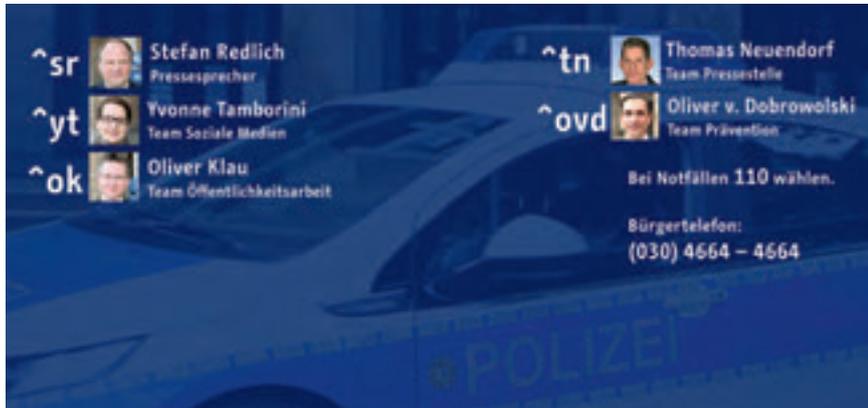
■ ANJA RESMER, STEFANIE NEUMANN

Das Polizeipräsidium plant noch in diesem Quartal mit einer eigenen Fanpage bei Facebook sowie einem Twitter-Dauerkanal in den sozialen Netzwerken zu starten.

Zu diesem Zweck wurde im Frühjahr 2014 die Arbeitsgruppe Social Media AG ins Leben gerufen. Mit dem vorrangigen Ziel die Einsatzmöglichkeiten sowie die Chancen und Risiken der Nutzung sozialer Netzwerke auszuloten, nahmen wir – als Social Me-

Projektgruppe Neue Medien der Polizei Berlin

Social Media im Polizeieinsatz



Die Polizei Berlin bedient sich seit März 2013 des Kurznachrichtendienstes Twitter nicht nur für die Öffentlichkeitsarbeit, sondern auch zur kommunikativen Unterstützung ihrer Maßnahmen in größeren Einsatzlagen.

Die Nutzung internetbasierter sozialer Netzwerke für den Informationsaustausch und die Kontaktpflege ist heutzutage aus dem Leben eines Großteils der Bevölkerung nicht mehr wegzudenken. Während Medien und Wirtschaftsunternehmen, aber auch Polizeien verschiedenster Staaten weltweit bereits seit geraumer Zeit diesem gesellschaftlichen Trend der Kommunikation folgten, hielten sich deutsche Sicherheitsbehörden mit der Nutzung öffentlicher Social Media Angebote zunächst zurück. Unsicherheiten im Umgang mit dem neuen Medium, durch behördliche Abläufe geprägte Kommunikationswege und rechtliche Unklarheiten verhinderten lange einen ungezwungenen Umgang der Behörden mit den Möglichkeiten des Web 2.0.

Viele Chancen der Interaktion mit der Öffentlichkeit blieben dadurch jedoch ungenutzt. Insbesondere die Zielgruppe der jungen Menschen war ohne den Einsatz moderner Kommunikationsmittel zunehmend schwer erreichbar.

In den vergangenen Jahren unterlag allerdings auch die Kommunikation der Polizei mit der Öffentlichkeit einer stetigen Entwicklung. Um das Vertrauen in die Polizei und die Akzeptanz polizeilicher Tätigkeit zu stärken, rückten

Ziele wie Transparenz, Bürgernähe und ein modernes, kompetentes Auftreten zunehmend in den Fokus der Außendarstellung.

Dies hatte bundesweit auch Auswirkungen auf die Form der Interaktion mit dem Bürger. Immer mehr Polizeibehörden in Bund und Ländern sahen die Notwendigkeit, sich dem Informationsverhalten der Bevölkerung anzupassen und nutzen heute soziale Netzwerke für den Kontakt mit der Öffentlichkeit.

Auch die Polizei Berlin ist seit dem Frühjahr 2014 mit Auftritten bei Twitter und in Facebook vertreten. Durch die bei der Behördenleitung angegliederte Projektgruppe Neue Medien wurde im Rahmen einer Machbarkeitsstudie eine Social Media-Strategie erarbeitet, die die Nutzung der sozialen Netzwerke in Ergänzung herkömmlicher Kommunikationswege zu einem wesentlichen Element der polizeilichen Außendarstellung entwickelt.

Mit der Nutzung der Facebook-Fanpage „Polizei Berlin“ sowie des Twitter-Accounts @polizeiberlin werden im Wesentlichen Ziele der Öffentlichkeitsarbeit, der Nachwuchsgewinnung, der Prävention oder auch der Öffentlichkeitsfahndung verfolgt, ebenso wie es inzwischen bei den Auftritten diverser Polizeidienststellen in Deutschland üblich ist.

Durch die Einrichtung eines weiteren, zweiten Accounts beim Kurznachrichtendienst Twitter wurde jedoch ein zusätzliches Nutzungsfeld der sozialen Netzwerke erschlossen, für das in Deutschland bisher nur vereinzelte Er-

fahrungen vorlagen: die einsatzbegleitende Kommunikation.

Im Gegensatz zum Twitter-Dauerkanal „@polizeiberlin“, der durch ein gemischtes, namentlich benanntes Twitter-Team mit einer Mischung aus „weichen“ Informationen und presse- bzw. öffentlichkeitswirksamen Tweets betrieben wird, dient der Einsatzkanal „@PolizeiBerlin_E“ der unmittelbaren Unterstützung bei der Bewältigung konkreter polizeilicher Einsatzlagen.

Während der Dauerkanal als ständiger Account nahezu täglich bedient wird, erfolgt die Nutzung des Einsatzkanals nur temporär bei bestimmten ausgewählten Anlässen und „ruht“ in der übrigen Zeit.

Versammlungen bzw. Aufzüge mit großer Teilnehmerzahl und/oder Störanfälligkeit, große Sportereignisse oder auch sonstige Arten von polizeilich begleiteten Großveranstaltungen stellen mögliche Gelegenheiten für die Nutzung des sozialen Netzwerks in der Einsatzbegleitung dar.

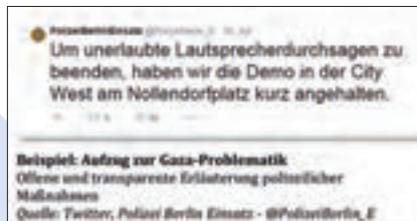
Anfangs kritisch beäugt („Brauchen wir das wirklich?“; „Wir haben doch schon so genug zu tun...“) stellte sich in der praktischen Anwendung schnell der Mehrwert dieses zusätzlichen Sprachrohres in der Einsatzbewältigung dar: Durch die Nutzung eines eigenen Onlinemediums und den mittlerweile hohen Verbreitungs- und Nutzungsgrad von Smartphones und vergleichbaren mobilen Geräten steht der Polizei eine eigene, von anderen Medien unabhängige und vor allen Dingen schnelle Möglichkeit der Informationsverbreitung an einen deutlich vergrößerten Kreis von Adressaten zur Verfügung.

Natürlich erfordert diese zusätzliche Einsatzmaßnahme auch zusätzliche personelle Ressourcen. Die Vorstellung, Twitter könne als „Zugleichaufgabe“ von den eingesetzten Beamten der PÖA bedient werden, erwies sich angesichts der Besonderheiten des Social Web und der unabdingbar erforderlichen Schnelligkeit von Reaktionen in sozialen Netzwerken schnell als unrealistisch. In der Praxis wird diese Aufgabe daher von – abhängig von der Einsatzlage – ein bis drei Mitarbeiter_In-

nen übernommen, die in unmittelbarer Absprache mit der Einsatzleitung sowie koordiniert mit den bewährten Mitteln der einsatzbegleitenden Kommunikation (wie Taktische Lautsprechertrupps, Kommunikationsteams pp.) veranstaltungsbegleitende Tweets mit hohem Informationswert in Echtzeit unmittelbar an die Netzgemeinde übermitteln.

Ein wesentliches Ziel stellt dabei die Herstellung größtmöglicher Transparenz in Bezug auf unsere Einsatzmaßnahmen dar. Die Rolle der Polizei in einem Einsatz ebenso wie die Erforderlichkeit bestimmter polizeilicher Maßnahmen erschließt sich dem außenstehenden Beobachter nicht immer unmittelbar. Durch eine offensive Informationspolitik können Maßnahmen der Einsatzabschnitte sowie Anliegen des Veranstalters transparent gestaltet, kommunikativ unterstützt und damit das Vertrauen in die Institution Polizei gestärkt werden. Links zu weiterführenden Informationen sowie informative Fotos und Grafiken können die jeweiligen Botschaften zusätzlich aktiv unterstützen.

Was dies in der Praxis bedeutet, sollen einige Beispiele aus den bislang betreuten Einsätzen verdeutlichen: Im Rahmen zahlreicher Aufzüge zur Gaza-Problematik im Sommer 2014 wurden durch die Versammlungsbehörde umfassende Auflagen erteilt. Stets stellte sich hier die Herausforderung, solche Auflagen tatsächlich einer größtmöglichen Anzahl von Teilnehmern bekannt zu machen und polizeiliche Maßnahmen bei Auflagenverstößen offen und transparent zu erläutern. Hier konnten durch die Twitter-Nutzung Informationslücken geschlossen und aufkommendes Unverständnis, beispielsweise bei einem kurzfristigen Anhalten eines Aufzuges zur Unterbindung von Verstößen, schnell beseitigt werden.



Noch deutlicher zur Lageberuhigung beitragen konnte der schnelle Einsatz von Twitter bei mehreren Einsätzen im Zusammenhang mit der Flüchtlingslage in Berlin. Polizeiliche Maßnahmen etwa im Umfeld eines besetzten ehemaligen Schulgebäudes führten im Netz schnell zu weit verbreiteten Gerüchten über eine bevorstehende Räumung: durch klarstellende Erläuterungen konnte in mehreren Fällen die bereits begonnene Mobilisierung von Räumungsgegnern und damit eine mögliche Eskalation erfolgreich begrenzt werden.

Aber auch in weniger störanfälligen Lagen erwies sich Twitter als geeigneter Weg zur Einsatzunterstützung: bei der – stets überaus gut gefüllten – Fanmeile zur Fußball-Weltmeisterschaft 2014 am Brandenburger Tor konnten durch gezielte Informationen zum Beispiel zu Einschränkungen im ÖPNV oder zur Auslastung der Örtlichkeiten Besucherströme gezielt gelenkt und damit mögliche kritische Situationen durch eine Überfüllung bereits im Vorfeld vermieden werden.



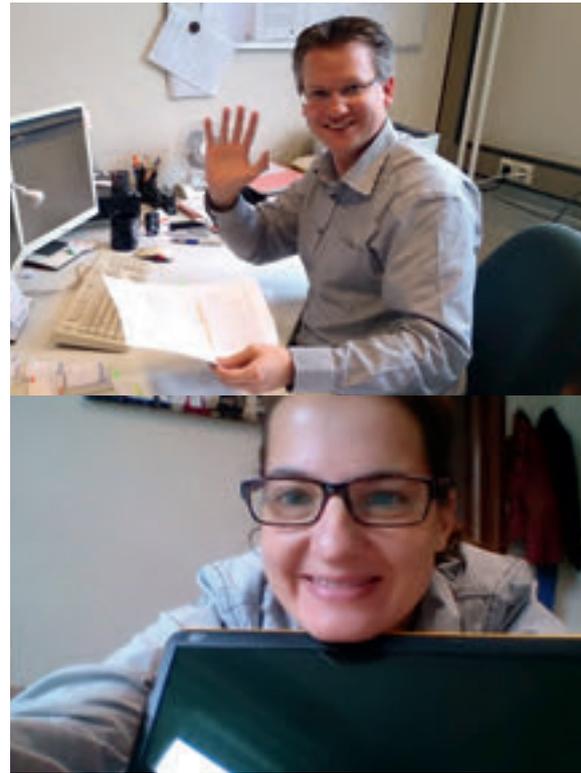
Gerade im Hinblick auf die Möglichkeit ebensolcher sicherheitsrelevanter Vorfälle bietet die Social Media – Nutzung dabei weitere Chancen: Durch die Teilhabe an den Kommunikationsprozessen im mobilen Netz und die Möglichkeit, ein direktes Feedback beispielsweise von Teilnehmern einer Großveranstaltung zu erhalten, wird es ermöglicht, eventuelle Krisenpotentiale schon in einer frühen Phase zu identifizieren. So kann erkannten kritischen Entwicklungen durch kommunikative oder einsatztaktische Maßnahmen bereits frühzeitig entgegengewirkt werden, außerdem steht etwa für den Fall eines Schadensereignisses sofort und ohne weitere Vorbereitungszeit ein direktes Medium zur Durchführung einer Krisenkommunikation zur Verfügung.

Um die Nachrichten der Polizei zu verfolgen ist dabei nicht zwingend ein eigener Twitter-Zugang erforderlich: über die URL https://twitter.com/PolizeiBerlin_E kann jede/r Interessierte unsere Mitteilungen über den Standard-Webbrowser seines Rechners oder Mobilgeräts verfolgen, ohne dass hierfür eine Anmeldung o.ä. erforderlich wäre. Werden hingegen die Nachrichten unter Anwendung eines eige-

nen Accounts genutzt und evtl. noch an die eigenen „Follower“ weitergeleitet (retweetet), so ergibt sich daraus eine zusätzliche erhebliche Vergrößerung der Reichweite unserer Informationen.

Die Rückmeldungen, die die Polizei Berlin bislang zur Nutzung dieses Einsatzmittels erhalten hat, sind nahezu durchweg positiv: Sowohl die Bevölkerung als auch die Medien und interessierte Politiker nehmen den Twitter-Einsatzkanal zwischenzeitlich als etabliertes Einsatzmittel wahr, mit dem es erfolgreich gelingt, mit der Bevölkerung bzw. dem Veranstaltungsbesucher in Verbindung zu treten und zu bleiben, die gefühlte Distanz zwischen Bürger und Polizei wahrnehmbar zu verringern und dadurch zu einem sicheren und friedlichen Ablauf der Veranstaltung beizutragen.

Nicht zuletzt bietet diese Form der Außerdarstellung aber auch die Chance, im alltäglichen Einsatz ein modernes, bürgernahes und serviceorientiertes Bild der Polizei zu zeichnen, so dass die bisherigen Twitter-Einsätze in Berlin mit Sicherheit nicht die letzten bleiben werden ...



*Kriminalrat Oliver Klau,
Gewerbehauptkommissarin
Yvonne Tamborini*



IT-Sicherheit geht alle an

Hacker, Spione und Gefahren aus dem Internet

Seit dem Einzug des Internets und der elektronischen Kommunikation Mitte der 90er Jahre ist IT-Sicherheit ein oft diskutiertes Thema. Der Einsatz von Informationstechnologie ist selbstverständlich geworden: in der Privatwirtschaft, in der öffentlichen Verwaltung und im privaten Bereich. Wir alle nutzen mehr oder weniger intensiv Arbeitsplatzrechner, Datenbanken, Server, Tablets und Smartphones. Dazu gehört auch, dass wir uns mit der Frage der IT-Sicherheit auseinandersetzen.

Hackerangriffe, die z.B. auf Diebstahl von Bankdaten oder das Ausspielen von Zugangsdaten zu IT-Systemen abzielen, sind nur einige Beispiele dafür, dass Bürger, Unternehmen und die öffentliche Verwaltung im Internet realen Gefahren ausgesetzt sind.

Viele Menschen nehmen jedoch an, dass sie sich im eigenen Büro oder zu Hause am Computer sicher fühlen können. Nutzen wir moderne Informations- und Kommunikationstechnologien und damit auch immer häufiger Angebote aus dem Internet, betreten wir einen „virtuellen öffentlichen

Was kann ich tun?

- Nutzen Sie sichere Passwörter und halten Sie diese stets geheim.
- Sperren Sie den Computer beim Verlassen des Arbeitsplatzes.
- Öffnen Sie keine E-Mails und Anhänge von unbekanntem Absender.
- Nutzen Sie nur dienstlich bereitgestellte und regelmäßig auf Schadsoftware geprüfte mobile Datenträger.
- Trennen Sie private und dienstliche Kommunikation strikt voneinander.
- Handeln Sie nach aktuellen Dienst- und Arbeitsanweisungen.
- Achten Sie auf Unbekannte und unberechtigte Personen im Dienstgebäude.

Melden Sie IT-Sicherheitsvorfälle und merkwürdiges Systemverhalten.

Raum“, der sich außerhalb unserer Kontrolle befindet. In dieser Umgebung bewegen sich auch potenzielle Angreifer, die den Bürgern, Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung mit immer neuen Angriffs- und Betrugsszenarien Schaden zufügen.

Eingeschleuste Schadsoftware kann, sofern sie unbemerkt bleibt, Eingaben und Passwörter mitlesen, Daten verändern oder diese vollständig unbrauchbar machen. Gezielte Angriffe können IT-Systeme manipulieren oder zu einem Ausfall der IT-Systeme führen. Es ist möglich, dass bspw. in moderne Geräte eingebaute Kameras und Mikrofone unentdeckt aktiviert werden oder Daten unbemerkt durch Angreifer mitgelesen werden können.

Um das Risiko solcher Angriffe zu verringern, ist IT-Sicherheit immer eine geeignete Kombination aus technischen und organisatorischen Maßnahmen. Dabei muss der Schutz vor Angriffen „von außen“ auf die Infrastruktur, z. B. durch Firewalls oder Virenschutzsoftware beachtet, aber auch neben technischen Maßnahmen der Schutz „von innen“ unterstützt werden.

IT-Sicherheitsmaßnahmen dürfen aus diesem Grund nicht als Ballast oder sinnloser Aufwand betrachtet werden. Neben etablierten polizeilichen IT-Verfahren steigt aufgrund der technologischen Entwicklung die Anzahl multimedialer Dienste und auch die Abhängigkeit polizeilicher Arbeit von optimalen Funktionen dieser Technologien. Manipulierte Geräte, gezielte Angriffe oder der Verlust von Datenbeständen können aufgrund der untereinander vernetzten IT-Systeme Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit und auch das Image der gesamten Polizei haben.

Zum Schutz vor diesen Gefahren sind sensibilisierte Bedienstete im Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien ein wichtiger Beitrag zum Schutz der Verfügbarkeit, Vertraulichkeit und Integrität der bei der Polizei verarbeiteten Daten und Informationen.

Jeder Anwender ist hier persönlich gefordert, seinen Beitrag zum Schutz der Informations- und Kommunikationstechnologien zu leisten. Vergleichbar mit dem Straßenverkehr existieren bei der Polizei technische Schutz-

maßnahmen. Unabhängig davon ist jeder Bedienstete verpflichtet, eigenverantwortlich und vorsichtig zu handeln. Anweisungen und Empfehlungen aus dem IT-Sicherheitsbereich sowie die aktuell gültigen Dienstanweisungen sind einzuhalten, da Angreifer versuchen, aufwendige technische Schutzmaßnahmen durch das gezielte Ausnutzen menschlicher Schwächen zu umgehen.

In einem komplexen Computernetzwerk wie es bei der Polizei betrieben wird, sind bspw. USB-Sticks, Smartphones und Apps, die privat und in einer nicht vernetzten Umgebung täglich genutzt werden, nicht ohne Risiko einsetzbar. Diese dürfen nicht ungeprüft und ohne zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen in der Polizei eingesetzt werden. Der Grund hierfür liegt darin, dass aktuelle Angebote für den privaten Markt konzipiert wurden und von den Herstellern ohne zusätzliche Schutzmaßnahmen für komplexe Netzwerkumgebungen, wie bspw. der Verschlüsselung der Daten, dem Passwortschutz und aktueller Antivirensoftware, ausgeliefert werden.

Die Polizei Brandenburg orientiert sich bei der Umsetzung aller IT-Sicherheitsmaßnahmen an den Standards des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik. Ebenso werden Vorgaben des Landes Brandenburg aus dem IT-Bereich sowie konkrete polizeiliche Vorschriften der Polizeien des Bundes und der Länder mit dem Ziel umgesetzt, die Aufrechterhaltung des geregelten polizeilichen IT-Betriebes zu gewährleisten.

Wirksam können auch Sie das Risiko eines größeren Schadens verringern, wenn Sie gut informiert mit der polizeilichen Technik umgehen, einschlägige gesetzliche Regelungen, Anweisungen und Vorschriften kennen, sich im Arbeitsalltag umsichtig verhalten und besondere Auffälligkeiten und Vorkommnisse melden.

Das IT-Sicherheitsmanagement der Polizei Brandenburg ist Ihr kompetenter Ansprechpartner und berät gerne bei weiteren Fragen.

■ TONI SEIFERT
IT-SICHERHEITSMANAGER DER POLIZEI
BRANDENBURG, MIK, REFERAT 46

Wichtige Begriffe

Informationssicherheit:

Wahrung der Vertraulichkeit, Unversehrtheit/ Integrität und Verfügbarkeit von Informationen (auch nicht elektronische).

IT-Sicherheit: Umfasst die Sicherheit der IT-Systeme und darin gespeicherter Daten und Informationen.

Verfügbarkeit: Die Eigenschaft von Informationen, bei Bedarf für eine autorisierte Person zugänglich und nutzbar zu sein.

Vertraulichkeit: Der Schutz der Eigenschaft von Informationen, dass diese nur autorisierten natürlichen oder juristischen Personen oder Prozessen zugänglich oder bekannt gemacht werden.

Integrität: Die Eigenschaft, die Genauigkeit, Vollständigkeit und Glaubwürdigkeit von Vermögenswerten (Informationen) sicherstellt. Darüber hinaus bedeutet Integrität die Richtigkeit und Vollständigkeit von Information.



Erheben vor Bewerten

Evaluierungsuntersuchungen in vollem Gange



Dr. Herbert Trimbach, Abteilungsleiter 4 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Polizei, Ordnungsrecht, Brand- und Katastrophenschutz

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Brandenburger Polizei,

die Polizei des Landes Brandenburg war und ist eine leistungsfähige Organisation. Sie stellen dies täglich unter Beweis und nehmen unter hohem persönlichem Einsatz die Ihnen übertragenen Aufgaben wahr. Und ich sage dies ganz besonders in dem Bewusstsein, dass sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auch in der aktuell angespannten Sicherheitslage in Deutschland und Europa auf Sie ohne Abstriche verlassen können.

Auch wenn die mit der Polizeistrukturreform 2010/2011 gebildete Organisation die an sie gestellten Anforderungen erfüllt, werden wir sie dennoch, wie seit langem geplant, evaluieren. Unser Ziel ist es festzustellen, ob und an welchen Stellen sich die neuen Strukturen bewährt haben - aber auch, ob und wie wir gegebenenfalls nachbessern müssen. Wie Sie alle wissen, haben die Regierungsparteien bereits im Koalitionsvertrag Anpassungen beschlossen. Ich darf insbesondere auf die Stellenanhebung auf „7.800 Beamte plus x“ verweisen.

Voraussetzung ist eine gründliche Evaluierung, eine professionelle Untersuchung, ein strukturierter „Soll-Ist-Abgleich“. Die erforderlichen Voraussetzungen hierfür sind geschaffen. Das Polizeipräsidium ist nunmehr beauftragt, die nun folgenden Schritte der Evaluierung durchzuführen und bis Ende März dieses Jahres einen ersten Berichtsentwurf zu den Ergebnissen der Untersuchung vorzulegen. Die Arbeit der Facharbeitsgruppen der Evaluierungsorganisation, besetzt mit erfahrenen Führungskräften und Experten aus vielen dienstlichen Bereichen, hat begonnen und soll Ihnen auf den nächsten Seiten im Einzelnen dargestellt werden.

Alle relevanten polizeilichen Aufgabenfelder wie der Einsatzbereich, Verkehr und Wasserschutz sowie die Kriminalitätsbekämpfung werden in die Untersuchung einbezogen. Neben umfangreichen Dokumenten- und Statistikanalysen werden zielgerichtete Expertenbefragungen und themenbezogene Workshops durchgeführt, in denen Führungskräfte und Sachbearbeiter ihre Erfahrungen einbringen werden. Besonders wichtig ist mir die Einbeziehung sowohl der Gewerkschaften und Berufsvertretungen, als auch der Personalvertretungen und Beauftragten und dies auf allen Ebenen. Damit ist sichergestellt, dass nichts übersehen wird und wir gemeinsam entscheiden können, ob und wie wir unsere Polizei in Teilen weiter optimieren wollen.

Ich freue mich auch diesbezüglich auf die weitere gemeinsame Arbeit.

*Ihr Dr. Herbert Trimbach,
Vorsitzender Lenkungsausschuss Evaluierung der Polizeistrukturreform
„Polizei Brandenburg 2020“*



Aktuelle Informationen zum fortlaufenden Evaluierungsprozess finden Sie auch im Intranet auf den Seiten des Polizeipräsidiums

*Besprechung des Lenkungsausschusses:
Dr. Herbert Trimbach und Klaus Küppers*

Benennen – Befragen – Bewerten

Arbeitsgruppen untersuchen Reform Ist-Stand

AG 1

Organisation/Themen

Die Arbeitsgruppe „Organisation/Themen“ unter Leitung des Direktionsleiters Bernd Halle hat zwei wesentliche Aufgabenschwerpunkte innerhalb der Evaluierungsorganisation zu erfüllen. Zum einen gibt es den Bereich „Querschnitt“, der die umfangreichen Koordinierungs- und Steuerungsaufgaben, die mit der Übertragung der Prozess- und Ergebnisverantwortung auf das Polizeipräsidium verbunden sind, wahrnimmt und zum anderen den Bereich „Themen“, der sich mit der Untersuchung von Organisationsfragen beschäftigt. Die Aufgabenabgrenzung im Geschäftsverteilungsplan, das Zusammenwirken zwischen den Stäben und den Führungsdiensten bis hin zur Organisation und Tätigkeit der Polizeibeamteten sind Themenbeispiele, die hier untersucht werden. Um dies auch valide untersuchen zu können, werden alle wesentlichen Dokumente analysiert und Verwaltungsanfragen zu speziellen Themenbereichen durchgeführt. Im nächsten Prozessschritt gilt es die dadurch gewonnenen Erkenntnisse zu analysieren, zu bewerten und entsprechende Schlussfolgerungen mit Vorschlägen zu formulieren.

Die Koordinierungs- und Steuerungsaufgaben nehmen einen Großteil der täglichen Arbeit im Bereich „Querschnitt“ ein. So sind nicht nur Termine und Aufgaben mit den anderen Arbeitsgruppen abzustimmen, sondern die gesamte Planung und Durchführung des Evaluierungsprozesses muss inhaltlich abgestimmt sein. Hierzu arbeitet die AG 1 eng mit dem „Büro, Beratung und Strategie“ des Leitungsbereiches des Polizeipräsidioms und dem Bereich „Soziale Kompetenztrainings“ der Fachhochschule zusammen und kann auf entsprechendes Wissen und Erfahrung hinsichtlich der wissenschaftlich fundierten Methodik und Planung von solchen Untersuchungsprozessen zurückgreifen.

Und dann ist ja noch der Entwurf des Evaluierungsberichtes zu erstellen, in dem sich die Evaluierungserhebungen und Optimierungsvorschläge der Arbeitsgruppen wiederfinden werden. Auch dies gehört zu den Aufgaben des Bereiches „Querschnitt“.

AG 2

Einsatzangelegenheiten und Wasserschutz

Die Arbeitsgruppe „Einsatzangelegenheiten und Wasserschutz“ unter der Leitung von Direktionsleiter Peter Meyritz unter Leitung von Direktionsleiter Peter Meyritz ist in themenbezogene Unterarbeitsgruppen gegliedert, die sich insbesondere mit dem Wach- und Wechseldienst, der Revierpolizei, dem Einsatzlagezentrum und der Wasserschutzpolizei befassen. Aber auch die Bereitschaftspolizei, Spezialeinheiten und Spezialkräfte, der Bereich der polizeilichen Sonderlagen (BAO-Lagen) und das Diensthundewesen stehen auf dem Prüfstand. Aus nahezu allen Bereichen der Landespolizei wirken fachkundige und erfahrene „Experten“ in den fachspezifischen Unterarbeitsgruppen mit. Um diese umfangreichen Themen auch vernünftig untersuchen zu können, sind – neben den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, die im Nebenamt mit diesen Untersuchungsfeldern befasst sind - insgesamt 14 Be-

amte der AG 2 hauptamtlich für die Evaluierung von ihren bisherigen Aufgaben freigestellt. Nur so kann eine ausgewogene und fachlich fundierte Bewertung der Polizeistrukturreform „Polizei Brandenburg 2020“ im Zuge der Evaluierung stattfinden. In den kommenden Wochen wird sich die AG 2 in vielen Expertenbefragungen sowie Kleingruppendiskussionen mit den Kolleginnen und Kollegen aus zahlreichen Dienststellen und ihren unterschiedlichen Funktionen mit der aktuellen Polizeistruktur befassen.

AG 3

Kriminalitätsangelegenheiten

Unter Verantwortung des Leiters des Landeskriminalamtes, Herrn Dirk Volkland, befassen sich die Mitglieder der AG 3 mit allen reformrelevanten Themen im Bereich der Kriminalitätsangelegenheiten. Schwerpunkt war zunächst die Identifizierung von Themenbereichen und Handlungsfeldern. Diese wurden in einem zweiten Schritt mit konkreten Fragestellungen unterlegt. Im Ergebnis dieses Prozesses wurden 14 Themenfelder mit 61 Fragestellungen konkretisiert. Die Themen reichen von „A“ wie Aufgaben der Kriminalpolizei bis „Z“ wie ZENTRAB.

Um alle Themenfelder der Kriminalitätsbekämpfung abzudecken, hat sich



Mitglieder der Arbeitsgruppe 2 bei der Beratung



Mitglieder der Arbeitsgruppe 3 bei der Beratung im LKA

die AG 3 breit aufgestellt. In ihr wirken Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedenster Organisationsbereiche der Kriminalpolizei (MIK, FHPol, FD BD, K Dir, KKI und LKA), der Personal- und Berufsvertretungen sowie der Beauftragten mit. Darüber hinaus ist Herr Wilfried Lehmann von der Generalstaatsanwaltschaft Brandenburg Mitglied der Arbeitsgruppe, um relevante Aspekte der Zusammenarbeit aus Sicht der Staatsanwaltschaft einfließen zu lassen.

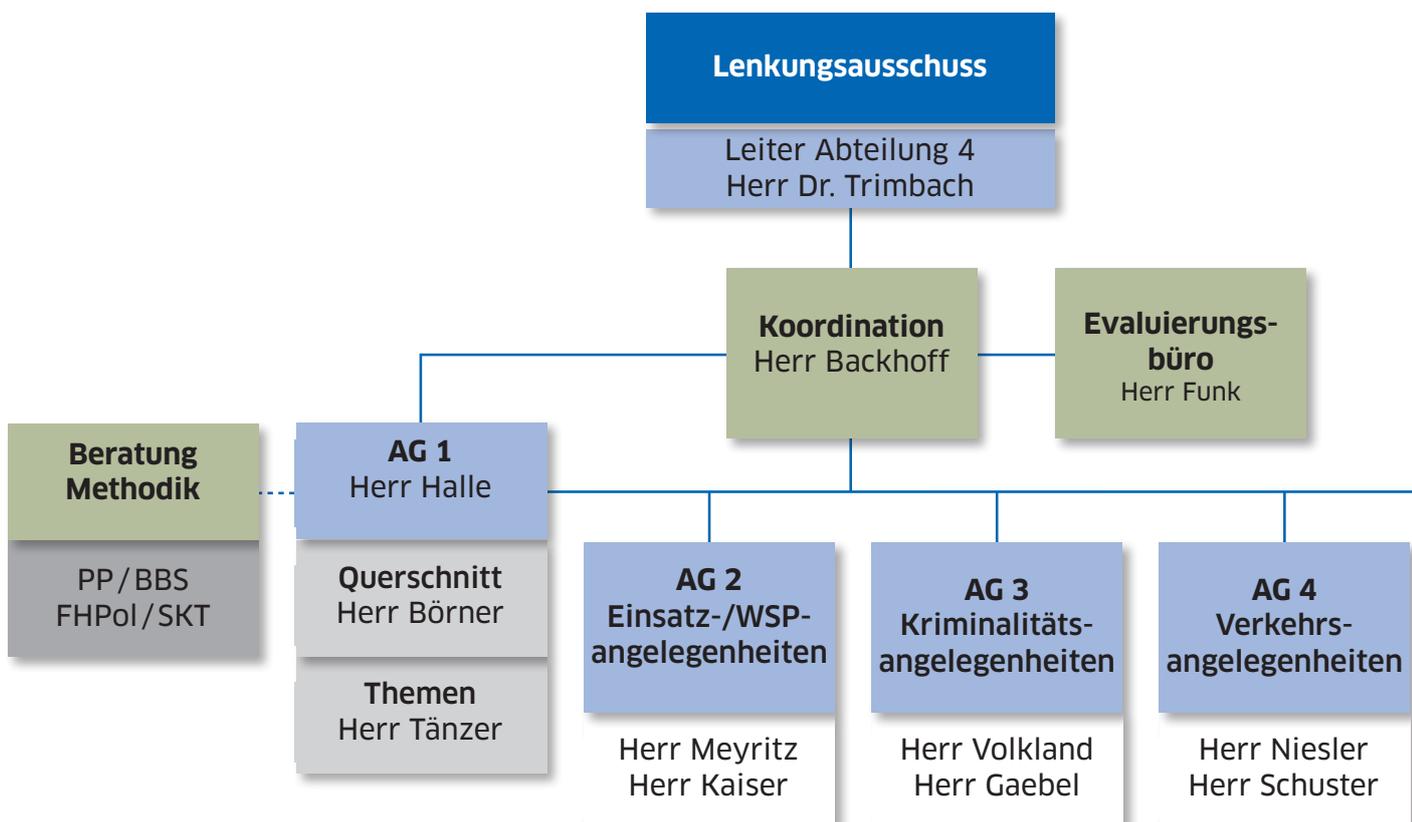
Nunmehr startete die Phase der Erhebung durch Einbeziehung der gesamten Organisation. Neben den bereits begonnenen Verwaltungsanfragen und Expertenbefragungen zu Themen der Kriminalitätsbekämpfung führt die AG 3 darüber

hinaus auch Workshops zu den Themen KKI, Prävention und belastungsbezogene Kräfteverteilung in der Kriminalpolizei durch. Um auch auf zukünftige Entwicklungen im Kriminalitätsgeschehen angemessen reagieren zu können und entsprechend gut vorbereitet zu sein, ist eine „Zukunftswerkstatt“ durch die AG 3 konzeptionell vorbereitet. In dieser werden Annahmen der Kriminalitätsentwicklung unter Beachtung aktueller Trends und Handlungserfordernissen in den kriminalstrategischen Schwerpunktgebieten PMK, grenzüberschreitende Kriminalität, Wirtschaftskriminalität/Korruption und Cybercrime vorgenommen, um mit geschärftem Blick „vor die Lage zu kommen“.

AG 4

Verkehrsangelegenheiten

In der Arbeitsgruppe 4 unter Leitung von Ingolf Niesler beschäftigen sich die Verkehrsexperten mit reformbedingten Fragen rund um die Verkehrspolizei und Verkehrssicherheitsarbeit. Die Kollegen der AG 3 kommen aus allen verkehrsrelevanten Polizeibereichen, angefangen vom Ministerium, den Leitungsstäben des Polizeipräsidiums und Direktionen, den Spezialisten der SüGru und dem Wach- und Wechseldienst auf und neben der Autobahn. Auch hierbei werden wir durch Vertreter der Berufs- und Personalvertretungen unterstützt.



Ein umfassender Abgleich des geplanten Zustandes mit dem, was wir derzeit in der Organisation vorfinden, gerade mit Blick auf die Umsetzung reformbedingter Strukturänderungen im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit, stellt den wesentlichen Arbeitsschwerpunkt in der AG 4 dar. Dabei stehen die grundlegenden Fragestellungen rund um die zukünftige Sicherstellung der Verkehrssicherheitsarbeit im Fokus. Das bedeutet, dass wir uns insbesondere mit der Organisation der Verkehrspolizei in Workshops beschäftigen wollen. Relevante Themen wie Führungsprozesse, Autobahnpolizei, Krad- und Eskortendienst, aber auch die Qualitätssicherung bei der Verkehrsunfallaufnahme, im Zusammenhang mit Euska und der anschließenden Sachbearbeitung werden dabei behandelt, um auch zukünftig gut gerüstet zu sein.

AG 5

Personalangelegenheiten

Fünf Frauen, sieben Männer, davon sieben Polizeivollzugsbeamte, vier Verwaltungsbeamte und ein Beschäftigter aus verschiedenen Dienststellen der Polizei Brandenburg in der Spannweite vom zuständigen Personalreferat im Ministerium des Innern und für Kommunales bis zum Führungsdienst der Polizeiinspektion Teltow-Fläming sowie aus den Personal- und Berufsvertretungen - das ist das Kernteam der Arbeitsgruppe 5 „Personal“, die von Frau Anja Germer geleitet wird.

Wir leisten einen wichtigen Beitrag zur „Evaluierung der Polizeistrukturreform“, aber erfinden die Polizei Brandenburg und ihre Personalbemessung nicht neu.

In den bislang stattgefundenen Arbeitsgruppen-Sitzungen wurden Statistiken erhoben, Kennzahlen operationalisiert und die Fragestellungen für die Evaluierungsskizze konkretisiert. In enger Abstimmung mit den anderen Arbeitsgruppen ist es nun an uns festzustellen, ob sich die im Jahr 2011 zugrunde gelegten Bemessungsmethoden für die Anzahl der Dienstposten bewährt haben, ob die getroffenen Annahmen eingetreten sind und welche Auswirkungen die von den jeweils zuständigen Arbeitsgruppen erarbeiteten Prognosen und Ergebnisse auf die Anzahl der Dienstposten haben. Auch beschäftigen wir uns mit den Erfolgsfaktoren „Arbeitsortflexibilisierung“, „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, „Personalinformationssystem“, „Gesundheitsmanagement“ und „Personalentwicklung“.

Wir, die Arbeitsgruppe 5 „Personal“, sehen uns gut gerüstet für den entscheidenden Etappen-Abschnitt der Evaluierung, der nun vor uns liegt.

AG 6

Logistik

Die von Frau Simona Heinrich geleitete Arbeitsgruppe „Logistik“ untersucht vor allem ausgewählte Aspekte der Umsetzung des Liegenschaftskonzeptes und der Ausstattung mit Führungs- und Einsatzmitteln. Hierbei werden wir insbesondere die Annahmen für die Entwicklung bis 2020, die entsprechend formulierten Erfolgsfaktoren und Rahmenbedingungen genauso unter die Lupe nehmen wie die Umsetzung politischer und strategischer Ansätze. Um diese Aufgabe zu bewältigen zu können, haben die Mitglieder der Arbeitsgruppe ein entsprechendes Evaluierungskonzept erstellt und die erforderlichen Evaluierungsthemen und zentralen Fragestellungen erörtert und formuliert. Derzeit werden die erforderlichen Erhebungen für die folgenden Themen - die Bestandteil der Polizeistrukturreform waren - durchgeführt: Erfolgsfaktor Technik: Bargeldloser Zahlungsverkehr, Nutzung des elektronischen Dienstausweises, Bearbeitung der Reisekosten durch die ZBB;

Liegenschaften: Stand der Umsetzung des Liegenschaftskonzeptes, flexible Gestaltung der Liegenschaften und Führungs- und Einsatzmittel der Polizei: Auswirkungen der Reform auf den Fahrzeugbestand und grundlegende Führungs- und Einsatzmittel.

■ MATHIAS FUNK,
BÜRO EVALUIERUNG

Professionelles methodisches Vorgehen

Angesichts der kurzen Zeitspanne für die Durchführung der Evaluierung ist ein professionelles methodisches Vorgehen bei der Erhebung der relevanten Daten von besonderer Bedeutung. Daher wird der Evaluierungsprozess durch eine kompetente methodische Beratung seitens der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg, vordergründig durch den Bereich Soziale Kompetenztrainings (SKT) unter Leitung des Diplom-Psychologen Herrn Mario Gruschinske begleitet. Die in der Evaluierung angewandten Erhebungsmethoden wie Dokumentenanalyse, Fragebögen und Kleingruppendiskussionen entsprechen den Qualitätsstandards der empirischen Sozialforschung, wodurch ein aussagekräftiges und valides Ergebnis sichergestellt werden kann. Ferner sind die einzelnen Methoden aufeinander aufbauend und untereinander abgestimmt, so dass das Erhebungsinstrumentarium in sich schlüssig und nachvollziehbar ist. Für die Durchführung der Kleingruppendiskussionen stehen Trainer des Bereiches SKT als Moderatoren zur Verfügung. Unter Anwendung der Workshop-Methode können die Diskussionsergebnisse so ausgewertet und aufbereitet werden, dass die zentralen Ergebnisse für alle nachvollziehbar festgehalten werden und in den Evaluationsbericht Eingang finden können.

■ MARIO GRUSCHINSKE,
FHPOL BRANDENBURG

AG 5
Personal

Frau Germer
Herr Ewert

AG 6
Logistik

Frau Heinrich
Herr Brockhaus

Sozialkompetenz-Entwicklung (SKE)

Ein Projekt zur Neuausrichtung der verhaltensorientierten Weiterbildung

Die Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg (FHPol) geht als Bildungsdienstleister für die Polizei Brandenburg mit der Zeit und hat sich deshalb die Neuausrichtung der verhaltensorientierten Weiterbildung als erklärtes Ziel gesetzt. Gesagt, getan: In Folge der intensiven Arbeit in der FHPol internen Arbeitsgruppe „verhaltensorientierte Weiterbildung“ entstand ein Eckpunktepapier, das neben fachlich-inhaltlichen und didaktisch-methodischen Empfehlungen die Gründung eines neuen Bereiches vorschlug, mit dem die Neuausrichtung verhaltensorientierter Trainings- und Beratungsmaßnahmen umgesetzt und mit Leben erfüllt werden soll. So wurde am 1. August 2014 der Bereich Soziale Kompetenztrainings (SKT), angesiedelt in der Weiterbildung der FHPol, unter der Leitung des Diplom-Psychologen Mario Gruschinske gegründet. Dieser wurde vom Präsidenten der FHPol, Herrn Rainer Grieger, auch mit der Leitung des Projektes Sozialkompetenz-Entwicklung (SKE) betraut. Das Hauptziel von SKE ist die Organisation und inhaltliche Konzeption eben des Bereiches SKT.

Die Aufgabe

Die Aufgabe des Projektes SKE besteht darin, den Bereich SKT mit einer wirksamen und auf lange Sicht tragfähigen Aufbau- und Ablauforganisation auszustatten. Dabei ist besonders wichtig, dass für die anspruchsvollen Arbeitsaufgaben des Bereiches kompetentes, qualifiziertes und motiviertes Personal zur Verfügung steht. Mit qualifiziertem Personal alleine ist es aber nicht getan. Inhaltliches Herzstück der Sozialkompetenz-Entwicklung wird ein fachlich fundiertes Konzept sein, das sich in das Gesamtkonzept des lebenslangen Lernens in der beruflichen Bildung der Brandenburger Polizei einordnet und Veränderungen in der Organisation so zeitnah wie möglich berücksichtigt.

Das Ziel

Was steht am Ende, wenn die Aufgabe erfolgreich erledigt ist? Der Projektauftrag beantwortet diese Frage eindeutig und verweist auf Teilziele, auf die alle Projektbeteiligten mit viel Elan und hoher Motivation zielstrebig hinarbeiten. Die wichtigsten Teilziele sind:

- Berücksichtigung aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie konsequente Praxis- und Bedarfsorientierung unter besonderer Berücksichtigung der Organisationsentwicklung der Brandenburger Polizei

- kontinuierliche Evaluation von Weiterbildungsmaßnahmen, fachlich-inhaltliche und didaktisch-methodische Weiterentwicklung, kontinuierliche und konsequente Qualitätssicherung
- Ganzheitliches Konzept anhand einer Kombination von Präsenzveranstaltungen mit arbeitsintegrierten Lernformen („on the job“ und „off the job“)
- Harmonisierung der Inhalte der ehemaligen Bereiche Verhaltenstraining/Kommunikation, Selbstmanagement und Führungskräfte training
- Flexibilität der Sozialkompetenz-Entwicklung, die der hochdynamischen Anforderungs- und Bedarfssituation in der Polizei Brandenburg gerecht wird
- hohe Beratungs- und Trainingskompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereiches SKT.

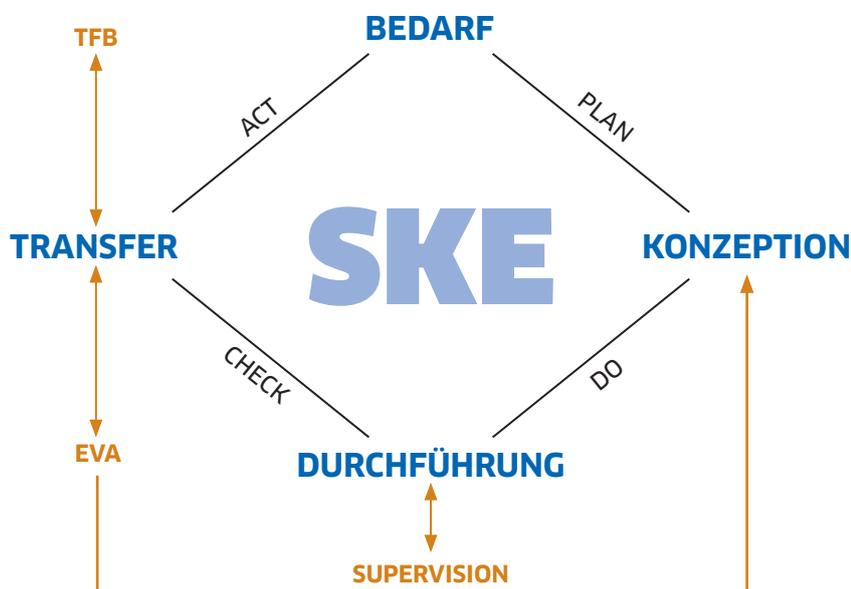
Das Team

Das Projekt Sozialkompetenz-Entwicklung verfügt über ein starkes Team (siehe Abbildung 1), das aus den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ehemaligen Bereiche Führungskräftequalifizierung (FKQ), Selbstmanagement am Arbeitsplatz (SMA) und Verhaltenstraining und Kommunikation (VTK) besteht sowie aus dem Leiter Herrn Gruschinske. Alle Teammitglieder verbindet derselbe Auftrag: Sie stellen ihre Trainer- und Beraterqualifikationen in den Dienst einer wirksamen Entwicklung sozialer Kompetenzen für die Bediensteten der Polizei Brandenburg.

Da steckt Qualität drin

Qualitätsmanagement ist keine neue Erfindung und nicht immer findet es in gelebter Form statt, wo davon innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes die Rede ist. Die oben genannten Ziele können nur mit einer konsequent betriebenen Sicherung hoher Qualitätsstandards erreicht werden. Deswegen schreibt der Bereich SKT Qualität groß und orientiert sich dabei am sogenannten Deming-Kreis des qualitätsorientierten Managements (Abb. links).

Zunächst wird der konkrete Weiterbildungsbedarf in enger Abstimmung mit den Polizeidienststellen ermittelt.



Dies wird künftig durch eine fundierte und kundenorientierte Auftragsklärung erfolgen. Nach diesem Schritt erfolgt die Konzeption der Maßnahme, die im Anschluss durchgeführt, damit aber nicht ihr Ende findet. Nach jeder durchgeführten Maßnahme ist eine Evaluation (EVA) der Wirksamkeit im Praxisalltag vorgesehen, verbunden mit Angeboten zur Reflexion der erlernten Kompetenzen im unmittelbaren Arbeitsumfeld. Durch eine professionelle Praxis- oder Transferbegleitung (TFB) können weitere erforderliche Weiterbildungsbedarfe erkannt und angeboten werden.

Unsere Angebote für unsere Polizei

Im Rahmen einer Pilotphase des Projektes SKE werden in verschiedenen Polizeidienststellen des Landes in Abstimmung mit dem Polizeipräsidentium mehrere Angebote auf dem Feld der Sozialkompetenz-Entwicklung in den nächsten Wochen und Monaten erprobt. Im Folgenden findet sich ein kurzer Überblick über die Ziele, den Teilnehmerkreis, die Dauer und die räumlichen Bedingungen einiger ausgewählter Pilotmaßnahmen.

„Richtungsworkshops“

Die Richtungsworkshops dienen vordergründig der professionell angeleiteten Reflexion der eigenen Arbeit und insbesondere der Teamarbeit vor dem Hintergrund neuer organisationaler oder struktureller Gegebenheiten, die ggf. ein Umdenken hinsichtlich benötigter Kompetenzen erforderlich machen. Die Teilnehmer werden befähigt, nachhaltig wirksame Kompetenzen für den Umgang mit neuen Herausforderungen zu erwerben. Zielgruppe sind vor allem Führungskräfte, deren Arbeitsumfeld eine Veränderung erfahren hat. Die Maßnahme besteht aus 2 Tagen Präsenzveranstaltung und aus arbeitsintegrierten Lernformen. Der Workshop kann in einem geeigneten Raum in der Dienststelle oder aber in Seminarräumen eines Weiterbildungszentrums (WBZ) oder der FHPol erfolgen.

Teambildung am Teamtag

Der Teamtag eignet sich optimal für eine professionell begleitete und angeleitete Stabilisierung oder Verbesserung von Beziehungen in bestehenden Teams. Zielgruppe sind alle Bediensteten eines festen Teams inklusive Teamleitung. Die Teambildungsmaßnahme kann örtlich flexibel stattfinden.

Teamentwicklung für Dienstgruppenleiter

Ziel ist die Bildung eines DGL-Führungsteams mit einheitlich und gemeinsam vereinbarten Führungs- und Teamstandards. Die Maßnahme richtet sich jeweils an die Dienstgruppenleiter einer Polizeiinspektion. Sie dauert insgesamt drei Tage und beinhaltet arbeitsintegrierte Lernformen. Zur Durchführung eignen sich passende Räumlichkeiten in den Dienststellen oder Seminarräume der WBZ bzw. der FHPol.

1-Tagesmaßnahme Umgang mit Konflikten

Das 1-Tagestraining sensibilisiert die Teilnehmer im Umgang mit Konflikten in der eigenen Organisation. Neben Konfliktinterventions-Kompetenzen wird vor allem auch die Fähigkeit zur Erkennung von Konflikten geschult. Zielgruppe sind alle Bediensteten und insbesondere Führungskräfte. Zur Vorbereitung werden arbeitsintegrierte Lernformen angewendet. Die Durchführung kann auch hier in der Dienststelle, im WBZ oder an der FHPol stattfinden.

Erste-Hilfe-Kurs Konfliktmanagement

Neben der Sensibilisierung für verschiedene Konfliktformen werden einige ausgewählte Kompetenzen zur Konflikterkennung und -Intervention vermittelt. Die Maßnahme richtet sich an alle Bediensteten, dauert einen halben Tag (4 Stunden) und kann auch in der Dienststelle, im WBZ oder an der FHPol stattfinden.

Individuelle Führungs- kräfteberatung zu Mitarbeitergesprächsführung

In einer professionellen Face-to-face-Beratung können Führungskräfte des gehobenen Dienstes in einem geschützten Raum über ihre Gesprächsführungskompetenzen reflektieren und diese nachhaltig wirksam verbessern. Dieses Beratungsangebot ist räumlich flexibel gestaltbar und umfasst fünf Beratungstermine von je 90 bis 120 Minuten.

Für alle Maßnahmen gilt, dass die inhaltlichen Schwerpunkte und Methoden nicht pauschal für alle Bedarfsträger gleich angewandt werden, sondern eine individuelle Auftragsklärung zwischen der jeweiligen Dienststelle und den Mitarbeitern des Bereiches SKT er-



Mario Gruschinske

hat Psychologie mit den Schwerpunkten Arbeits- und Organisationspsychologie sowie Polizei- und Rechtspsychologie an der Universität Bremen studiert. Neben mehreren Lehraufträgen auf dem Gebiet der Rechts- und Polizeipsychologie an der Universität Bremen, der Hochschule Bremerhaven und der FHPol war er von 2011 bis Juli 2014 wissenschaftlicher Mitarbeiter im organisationswissenschaftlichen EU-Forschungsprojekt COMPOSITE an der FHPol. In der Erwachsenenbildung, vordergründig im öffentlichen Dienst, hat er Erfahrungen als Berater, Referent und Trainer gesammelt. Schon während des Studiums stand eine enge Zusammenarbeit mit verschiedenen Polizeibehörden im Vordergrund, um nicht nur zu forschen, sondern psychologische Erkenntnisse für die Polizei nutzbar zu machen.

Kontakt:
mario.gruschinske@polizei.brandenburg.de
oder 07-641-2430

folgt, aus der ein „maßgeschneidertes“ Konzept abgeleitet wird.

Nach Vorliegen des Projektberichtes und Beratung mit dem Hauptbedarfsträger Polizeipräsidentium, aber auch mit dem Zentraldienst der Polizei wird das Projekt nach Entscheidung von Präsident Rainer Grieger in enger Abstimmung mit dem Ministerium des Innern und für Kommunales in die entscheidende Umsetzungsphase gehen. Dies wird im Interesse der Kunden der FHPol noch im ersten Halbjahr 2015 geschehen, sodass der neue Bereich Soziale Kompetenztrainings sodann voll an den Start geht. Wir alle dürfen uns dann auf die oben dargestellten Angebote von SKT freuen, die schon bald für alle interessierten Dienststellen zugänglich sein werden.

■ MARIO GRUSCHINSKE,
FHPOL BRANDENBURG

Spende **Blut**

Blutspenden sind freiwillig. Blutproben nach Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr nicht immer. Doch in fast allen Fällen gelingt es Josephin Brötzmann (32) und Matthias Baitz (36) bei ihren Kontrollen den erwischten Autofahrern die Situation so vernünftig zu erklären, dass sie freiwillig die Probe abgeben.

Es gibt natürlich auch solche, die versuchen die Probe hinauszuzögern“, sagt Baitz, „aber am Ende bekommen wir die Probe immer - dann sagt halt der Richter, dass es sein muss.“ Eine ziemlich pragmatische Sicht, die aber auch die Erfahrung mit den Verkehrsdelikten zeigt.

Doch ehe es zur Blutprobe kommt, steht noch eine ganze Menge Arbeit bevor. Es ist 12:00 Uhr, Donnerstagmittag. Dienstbeginn für Polizeioberkommissarin Josi Brötzmann und Polizeiobermeister Matthias Baitz. In der Polizeiinspektion (PI) Potsdam sind die beiden heute einmal wieder in einer Sonderschicht als sogenannter Drogenwagen eingeteilt. Das Wetter birgt keine guten Voraussetzungen für die kommenden 12 Stunden.

„Ich sag dir, der Regen lässt viele heute zu Hause bleiben“, sagt die erfahrene Polizistin zu ihrem Streifenpartner. Der nickt nur ab. Auch er weiß, bei schönem Wetter sind mehr Leute unterwegs und die Chance bei ihren Kontrollen einen Treffer zu landen ist größer.

Seit Sommer 2014 fahren die Beiden unregelmäßig diese Sonderschichten, abhängig ist das von der Anzahl der für den Dienst geplanten Kollegen. Man kann zweifelsohne sagen, dass sie wissen wovon sie sprechen. Alleine das Duo Baitz/Brötzmann hat im Jahr 2014 insgesamt 111 Feststellungen gehabt. Davon waren knapp die Hälfte, nämlich 54, reine Drogendelikte. Eine erstaunliche Zahl, wenn man bedenkt, dass für die gesamte PI Potsdam im Jahr 2014 insgesamt 68 Drogen- und 572 Alkoholfahrten festgestellt wurden. „So eine spezialisierte Streife, die auch die Zeit für solche Kontrollen hat, ist aus meiner Sicht immer sinnvoll“, sagt Baitz, „oft bleibt im Einsatzgeschehen keine Zeit dafür“. Nicht alle ihrer 54 Drogenfeststellungen hatten sie in den

Sonderschichten. Aber immerhin 20 Drogen- und 10 Alkoholfahren in insgesamt 15 Diensten.

Erfolg kann man auch erzwingen

Dass Alkohol- und Betäubungsmittelstraftaten im Straßenverkehr Kontrolldelikte sind, weiß eigentlich jeder. Darum ist es immer ein schönes Zahlenspiel wenn behauptet wird die Vergleichen sind im Verhältnis zum Vorjahr gesunken. Wie sehr die statistischen Zahlen von den Kontrollen abhängen zeigen die Ergebnisse des „Drogenwagens“. Die hohe Erfolgsquote der beiden Beamten kommt nicht von ungefähr. „Wir versuchen so lange wie möglich draußen zu sein und durch viele Kontrollen einen Treffer zu provozieren“, sagt die Oberkommissarin. Das ist auch der Grund warum sie zügig ihren interaktiven Funkstreifenwagen aufrüsten und los fahren.

Erster Kontrollort ist der Stadtteil Drewitz. Piep, piep, piep macht das Anhaltesignal im Streifenwagen. Der rote Suzuki Alto fährt zunächst unbeeindruckt weiter. Erst die Lichtthupe lässt den Fahrer aufschrecken. Anhaltegrund: keinen Sicherheitsgurt angelegt. „Kleine Fehler sind oft der Be-



Auswirkungen der Terroranschläge in Frankreich auf die Sonderschichten

Seit den Anschlägen auf die Zeitung „Charlie Hebdo“ und einen jüdischen Supermarkt in Paris Anfang Januar müssen alle Beamten verpflichtend in der PI Potsdam ihre Schutzweste tragen. Zusätzlich müssen die Polizisten immer eine Maschinenpistole im Streifenwagen mitführen. Der Schutz der Verlagshäuser und gefährdeten Personen wird von der Bereitschaftspolizei in Potsdam gewährleistet.

ginn von solchen Kontrollen. So lange es hell ist, musst du es nicht auf Masse machen, da kann man sich die Autos und die Fahrer noch aussuchen“, erklärt Baitz. „Entscheidend ist dabei sehr oft die Reaktion des Fahrzeugführers, wann er oder sie die Polizei wahrnimmt. Kleine Gesten oder Blicke sprechen sehr oft Bände.“

Zitterige Hände, kleine Pupillen ohne Reflex - der Fahrer könnte gleich Beginn der Schicht ein Kandidat für einen Verstoß sein. Oder er ist einfach nur sehr müde und krank, wie er sagt? Aufschluss darüber gibt nur ein Drogentest.

Während der DrugTest 5000 die Speichelprobe analysiert, und so die Anhaltspunkte untermauern soll, heißt es warten. In einem lockeren, belanglosen Gespräch beruhigen die Polizisten den Mann. Ein anderer Autofahrer parkt gerade neben dem Streifenwagen, beobachtet kurz die Situation und sieht seine Chance gekommen die Beamten persönlich etwas zu fragen. „Sagen sie mal, wenn ich sie schon mal da hab. Wie lange darf ich mit dem Verbandskasten fahren“, fragt der grauhaarige Senior. Ganz freundlich entgegnet Baitz: „Das steht drauf.“ „Oh, aha. Vielen Dank“, von der Antwort ist der Herr offenbar überrascht. Er tappelt zu seinem Opel, prüft gleich mal nach und nickt zufrieden. Sicher ist sicher. Solche Kleinigkeiten zwischendurch kommen oft vor und gehören mit zum Geschäft.

Der Drogentester rattert unbeirrt weiter. Zwar braucht die Analyse laut Gerät noch eine Minute, doch im Display steht schon hinter allen aufgeführten Betäubungsmitteln ein „negativ“. Also war der Mann doch nur müde. „Es ist ja nicht so, dass wir den Leuten nichts glauben. Doch die Erfahrung hat uns gezeigt, dass die meisten bei ihren Ausreden sehr kreativ werden können“, erklärt Brötzmann und hält bereits Ausschau nach einem neuen Kandidaten.

Ein eingespieltes Team: Josephin Brötzmann und Mathias Baitz

Josephin Brötzmann und Matthias Baitz

Beide begannen zeitgleich 2003 ihre Ausbildung / Studium in Basdorf. Kennengelernt haben sie sich aber erst richtig in 2010 in der damaligen Polizeiwache in Potsdam-Babelsberg. Seit dem fahren sie häufig als eingespieltes Team zusammen auf Streife. Spezialisiert auf Drogendelikte im Straßenverkehr entwarf Brötzmann 2014 in Eigeninitiative einen Flyer für die PI Potsdam mit Handlungsempfehlungen und rechtlichen Voraussetzungen der Fahrzeugkontrollen.

Noch immer keine Feststellungen

In diesen Sonderschichten sind die Beamten von den normalen Aufträgen befreit und sie kümmern sich alleine um die Kontrollen. „Natürlich hören wir auch den Funk mit und wenn ein wichtiger Auftrag in der Nebenstraße ist, dann bieten wir uns der Leitstelle an. Wäre auch absolut sinnfrei wenn nicht“, ergänzt die 32-Jährige. Wie schnell so etwas passieren kann, erleben die beiden kurz vor halb fünf. Ein Radfahrer soll von einem LKW ange-



fahren worden sein. Er liegt nun bewusstlos und schwer verletzt auf der Straße. Baitz und Brötzmann sind tatsächlich nur eine Straße entfernt und scheinbar ohne zu überlegen funkt die Beifahrerin: „Einstein, wir übernehmen den Auftrag, sind nicht mal eine Minute weg.“ Zeitgleich mit den beiden Polizisten trifft die Rettung ein. Jetzt geht es schnell. Baitz eilt zu dem verunfallten 58-Jährigen. Er riecht stark nach Alkohol. Drei couragierte Autofahrerinnen kümmern sich bereits um den Mann. Josi Brötzmann nimmt sofort Kontakt mit der Leitstelle auf, erklärt die Lage und fängt anschließend mit der Zeugenbefragung an. Abgesprochen haben sich die beiden Beamten nicht. Trotzdem sitzt jeder Handgriff. Es ist die jahrelange gemeinsame Erfahrung der Beiden, sie können sich blind aufeinander verlassen.

Mittlerweile reagiert der Mann wieder. Unter schockstehend bekommt er seine starke Kopfwunde nicht mit und will aufstehen. Der nasse schwarze Straßenbelag verfärbt sich langsam rot. Gemeinsam mit den Rettungssanitätern hält Baitz den Verletzten für die Behandlung fest. Er schlägt um sich, vermutlich vor Schmerzen. Selbst im Rettungswagen muss der Obermeister noch unterstützen. Seine Kollegin bekommt das alles nur am Rande mit. Damit befassen muss sie sich aber nicht weiter. Ihr Streifenpartner hat die Lage im Griff. Nur so richtig kommt sie bei der Unfallaufnahme nicht weiter. Keiner der drei Helferinnen hat den Unfall gesehen. Sie spielt die verschiedenen Unfallmöglichkeiten im Kopf

durch. Hat der LKW den Mann wirklich berührt? Erschrak sich der Radfahrer einfach nur? Wie betrunken ist der Mann?

Alles Fragen, auf die sie noch keine passende Antwort hat. Ohne Zeugen oder die Aussage des Radfahrers kommt sie jetzt nicht weiter. Also fährt sie ihren Laptop hoch und tippt die harten, bekannten Fakten ins System. Sie wird die Unfallstelle vermesen wenn der Rettungswagen weg ist. Zurzeit steht er mehr oder weniger ungünstig. Nach wenigen Minuten kommt Baitz aus dem Krankenwagen und kann zumindest schon eine von Brötzmanns Fragen beantworten. „Alkoholisierter war der Mann nicht. In seinem Einkaufsbeutel hatte er Bierflaschen, die bei dem Unfall zu Bruch gingen. Daher auch der Geruch vorhin“, erklärt der Obermeister. Trotzdem, wie genau der Unfall sich abspielte können sie nicht aufklären. Darum wird sich nun die Kripo kümmern. Als der Rettungswagen dann in Richtung Ernst-von-Bergmann-Krankenhaus (EvB) aufbricht, ist der Unfall fast fertig abgearbeitet und geschrieben. Jetzt fehlen nur noch die Sachen, die sie nur in der PI erledigen können. Also wieder zurück ihrem ursprünglichen Auftrag.

Einer kontrolliert, der andere fragt ab – immer mit Namen sichtbar



Ergebnis		266
Kokain	Positiv	
Opiate	Negativ	
Benzodiazepine	Negativ	
Cannabis-5	Ausstehend	
Amphetamin	Negativ	
Methamphetamin	Negativ	

04:22 min

Fritz-Walter-Wetter lässt viele zu Hause bleiben

Doch viel Erfolg hatten sie dabei in der heutigen Schicht noch nicht. Trotz der mehr als dreißig Fahrzeugkontrollen. Manchmal läuft es eben nicht so reibungslos, wie erhofft. In einer Schicht hatten Baitz und Brötzmann einmal vier Drogenfahrten. Das war zwar eine Ausnahme, zeigt aber was möglich ist. Es ist mittlerweile 21:40 Uhr und die Straßen sind schon sehr verwaist. „Vielleicht bringt der rote Mazda RX 8 etwas“, meint Baitz zu seiner Beifahrerin. Wieder einmal ist ein kaputtes Licht der Anhaltegrund. An der Ecke Konrad-Wolf-Allee/Kirchsteigfeld hatten sie in der Vergangenheit bereits einige Erfolge. Die rothaarige Mazda-Fahrerin steigt aus ihrem Auto aus und scheint absolut entspannt zu sein. Keine Spur von Nervosität. Entsprechend locker nimmt sie die den DrugTest 5000. Was sie aber nicht weiß, die Polizisten sind sich fast sicher, dass sie irgendetwas genommen hat. Baitz schaut der 27-Jährigen tief in die Augen. Humphrey Bogart hätte es wahrscheinlich ähnlich gemacht. Nur er hätte nicht den Anfangsverdacht ei-

ner Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit gesehen. Der DrugTest dauert wieder sieben Minuten. Wieder einmal Zeit für das obligatorische Gespräch, um eventuelle Hinweise auf den Drogenkonsum zu bekommen. „Wann haben Sie eigentlich das letzte mal Drogen konsumiert“, will Baitz wissen. Die junge Frau ziemlich entspannt: „Ach, das ist schon eine Weile her.“ Dieser Satz lässt auch Brötzmann aufhorchen. So wie die 27-Jährige reagiert, tippen beide auf chemische Drogen. Vielleicht Amphetamine? Polizeilich bekannt ist sie jedenfalls nicht. Noch nicht. Denn der DrugTest wird in Kürze das Ergebnis der Analyse anzeigen: positiv auf Kokain. Mit dieser Droge hatte zwar niemand so direkt gerechnet, aber sofort spult Baitz seine Routine ab. Es folgen die Tatvorwürfe, die Belehrung und die Frage, ob sie Drogen dabei hat. „Ja, aber nicht viel“, meint die Erwischte und übergibt freiwillig zwei Briefchen mit Kokain an Brötzmann. Vorsichtig wirft sie einen Blick hinein, damit auch gar nichts von der Substanz verloren geht. Brötzmann fängt an, das Auto, die Handtasche und die Person zu durchsuchen. Weitere Drogen, Drogenutensilien oder andere verbotene Sachen findet sie aber nicht. „Wo haben Sie das denn her“, will Baitz wissen. „Dazu will ich eigentlich nichts sagen.“ „Mhm, aber nicht hier aus Potsdam, oder“, hakt Baitz weiter nach. „Na ja. Nein. Aus Berlin. Aber wo da sag ich nicht.“ Baitz merkt, dass er hier nicht weiter kommt:

„Was zahlt man denn in Berlin für das Gramm?“ Die junge Frau zeigt auf die Briefchen, „also ich hab für die zwei Gramm hier 240 Euro bezahlt.“ 120 Euro pro Gramm, das ist ungewöhnlich. „Das ist ganz schön viel“, kommentiert Brötzmann. Die Autofahrerin schaut überrascht: „Wieso? Ist das nicht der normale Preis?“ Als sie erfährt, dass der Preis nach polizeilichen Erkenntnissen bei 80 liegen könnte, scheint sie sich zu ärgern. Schnell lenkt Baitz sie ab und erklärt ihr nun die weitere Verfahrensweise. Das heißt Blutprobe im Krankenhaus. Die Leitstelle weiß bereits Bescheid und hat einen Vorgang eröffnet. Auf dem Weg zum EvB versuchen die Beamten noch mehr über die Frau zu erfahren. Sie arbeitet bei einem Mobilfunkanbieter als Teamleiterin und verdient sich am Wochenende noch mit „tanzen“ dazu. Auch, dass sie die Drogen am Vorabend bei einer Feier genommen haben will. Doch zum Kaufort und ihrem Verkäufer schweigt sie sich aus. Der 36-jährige Obermeister versucht es mit einem Hinweis auf die „kleine Kronzeugenregelung“ aus dem Betäubungsmittelgesetz. Ohne Erfolg.

Am Krankenhaus angekommen bringt Baitz die 27-Jährige in die Notaufnahme. Während der Pfleger die Krankenkassenskarte bearbeitet nutzt der Obermeister die Chance, um sich nach dem Zustand des verletzten Radfahrers vom Nachmittag zu erkundigen. „Josi, der ist tatsächlich auf die ITS gekommen, schweres Schädel-Hirn-Trauma, wie wir vermutet hatten“, flüstert der 36-Jährige zu seiner Kollegin zu, die gerade mit ihrem Lap-

Typische Drogen im Straßenverkehr

Cannabis oder Amphetamine sind die Betäubungsmittel, die am häufigsten bei Autofahrern nachgewiesen werden. Kokain kommt zwar auch vor, aber nicht der Häufigkeit. Selten bis gar nicht nehmen die Fahrer Crystal-Meth.

top in die Notaufnahme kommt. Die Erfahrung hat gezeigt, dass selbst wenn es schnell geht, es mindestens 30 Minuten dauert bis der Arzt alles erledigt hat. Die Zeit, die Josi Brötzmann jetzt schon in die Anzeige investiert zahlt sich später wieder aus. Die moderne Technik macht es möglich. Doch alles nur noch online zu machen ist nicht möglich. Matthias Baitz setzt sich mit der 27-Jährigen hin und füllt die Papierformulare aus. Es läuft beides parallel. Als die Ärztin ins Behandlungszimmer kommt ist alles vorbereitet und sie muss nur noch die freiwillige Blutprobe nehmen. Die Ärztin ist ähnlich routiniert und ruhig wie die Polizisten. Nur die, um die es hier geht, wird extrem nervös. Ihr Puls liegt bei 113, so zumindest zeigt es das Messgerät der Ärztin. Dabei hat die junge Frau fast schon alles hinter sich. Es fehlen nur noch die letzten Fragen der Ärztin, die Blutprobe und dann wird sie aus der polizeilichen Maßnahme entlassen. Quasi zum Abschied untersagt Matthias Baitz der Frau das Führen eines Fahrzeuges für die nächsten zwölf Stunden. Während sie vor dem Krankenhaus auf ihre Mitfahrgelegenheit wartet, packt das Streifenduo zusammen und fährt in Richtung PI. Das erste Mal heute.

Doch Feierabend ist noch nicht. Die restlichen Schreibarbeiten an ihren Sachverhalte fehlen noch. Die Bilder vom Unfall müssen gedruckt und das Kokain der festgestellten Drogenfahrt gewogen werden. Die Feinwaage zeigt tatsächlich ein Gramm reine Substanz im Briefchen an. „Wenigstens hat der Dealer für den Preis auch die vereinbarte Menge geliefert“, sagt der Obermeister. Seine Kollegin hatte den gleichen Gedanken und muss schmunzeln.

Am Ende der Schicht stehen viele Kontrollen, diverse Ordnungswidrigkeiten, ein schwerer Unfall, ihre zweite Drogenfahrt im Jahr 2015 und eine Blutspende auf der Habenseite. Und natürlich ganz wichtig ein pünktlicher Feierabend.

■ CHRISTOPH KOPPE
PRESSESTELLE PD WEST



Schreibarbeiten nach erfolgreicher Kontrolle

Wenige Worte- große Wirkung



Die stärkste Waffe des Polizeibeamten ist das gesprochene Wort, so heißt es immer. Tatsächlich steckt viel Wahrheit in dieser Aussage.

Ich selbst bin Einsatztrainer der Polizei des Landes Brandenburg und im Nebenamt als AKT (Antikonfliktteam) tätig.

Als Einsatztrainer ist es meine Aufgabe die Teilnehmer auch auf absolute Ausnahmesituationen, in die sie im Rahmen ihrer Dienstausbildung geraten können, vorzubereiten.

Die Teilnehmer werden im Training wiederholt mit der Gefährlichkeit verschiedenster polizeilichen Einschreitesituationen konfrontiert. Dabei stoßen sie nicht selten auf die sogenannten Grenzbereiche, welche sich gerade aus der Konfrontation mit dem gefährlichen oder gar bewaffneten polizeilichen Gegenüber ergeben können.

In Sekundenschnelle müssen dann die richtigen und vor allem eindeutigen Worte gefunden werden.

Doch unter dem situationsbedingten Stress durch die Konfrontation mit dem gefährlichen Gegenüber, fällt genau das vielen Polizeibeamten anfangs schwer. Auch bedingt durch die vagotone Schockphase in die viele Kollegen verfallen, gestaltet es sich recht schwierig erst in der Einschreitesituation nach den richtigen Worten zu suchen. Zeit zum Überlegen geben solche Einsatzsituationen selten her.

Nur wenige Polizeibeamte haben für solche Ausnahmesituationen eine feste Formel in ihrem Repertoire.

Aus genau diesem Grund hat man sich an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg des Problems angenommen und in Zusammenarbeit mit Lehrkräften und Einsatztrainer ein Konzept entworfen. Ziel war es, eine einheitliche, möglichst universell einsetzbare Formel zu schaffen, welche ggf. situativ ergänzt, auf die Mehrheit derartiger polizeilicher Einsatzanlässe anwendbar ist, unabhängig davon, ob das polizeiliche Gegenüber aufgrund seines physischen oder psychischen Erscheinens, durch sein gegenwärtiges Handeln, mitgeführte Waffen oder gefährliche Gegenstände als gefährlich eingestuft wird.

Besonderen Dank möchte ich an diese Stelle den beiden Kollegen PHK Sören Ernst und KOK Nico Peter für das Entwerfen des Konzepts aussprechen.

Die Inhalte des Konzepts wurden bereits in die Aus- und Fortbildung integriert. So werden die Polizeischüler im Rahmen des Faches Einsatzlehre nach

diesem Konzept geschult und optimal auf den Polizeidienst vorbereitet.

Im Rahmen des Einsatztrainings in den Weiterbildungszentren werden auch die erfahrenen Polizeibeamten nach diesem Konzept fortgebildet.

Ziel ist es die Sicherheit und Handlungskompetenz der Polizeibeamten in Ausnahmesituationen zu stärken und ihnen mit dieser Formel ein Werkzeug an die Hand zu geben, das sie auch im Hochstress sofort abrufen können. Genau wie beim Training der Selbstverteidigung, bei dem der Polizeibeamte bestimmte Bewegungsmuster verinnerlichen soll um sie im Ernstfall abrufen zu können, sollen im Training ebenso festgelegte Sprachmuster vermittelt werden, so dass diese dem Polizeibeamten jederzeit zur Verfügung stehen.

Ferner kann durch die Anwendung dieser Formel eine körperliche Auseinandersetzung mit dem polizeilichen Gegenüber in vielen Fällen bereits im Keim erstickt werden.

Tritt der Polizeibeamte selbstsicher auf und besticht durch eine professionelle und deutliche einsatzbegleitende Kommunikation, soll dies dazu führen, dass das polizeiliche Gegenüber von seinem vorher gefassten Plan abkommt und sich den Anweisungen der Polizeibeamten fügt.

Der Polizeibeamte soll mit Hilfe dieser Formel in der Lage sein eine gefährliche Person herunterzusprechen, anstatt sich mit ihr körperlich auseinanderzusetzen.

Das Heruntersprechen meint hier das standardisierte, konsequente verbale Herstellen eines

- Handlungsstillstandes auf Seiten gefährlicher Personen und deren Dirigieren in eine weniger gefährliche
- als die vorgefundene Position.
- Es ist eine Maßnahme der Gefahrenabwehr und dient regelmäßig der Vorbereitung der Fesselung der
- gefährlichen Person. Als solche soll das Heruntersprechen von dieser ausgehende, auf Tatsachen
- begründete und mindestens konkrete Gefahren für Leib oder Leben der Polizeibeamten oder Dritter
- und/ oder die der Flucht bzw. der Befreiung des Betroffenen minimieren. Es dient ebenso der Abwehr
- von konkreten Gefahren für Leib und Leben der gefährlichen Person ausgehend von sich selbst bzw.
- von Zwangsanwendungen der Polizeibeamten als ggf. logische Konsequenz auf gefährliches Handeln
- seitens der gefährlichen Person.

Die Formel

- Stopp!
- Polizei, keine Bewegung!
- Folgen sie meinen Anweisungen!
- Umdrehen mit dem Rücken zu mir!
- Arme seitlich vom Körper abstrecken!
- Hinknien!
- Auf den Bauch legen!
- Arme seitlich vom Körper abstrecken!
- Stopp! Keine Bewegung!

1 Ansprechen der gefährlichen Person aus der „V-Stellung“

Diese Formel gilt bei einer gefährlichen Person mit sichtbaren, leeren Händen.

Die Formulierung „Stopp! Polizei, keine Bewegung!“ sollte den meisten Polizeibeamten bereits aus dem Leitfaden 371 bekannt sein.

Diese Formulierung erzielt durch die Allgemeingültigkeit eine universelle Einsetzbarkeit, auch dann wenn Tatsachen für den Schusswaffengebrauch oder deren Androhung nicht vorliegen.

So können dem polizeilichen Gegenüber die wesentlichen Informationen unmissverständlich mit wenigen Worten übermittelt werden.

Das Wort „Stopp“ erfüllt in diesem Zusammenhang gleich zwei Aufgaben. Zum einen gilt es als Signalwort und erzielt in der Regel beim Gegenüber eine sofortige Reaktion. Zum anderen ist es nicht erforderlich, dass ich dem polizeilichen Gegenüber mitteile welche Handlung er genau unterbrechen soll. Das Wort „Stopp“ ist allgemein gültig und jeder weiß, dass es bedeutet sein Handeln zu unterbrechen und einen Handlungsstillstand herzustellen. Mit hin ist das Wort „Stopp“ eine international eindeutige Formulierung, so dass auch bei einem nicht deutsch sprechenden Gegenüber eine sofortige Reaktion zu erwarten ist.

Mit dem Ausruf „Polizei!“ gebe ich mich zweifelsfrei als Polizeibeamter zu erkennen. Zeitgleich signalisiere ich dem polizeilichen Gegenüber, dass ihm ein Träger staatlicher Gewalt gegenüber steht.

Dies ist umso wichtiger bei Kollegen die ihren Dienst in ziviler Kleidung verrichten.

Die Formulierung „keine Bewegung“ konkretisiert das vorrangegangene „Stopp“ noch einmal.



Das polizeiliche Einsatzziel, hier das Herstellen von Handlungsstillstand auf Seiten des Adressaten, wird unmissverständlich und zeitnah benannt. Der Betroffene soll gerade „keine Bewegung“ machen, nicht nur eine bestimmte unterlassen oder vollziehen. Dies schafft für den/die Beamten zumindest relativ Zeit und Ruhe, sich über die aktuelle Lage und nachfolgende Schritte klar zu werden.

Es ist zwingend erforderlich, dass der Betroffene dieser Anweisung folge leistet und der Handlungsstillstand erzielt werden kann. Erst dann schließen sich weitere Maßnahmen an und die Formulierungskette kann fortgesetzt werden.

Will der Betroffene der Anweisung nicht folgen, so ist die Formulierung zu wiederholen. Dabei kann die erneute Aufforderung noch bestimmter und entschlossener erfolgen um keinen Zweifel an der Durchsetzung der polizeilichen Maßnahme aufkommen zu lassen. Der Erfolg der Kommunikation hängt einmal mehr von der Art und Weise und vor allem von der Glaubhaftigkeit des Auftretens ab.

Bei der Formulierung „Folgen sie meinen Anweisungen“ handelt es sich um eine Art Bindsatz. Dieser soll den Konflikt zwischen der Aufforderung zum Handlungsstillstand und den speziellen Folgehandlungen (z.B. Drehen sie sich um.) lösen. So wird dem Betroffenen signalisiert, dass der Handlungsstillstand aufgehoben ist, er allerdings nur das zu tun hat was die Polizeibeamten von ihm fordern.

2 Anweisung zum Zeigen der Hände mit Unterstützung des Pfeffersprays

Alle nachfolgenden Anweisungen dienen dazu den Betroffenen in eine für ihn ungünstige Position zu bringen. Mit einer ungünstigen Position ist hier eine Position gemeint die es dem Betroffenen sehr schwer macht einen Angriff durchzuführen. Weiterhin soll der Betroffene in eine für die Beamten sichere Position gebracht werden um optimale Bedingungen für die sich anschließende Fesselung und Durchsuchung zu schaffen. Diese ungünstige Position für den Betroffenen der Maßnahme erreicht man in der Regel dadurch, dass man ihn in die Bauchlage bringt und die Arme seitlich vom Körper ab strecken lässt. Die Handflächen zeigen dabei nach oben.

3 Endposition: Erst in dieser Position erfolgt das Herantreten an die gefährliche Person

Folgt der Betroffene den Anweisungen und befindet sich in der beschriebenen Endposition, ist es vor dem Herantreten an die Person erforderlich ihm nun wieder die Anweisung zu geben „Stopp! Keine Bewegung.“ So wird dem Betroffenen unmissverständlich mitgeteilt, dass er sich genau jetzt nicht mehr bewegen soll. Mit dem erneuten und abschließenden Herbeiführen eines Handlungsstillstandes wird das Heruntersprechen abgeschlossen und das Herantreten an die gefährliche Person durch die Beamten eingeleitet.

Sollten Polizeibeamte im Rahmen ihres Dienstes auf eine gefährliche Person treffen welche auch noch einen gefähr-

lichen Gegenstand oder gar eine Waffe in den Händen hält, muss die Formel zum Heruntersprechen der gefährlichen Person noch ein wenig modifiziert werden.

Zum einen muss das Einsatzmittel welches eventuell zum Einsatz kommt vorher angedroht werden und zum anderen ist es erforderlich, dass der Betroffene den gefährlichen Gegenstand oder die Waffe fallen lässt bevor er sich in die Bauchlage begibt.

Dementsprechend sieht die Formel bei einer gefährlichen Person mit einem Messer in der Hand wie folgt aus;

- Stopp! Polizei, keine Bewegung oder ich schieße!
- Folgen Sie meinen Anweisungen!
- Gegenstand fallenlassen! (z.B. Messer)
- Umdrehen! Mit dem Rücken zu mir!
- Arme seitlich vom Körper abstrecken!
- Weg von dem Gegenstand! 3 Schritte!
- Hinknien!
- Auf den Bauch legen!
- Arme seitlich vom Körper abstrecken!
- Stopp! Keine Bewegung!

4 Gefährliche Person mit einem Messer bewaffnet. Die Beamten wählen die Schusswaffe, um der Person die Stirn zu bieten.

Ergänzend sei hier noch erwähnt, dass es sich bei den 3 Schritten weg vom Gegenstand um kein Dogma handelt. Je nach Örtlichkeit kann es hier erforderlich sein, dass die Beamten dem Betroffenen eine genaue Richtung vorgeben oder sich der Betroffene auch mehr als 3 Schritte vom Gegenstand weg bewegen muss. Ziel sollte es immer sein eine



sichere Distanz des Betroffenen zum Gegenstand herzustellen und einen erneuten Zugriff auf diesen zumindest zu erschweren.

5 Endposition vor dem Herantreten an eine zuvor bewaffnete gefährliche Person. Das Messer liegt außerhalb der Reichweite der Person.

Selbstverständlich kann es in polizeilichen Einsätzen auch dazu kommen, dass das polizeiliche Gegenüber der deutschen Sprache nicht mächtig ist. Gerade um in den ersten Sekunden solcher Fälle verständlich agieren zu können, wurde die Formulierung „STOPP! POLIZEI, KEINE BEWEGUNG!“ gewählt. Je nach Lageentwicklung und unter Berücksichtigung Ihrer tatsächlichen individuellen Möglichkeiten in einer entsprechenden Einschreitesituation, kann es dennoch hilfreich sein, das Heruntersprechen in einer Fremdsprache fortführen zu können.

Aus diesem Grund bietet das Konzept die Formel zum Heruntersprechen von gefährlichen Personen auch in verschiedenen Sprachen an. Wichtig war es neben der schlüssigen Übersetzung auch den tatsächlich gebräuchlichen Sprachgebrauch des jeweiligen Sprachgebiets mit einfließen zu lassen.

Beispielhaft soll die Formel an dieser Stelle in englischer Sprache dargestellt werden.

- Stopp! Polizei, keine Bewegung! (oder ich schieße!)
- STOP! POLICE! FREEZE, DON'T MOVE, OR I WILL SHOOT!

- Folgen Sie meinen Anweisungen!
- FOLLOW MY INSTRUCTIONS!

- Gegenstand fallenlassen!
- DROP THE OBJECT!

- Umdrehen! Mit dem Rücken zu mir!
- TURN AROUND. SHOW ME YOUR BACK!

- Arme seitlich vom Körper abstrecken!
- STRETCH YOUR ARMS OUT ON BOTH SIDES OF YOUR BODY! (PUT UP YOUR ARMS!)

- Weg von dem Gegenstand! 3 Schritte
- AWAY FROM THERE! (Three Steps)

- Hinknien!
- ON YOUR KNEES!

- Auf den Bauch legen!
- LIE FACE DOWN ON THE GROUND!

- Arme seitlich vom Körper abstrecken!
- STRETCH YOUR ARMS OUT ON BOTH SIDES OF YOUR BODY!

- Stopp! Keine Bewegung!
- STOP! FREEZE!

Die vorangegangenen Zeilen stellen nur einen kleinen Auszug aus dem gesamten Konzept dar. Natürlich kann an dieser Stelle nicht jede einzelne Situation welche einen Polizeibeamten im Dienst ereilen kann erörtert werden. Das Konzept beschäftigt sich zudem auch mit den rechtlichen Aspekten, Waffenhaltungen und auch die Wahl der Einsatzmittel. Diese Aspekte sollten hier erstmal vernachlässigt werden. Vielmehr sollte der allgemeingültige Charakter dieser Formel herausgestellt werden.

Es bleibt festzuhalten, dass mit der Schaffung dieser Formel den Polizeibeamten ein Instrument an die Hand ge-



geben wird um in Einschreitesituation, insbesondere bei gefährlichen Personen, schnell handlungsfähig zu sein. Sie schafft die Zeit die der Polizeibeamten benötigt um in Ausnahmesituationen sein weiteres Handeln zu koordinieren. Ich bin davon überzeugt, dass diese Formel das polizeilichen Handeln in verschiedenen Einschreitesituationen vereinfacht und zu einem professionellen und souveränen Auftreten führt.

Im Training mit den Kollegen/-innen der Fachdirektion Besondere Dienste war es mir bereits möglich, die Inhalte des Konzeptes auf die Probe zu stellen. Dabei fiel auf, dass die Teilnehmer/-innen mit den neu gewonnenen Erkenntnissen – Trainingssituationen in Grenzbereichen schneller und besser beherrschten. Das Konzept wurde von den Kollegen/-innen insgesamt sehr positiv aufgenommen.

Im Weiterbildungszentrum West wird das Konzept bereits in die aktuell angebotenen Trainings integriert. Die Inhalte kommen sowohl in der Schießhalle als auch im Tagestraining zur Anwendung.

So können wir sicherstellen, dass möglichst alle Kollegen/-innen aus unserem Einzugsbereich in den „Genuss“ kommen, an einem Training zu dieser Thematik teilzunehmen.

Zusätzlich wurde das Konzept „Heruntersprechen von gefährlichen Personen“ ins Intranet der Polizei eingestellt und steht somit allen Beamten/-innen zur Verfügung.

Ich freue mich schon darauf, unsere Kollegen/-innen zum Einsatztraining begrüßen zu dürfen und sie nach diesem Konzept zu schulen.

■ SEBASTIAN SCHULT
EINSATZTRAINER, WBZ WEST



**BÜCHER-
ECKE**

BELLETRISTIK



Oscar London
**TÖTE MÖGLICHST
WENIG PATIENTEN**
Riva Verlag
9,99 Euro, 130 Seiten

Regel 40

Wenn Sie trinken, setzen Sie sich nicht ans Steuer; wenn Sie rauchen, brauchen Sie sich eigentlich auch nicht anzuschmallen.

Noch ein paar Lebensweisheiten gefällig? Gern. „Auch wenn Sie einen schrecklichen Fehler gemacht haben – ärgern Sie sich nicht tot.“ Der inzwischen 77-jährige Internist Oscar London nennt seine handliches Büchlein „Töte möglichst wenig Patienten – oder 57 goldene Regeln, um der beste Arzt der Welt zu werden“. Nun werden Sie sich fragen, was hat das Buch eines Mediziners in einer Polizeizeitschrift verloren. Die Antwort liefert Oscar London selbst: „Ehren Sie das Alter“. Das ist eine der goldenen Regeln.

Die Lebenserfahrungen eines Mannes der sich und sein Tun nicht zu leicht nimmt, aber dennoch mit viel Witz und noch mehr Weisheit den Nagel auf den Kopf trifft – können nicht schaden. Einem Polizisten nicht, auch keinem Mediziner, im Grunde schaden sie niemandem.

Es ist ein bisschen so, als höre man die Lebenserinnerungen des eigenen Großvaters. Nur witziger, manchmal auch makaber. Als London mitten in der Nacht durch den Anruf eines Arztes aus einem 100 Meilen entfernten Kreiskrankenhaus aus dem Schlaf ge-

rissen wird, ist er sauer. Der Kollege teilt ihm mit, dass der Patient, den London am Nachmittag mit Grippe-symptomen wieder heim geschickt hatte, gerade an multiplen Lungenembolien verstorben sei. „Ich hatte den Patienten mit einem lächelnden Schulterklopfen heimgeschickt – er war hundert Meilen weit gefahren, um sich von mir behandeln zu lassen – und jetzt liegt er tot da. Verstorben an einer Krankheit, die ich hätte diagnostizieren sollen, als noch genügend Zeit dazu war, ihm das Leben zu retten.“ Tragisch, aber wohl auch Teil des Medizinerlebens. „Ich bedanke mich bei dem Arzt für die Information und erfahren, dass die Frau des Patienten mich zu sprechen wünscht. In diesem Augenblick, beneide ich den Verstorbenen.“ Ähnliche Situationen kennt man doch, obgleich hoffentlich nicht mit derart schwerwiegenden Auswirkungen. Aber hat nicht jeder von uns schon einmal einen schweren Fehler gemacht und sich dafür selbst gemartert. Mancher kann keinen Schlussstrich ziehen unter einen solchen Fehler. So geht es in dieser Sache anfangs auch dem Autor. „Ich gestehe mir ein, dass ich der größte Vollidiot der Welt gewesen bin und den Patienten damit unter die Erde gebracht habe. Wenn ich binnen der nächsten Woche nicht an Selbstgeißelung gestorben bin, klingelt garantiert das Telefon. Ich hebe ab und höre die sanfte mitfühlende Stimme eines Rechtsanwaltes, der sich auf die Verfolgung ärztlicher Kunstfehler spezialisiert hat.“ Aber was ist die goldene Regel, die sich aus dieser Tragik ableitet. Für Oscar London ist es, die Situation noch einmal messerscharf zu analysieren. So kann er den Mann nicht wieder lebendig machen, aber zu erkennen was er falsch gemacht hat, bewahrt ihn davon, den gleichen Fehler erneut zu begehen. Und auch wenn ihn die Trauer über das, was er angerichtet hat, wochenlang nach unten zieht, achtete er auf sich. Sucht sich jemandem zum Reden, treibt Sport, isst gesund, schläft ausreichend. „Ich nehme mir nicht ‚ein paar Tage frei‘ und ich gönne mir nicht ‚nur einen einzigen kleinen Drink‘ – denn daraus kann ganz leicht eine 40-jährige Safttour werden.“ Und

der Rat: Seelisch intakt bleiben, auch wenn der Fehler schwer genug wiegt, einem die Füße vom Boden zu reißen. Innerlich gewappnet sein und leben lernen mit der menschlichen, mit der eigenen Unvollkommenheit. Das ist die Regel!

Ein wunderbares Buch. Kluge Rat-schläge eines weisen Mannes. Manches davon mag Ihnen schon lange klar sein. Dann nicken Sie und lächeln mit der Gewissheit, ein paar der goldenen Regeln bereits zu beachten, auch wenn Sie kein Mediziner sind oder werden wollen. Lassen Sie sich vom flapsigen Titel nicht schrecken.

■ KATRIN BÖHME

FACHBÜCHER



Gerd Thielmann, Jürgen Weibler
**POLIZEILICHE FÜHRUNGSLEHRE
BEGRÜNDUNG - GESTALTUNG -
PERSPEKTIVE**
1. Auflage 2014, Neuerscheinung
VDP-Verlag
Preis: 19,90 Euro

In die Diskussion über eine polizeiliche Führungslehre kommt endlich wieder Bewegung, und das ist gut so. Denn es ist schon erstaunlich, dass es seit Jahrzehnten nur zwei Bücher gibt, die sich speziell mit dem Thema Personalführung in der Polizei befassen und auf diesem Feld den Status von Grundlagenwerken beanspruchen können: zum einen das schon sichtlich etwas in die Jahre gekommene zweibändige Grundlagenwerk „Grundriß der Führungslehre“ von Robert Altmann und Günter Berndt sowie das von Wolfgang Uhlen-

dorff und wechselnden Ko-Autoren heute bereits in der 5. Auflage angebotene Buch „Führung in der Polizei“. Beide Bücher haben ganze Generationen von angehenden Führungskräften in der Polizei durch ihr Studium begleitet, doch beide Bücher atmen in vielerlei Hinsicht auch noch stark den Geist ihrer Zeit, und so ist es dem Autoren-duo Thielmann und Weibler als Verdienst anzurechnen, die neueren Entwicklungen in der Führungslehre auch für die Polizei aufzubereiten und eine neu formulierte polizeiliche Führungslehre auf den Markt zu bringen. Dabei haben sich auch zwei Fachleute gefunden, deren Erfahrungen und Kompetenzen sich ausgezeichnet ergänzen: LtD. Polizeidirektor Gerd Thielmann ist Vizepräsident der DHPol und leitete dort jahrelang das Lehrgebiet Führungslehre, Prof. Dr. Jürgen Weibler ist ordentlicher Professor für Betriebswirtschaftslehre an der FernUniversität Hagen und Autor des weitverbreiteten Grundlagenwerkes „Personalführung“. Das Buch ist sehr ansprechend gesetzt, mit zahlreichen Abbildungen versehen und mit etwas mehr als 200 Seiten angenehm knapp gehalten. Auch verfügt es dankenswerterweise über eine ausführliche und aktuelle Literaturliste. Den Kern des Buches bildet die Darstellung des von den Autoren formulierten „Polizeilichen Führungsmodells“ (PFM), das an wesentliche Aspekte des von Altman/Berndt maßgeblich propagierten Kooperativen Führungssystems (KFS) anknüpft, dieses aber deutlich aktualisiert und modernisiert und dabei auch die relevantesten Ansätze aus der Führungslehreliteratur der vergangenen 20 Jahre mit berücksichtigt.

In der Grundausrichtung ihres Führungsmodells stützen sich die Autoren auf den seit über 20 Jahren vor allem in der angelsächsischen Welt sehr beliebten, unter vielen Fachleuten hingegen eher umstrittenen Ansatz der „Transformationalen Führung“, der auf Arbeiten des US-amerikanischen Historikers James McGregor Burns in den 70er Jahren zurück geht und in den 80er und 90er Jahren vor allem von Bernard M. Bass propagiert wurde. Glücklicher-

weise gelingt es Thielmann und Weibler, aus den für die transformationale Führung so zentralen Aspekten „individuelle Wertschätzung“, „intellektuelle Stimulation“ und „inspirierende Motivation“ den rhetorischen Bombast und die tendenzielle Übergriffigkeit herauszunehmen und damit einen auch für den unspektakulären dienstlichen Alltag unserer Polizei geeigneteren Weg aufzuzeigen. Denn so inspirierend es sein mag, sich an Menschen wie John F. Kennedy oder Nelson Mandela auszurichten: Die in der Literatur zur transformationalen Führung gerne beschriebenen Herausforderungen und Krisensituationen, die anspruchsvollen Großprojekte und strategischen Richtungsänderungen sind im dienstlichen Alltag einer Dienstgruppe oder einer Inspektion glücklicherweise selten. Und ein Inspektionsleiter muss sicherlich kein zweiter Martin Luther King sein, um seine Inspektion vernünftig führen zu können.

In acht Kapiteln werden sodann die für das Führungsgeschäft relevanten Themen Werte und Ethik, Leistung und Zufriedenheit, Kooperatives Führen, Wertschätzung, Entwicklung, Motivation, Vorbild und Kommunikation nach einem einheitlichen Muster abgehandelt: Zuerst wird ein realitätsnahes Beispiel aus der polizeilichen Praxis beschrieben, dann die Bedeutung des jeweiligen Themas für die Führung beschrieben, in einem nächsten Schritt der wissenschaftliche Hintergrund dargestellt und schließlich die jeweiligen Aspekte im Kontext der polizeilichen Praxis diskutiert, wobei auf die Spezifika der deutschen Polizei sehr realitäts- und praxisnah eingegangen wird. In der Diskussion des jeweiligen Themas werden – wo erforderlich – auch relevante Teilaspekte durchgenommen, etwa im Kapitel „Wertschätzung“ die Faktoren „Vertrauen“, „Respekt“ und „Persönlichkeit“ oder im Kapitel „Vorbild“ die Faktoren „Persönliche Ausstrahlung“, „Authentizität“ und „Integrität“. Die Darstellung der jeweiligen Aspekte berücksichtigt den Kanon grundlegenden Führungslehrewissens, wie er sich auch in anderen Werken findet, doch ist dies kein Schaden. Der interessierte Leser

hat in diesem Buch somit ein übersichtliches und gut gegliedertes Kompendium, in das er immer wieder gerne hineinschauen wird.

Die Diskussion über die Ausrichtung einer polizeilichen Führungslehre bekommt mit diesem Buch einen wichtigen Impuls, und es ist zu wünschen, dass diese Diskussion in den kommenden Jahren wieder etwas an Fahrt aufnimmt. Dazu wird sicherlich auch gehören, den einen oder anderen Aspekt des Thielmann/Weiblerschen „Polizeilichen Führungsmodells“ etwas gegen den Strich zu bürsten, aber das ist Sinn und Zweck einer solchen Diskussion. Die Polizei als Ganzes kann davon nur profitieren.

■ JOCHEN CHRIS-TE-ZEYSE,
VIZEPRÄSIDENT DER FHPOL



Sigrun Ullrich
**WAFFENRECHTLICHE
ERLAUBNISSE, VERBRINGEN,
MITNAHME**
*Darstellung des aktuellen
Waffenrechts*
2. überarbeitete Auflage,
Boorberg Verlag
Preis: 29 Euro

Die Zeit der Rechtsunsicherheit, in der sowohl die ausstellenden als auch die kontrollierenden Behörden nicht alle Probleme lösen konnten, hatte zur Folge, dass nach Inkrafttreten des Waffengesetzes 2003 keine Einheitlichkeit der Handhabung des Gesetzes erreicht werden konnte. Auch nach Inkrafttreten der Waffenverwaltungsvorschrift (WaffVwV) und der erforderlichen Vordrucke der WaffVordruckVwV ist dies weiterhin schwierig. Bei der Klärung



Leben schützen – um jeden Preis?

Der ZDF-Film „Der Fall Jakob von Metzler“ stellt die Prinzipienfrage

waffenrechtlicher Fragen hilft die 2. Auflage »Waffenrechtliche Erlaubnisse, Verbringen, Mitnahme«. Das Buch befasst sich mit dem Waffengesetz sowie der AWaffV und berücksichtigt die Kommentierungen der WaffVwV. Die Autorin stellt die Systematik der Erlaubnisse für alle, die privat oder beruflich mit Waffen zu tun haben, dar und gibt einen Überblick über die Formulare für diese Erlaubnisse aus der WaffVordruckVwV. Auf die Neuerungen der Rechtslage der Genehmigungspflicht bei der Ausfuhr von Schusswaffen oder Munition geht die Verfasserin detailliert ein. Diese wurde durch die Feuerwaffen-Verordnung (EU) Nr. 258/2012 (Feuerwaffen-VO) geändert. Zudem zeigt sie noch bestehende Regelungslücken auf. Viele praktische Beispielfälle sind in die Betrachtungen eingeflossen. Die Autorin hat sie in ihrer Dozentinnen- und Auskunftstätigkeit im Rahmen von Schulungen am Bildungs- und Wissenschaftszentrum der Bundesfinanzverwaltung für die Beamten der Zollverwaltung sowie bei Seminaren und Vorträgen für die Bundespolizei, die Polizeien der Länder und die Waffenbehörden gesammelt.

Aus dem Inhalt

- Allgemeine Grundsätze im Waffenrecht
- Erlaubnisvoraussetzungen
- Erlaubnisse des § 10 WaffG
- Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition mit Bezug zu einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Schengenstaat
- Erlaubnisse für Jäger, § 13 WaffG
- Erlaubnisregelungen für Sportschützen, §§ 14, 15 WaffG
- Erlaubnisse für Waffen- und Munitionssammler, Gutachter und Sachverständige, §§ 17, 18 WaffG
- Gefährdete Personen, § 19 WaffG
- Stellung des Erwerbers infolge eines Erbfalls
- Waffenhersteller und Waffenhändler
- Erwerb, Besitz und Führen von Schusswaffen und Munition durch Bewachungsunternehmer und ihr Bewachungspersonal, §§ 28, 28a WaffG
- Verbringen und Mitnahme
- Straftaten und Ordnungswidrigkeiten



Schmucklose Bilder, eine Handlung ohne Schnörkel, keine Action. Und doch, der ZDF-Film „Der Fall Jakob von Metzler“ hat Potenzial, den Zuschauer noch weiter über den Abspann hinaus zu beschäftigen.

Der Film ist eine umfassende Rekonstruktion der spektakulären Entführung des Bankierssohnes Jakob von Metzler und seiner juristischen Aufarbeitung. Im September 2002 wird der damals elfjährige Jakob auf dem Schulweg entführt und kurz darauf getötet. Der Täter, Jura-Student Marcus Gäfgen, wird schnell gefasst. Vom Opfer fehlt jedoch

jede Spur. Gäfgen lässt die Ermittler zudem in dem Glauben, Jakob lebe noch. Den Ort, an dem er den Jungen gefangen hält, verrät er nicht. Doch wird Jakob nicht binnen der nächsten Stunden gefunden, ist sein Tod sicher, so der Irrglaube der Ermittler. Das Kind wird verdursten. Alle legalen Mittel der Ermittler laufen ins Leere. Selbstdarsteller Gäfgen belastet Unbeteiligte, führt die Kriminalisten bewusst in die Irre und sonnt sich in der verzweifelten Aufmerksamkeit der Polizisten. Und die Zeit läuft.

Dann entschließt sich der stellvertretende Polizeipräsident Wolfgang



Daschner dazu, Gäfken unter Androhung von Gewalt dazu zu bringen, das Versteck des gepeinigten Opfers preiszugeben. Daschner entschließt sich zur Androhung von Folter. Das ist es, womit sich der Streifen wirklich auseinandersetzt. Schnörkellos – denn wer darauf wartet, dass Daschner und der mit dem Verhör beauftragte Hauptkommissar Ennigkeit heroisch verklärt werden, der täuscht. Der Zuschauer muss sich sein ganz eigenes Bild machen von dem was in einem Rechtsstaat geht und was nicht.

Dabei hält sich der Streifen eng an die ermittelten Fakten. Ein Großteil der Szenerie spielt im Vernehmer-Zimmer mit Gäfken hinter dem Schreibtisch, oder im Gerichtssaal. Nur ganz selten erlaubt sich der Film grausame Details, dann etwa wenn Jakobs verzweifelte Eltern gezeigt werden, die bereit sind jeden Betrag zu zahlen, alles zu tun, um ihren Sohn nur irgendwie wohlbehalten zurück zu bekommen.

Als Jakobs Leichnam gefunden wird, was der Zuschauer im Grunde bereits

von Beginn an weiß, schließlich handelt es sich um einen recht jungen authentischen Fall, kommt dennoch Wut auf. Wut auf den irren Wahnsinnigen, der alle hinhält, der ein Kind tötet. Bedrückend.

Im Mittelpunkt bleibt die Folterandrohung, das ändert sich auch durch die Szenen im Elternhaus des Opfers oder am See nicht. Die Entführung des Kindes, sein Qualen, werden nicht gezeigt. Daschner ist von der Rechtmäßigkeit seines Handelns überzeugt und setzt noch am Abend des Leichenfundes einen Aktenvermerk auf. Der Polizei sei „unmittelbarer Zwang“ als letztes Mittel erlaubt. Und als eben jenes Mittel interpretiert er die Folterandrohung gegenüber Gäfken. Durch den Schuss aus der Dienstwaffe kann ein Polizist im äußersten Notfall Leben retten. Also darf ein Polizist auch mit Schmerzen und Folter drohen, wenn er dadurch den Täter dazu bringt, von seinem Tun abzulassen oder wichtige Informationen preiszugeben. Das ist Daschners Sicht der Dinge. Ist Folter

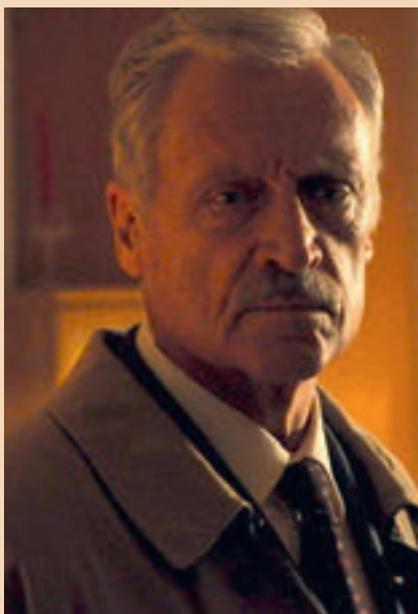
erlaubt, wenn sie das Leben eines Kindes, eines Menschen, retten kann?

Der Zuschauer muss seinen Standpunkt selbst finden. Helden gibt es nicht. Auch im wirklichen Leben entbrannte eine lange Diskussion über die Rechte der Staatsgewalt in Notsituationen. Verständnis für die schier ausweglose Situation und das Ziel, Jakobs Leben zu retten, trafen auf Verfechter rechtsstaatlicher Grundsätze. Daschner und seine Familie mussten nach Bekanntwerden der Hintergründe persönliche Anfeindungen bis hin zu massiven Drohungen ertragen. Amnesty International sammelte Unterschriften gegen die Folter in Deutschland.

Auch wenn die Antwort auf der Hand zu liegen scheint, es geht in diesem Streifen um weit mehr als um Gut oder Böse. Es geht ums Prinzip. Folter ja oder nein. Ganz gleich was damit erreicht werden soll. Schwarz oder weiß, keine Grautöne.

■ KATRIN BÖHME
INFO110-CHEFREDAKTEURIN

Juristisches Nachspiel: Mit Urteil vom 10. Oktober 2012 entschied das Oberlandesgericht Frankfurt – zehn Jahre nach Gäfgen's Mord – in zweiter Instanz, dass das Land Hessen Magnus Gäfgen wegen der Folterdrohung im Polizeiverhör eine Entschädigung von 3.000 Euro zahlen muss. Es wies damit die Berufung des Landes Hessen gegen ein früheres Urteil des Landgerichtes ab. Das Landgericht hatte sich in seinem Urteil



auf die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gestützt. Dieser hatte 2010 festgestellt, dass die Androhung von Folter eine unmenschliche Behandlung im Sinne der Europäischen Menschenrechtskonvention war und ausnahmslos verboten ist.

Die Richter des Landgerichts Frankfurt sprachen Daschner 2004 schuldig, einen Untergebenen zu einer Straftat verleitet zu haben. Der Fahnder, der Gäfgen Folter angedroht hatte, wurde wegen Nötigung im Amt verurteilt. Beide erhielten eine Verwarnung mit Geldstrafe auf Bewährung. Eine Verurteilung, aber mit milder Strafe.

Daschner hielt sein Vorgehen stets für gerechtfertigt. Im Buch des Ermittlers, der die Drohungen gegen Gäfgen aussprach, schreibt der Ex-Polizeipräsident zu seiner Verurteilung: „Am 20. Dezember 2004 starb Jakob von Metzler zum zweiten Mal, einen juristischen Tod, als die Frankfurter Justiz sein Recht auf Leben, Menschenwürde und Freiheit geringer wertete als das Wohlbefinden seines Entführers und Mörders.“

DER FALL JAKOB VON METZLER

Deutschland 2012, 90 Min.

*Darsteller: Robert Atzorn,
Uwe Bohm, Johannes Allmayer
Erhältlich auf DVD*

Wir alle gucken gerne Filme! Sie auch? Wir finden: Es gibt gute Gründe für die Vorstellung von beeindruckenden, spannenden oder ungewöhnlichen Filmen über die Polizei. Filme über Sie, über Ihre Arbeit und Ihr Leben. Wenn Sie einen solchen Film kennen, vorschlagen oder selbst vorstellen möchten, wenden Sie sich an die info110-Redaktion. Wir freuen uns auf Ihre Anregungen!

Fotorätsel

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

hinter unserem Fotorätsel der letzten Ausgabe verbarg sich die Seitenansicht zweier Schulterstücke. Lösungswort des Kreuzworträtsels war „Formularschrank“. Das erkannten wieder viele Leser und schickten ihren Lösungsvorschlag an die Redaktion. Die Gewinner des Preisausschreibens der Ausgabe 2/2014 waren Bernd Wappler aus dem LKA und Michael Sewald vom Polizeirevier Calau. Die DVD ging mit einiger Verspätung an Anne Apelt aus dem Polizeirevier Falkensee. Herzlichen Glückwunsch.

Diesmal zeigt unser Bild wieder das Detail eines Gegenstandes, den ein Großteil der Polizistinnen und Polizisten kennt und täglich bei sich trägt. Ohne dieses Utensil wären Fußstreifen wohl eher die Regel. Schauen Sie genau hin, auch hier winkt ein Preis für die richtige Lösung.



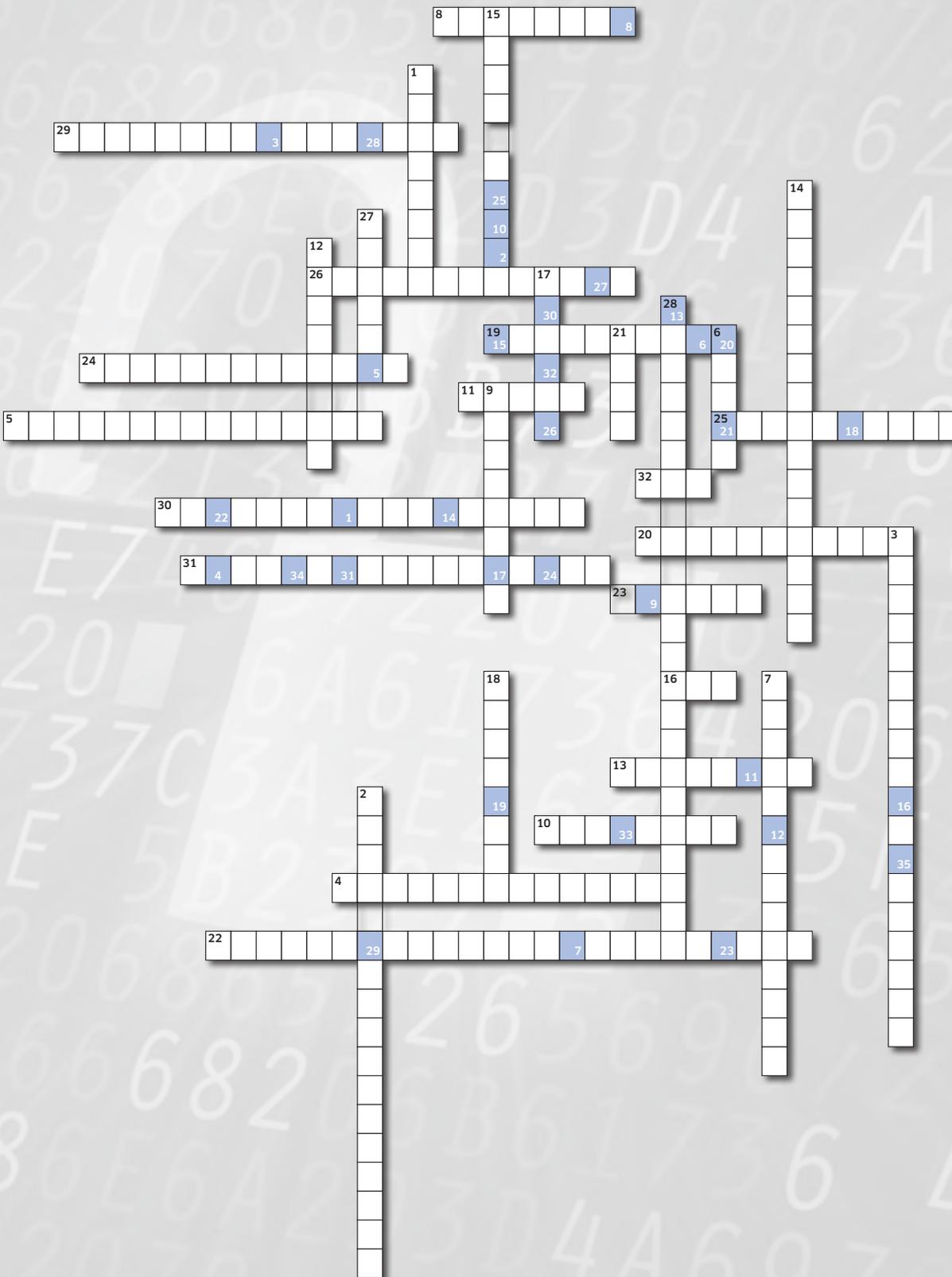
Nach welchem Lösungssatz suchen wir in unserem Kreuzworträtsel?

Ein Tipp: Um dieses Thema geht es auch in der aktuellen info110. Ihren Lösungsvorschlag schicken Sie uns bitte per Brief oder E-Mail an die Redaktion:

Ministerium des Innern
Redaktion info110
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13
14467 Potsdam
info110@mi.brandenburg.de

Als Gewinn winken alle in dieser Ausgabe vorgestellten Bücher. Außerdem verlosen wir zwei von Polizisten verfasste Erzählungen aus dem Verlags- haus Piper. Einsendeschluss ist der 31.04.2015. Das Los entscheidet.

Kreuzworträtsel



- 1** Tätigkeit zum Erlangen geheimer Informationen
- 2** Gesetz zum Schutz vor Missbrauch personenbezogener Daten
- 3** Einrichtung zum Schutz der Bevölkerung
- 4** Maß für die Nutzbarkeit von IT-Systemen
- 5** Eigenschaft die bei der Übertragung von Informationen gewahrt sein sollte
- 6** Form der Übertragung von elektronischen Nachrichten
- 7** Schützt vor ungewolltem Daten- und Informationsverlust
- 8** Schützt vor unberechtigtem Zugriff auf IT-Systeme
- 9** Weltweites Kommunikations- und Informationsmedium
- 10** Schützt Netzwerke vor unerlaubten Zugriffen
- 11** Schädigen Computersysteme
- 12** Schadsoftware die Computersysteme manipuliert
- 13** Dient unternehmensinternem Informationsaustausch
- 14** Sichert die Vertraulichkeit elektronischer Kommunikation
- 15** Mobiles Kommunikationsmittel
- 16** Software für Anwender von Smartphones
- 17** Moderne Alternative zum Laptop
- 18** Abgreifen von sensiblen Daten unvorsichtiger IT-Anwender
- 19** Kriminalitätsphänomen im Internet
- 20** Kommunikationsmittel der BOS
- 21** Einrichtungen der Wirtschaft und Länder zur Optimierung der Zusammenarbeit im Bereich IT-Sicherheit (Kurzform)
- 22** Für besonders schützenswerte Informationen verantwortlich
- 23** Maß für eine Gefährdung oder den Eintritt einer Schadenssituation
- 24** Sollte beim Umgang mit persönlichen Informationen im Internet geschützt werden
- 25** Eigenschaft für die Unversehrtheit von Daten und Informationen
- 26** Ort für den Betrieb zentraler Server und Anwendungen
- 27** Untersucht Computernetzwerke auf Schwachstellen, um Zugriff auf das Netzwerk zu erlangen
- 28** Organisiert die Schutzmaßnahmen im Unternehmen
- 29** Untersuchung von IT-Systemen zur Beweissicherung
- 30** Überprüfung der Identität eines Anwenders
- 31** Vorsorgemaßnahmen für schwerwiegende IT-Ausfälle
- 32** Hilft bei Problemen mit der Technik (Kurzform)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Dienstgrade und Abzeichen



Schutzpolizei

Wasserschutzpolizei

mittlerer
Polizeivollzugsdienst

gehobener
Polizeivollzugsdienst

höherer
Polizeivollzugsdienst

mittlerer
Polizeivollzugsdienst

gehobener
Polizeivollzugsdienst

höherer
Polizeivollzugsdienst



Polizeimeister-
Anwärter



Polizeikommissar-
Anwärter



Polizeirat-
Anwärter (Bsp.)



Polizei-
meister



Polizei-
kommissar



Polizeirat



Polizei-
meister



Polizei-
kommissar



Polizeirat



Polizei-
obermeister



Polizei-
oberkommissar



Polizeiobererrat



Polizei-
obermeister



Polizei-
oberkommissar



Polizeiobererrat



Polizei-
hauptmeister



Polizeihaupt-
kommissar (A11)



Polizeidirektor



Polizei-
hauptmeister



Polizeihaupt-
kommissar (A 11)



Polizeidirektor



Polizei-
hauptmeister
(mit Amtszulage)



Polizeihaupt-
kommissar (A 12)



Polizei-
hauptmeister
(mit Amtszulage)



Polizeihaupt-
kommissar (A 12)



Leitender
Polizeidirektor



Erster Polizei-
hauptkommissar



Erster Polizei-
hauptkommissar



Referatsleiter im Innen-
ministerium / Direktor beim
Polizeipräsidium (A 16 / B 2)



Referatsleiter im Innen-
ministerium / Direktor beim
Polizeipräsidium (B 3)



Polizeipräsident